

EIGENTUMSPOLITIK ALS MODERNE
VARIANTE DER DISTRIBUTIONSPOLITIK

Kurt Schillinger

1965



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546702_0021

EIGENTUMSPOLITIK ALS MODERNE VARIANTE DER
DISTRIBUTIONSPOLITIK

Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
vorgelegt der
Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel
von

Kurt Schillinger
aus Freiburg im Breisgau

München 1967

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren

Prof. Dr. G. Bombach und Prof. Dr. E. Salin

Basel, den 20. Februar 1965

Prof. Dr. T. Reinhard
Dekan



III

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung	1
<u>1. TEIL</u>	4
I. Änderung der Vermögensverteilung durch Beeinflussung der Einkommensverwendung	4
1. Allgemeine Übersicht	4
2. Der Schreiber-Plan	9
3. Der theoretische Gehalt der Konzeption zur Beeinflussung der Einkommensverwendung	10
4. Kritische Würdigung	14
5. Der Geltungsbereich	19
6. Die distributionspolitische Wirkung	22
II. Korrektur der Vermögensverteilung durch Investivlohn	23
1. Charakteristik	23
2. Die praktischen Vorschläge	24
3. Die theoretische Grundlage der Investivlohn-Konzeption	25
4. Kritische Würdigung	26
III. Die Probleme des Miteigentums	28
1. Miteigentum auf betrieblicher Basis	28
2. Überbetriebliches Miteigentum	30
3. Möglichkeiten und Grenzen	31
4. Die distributionspolitische Wirkung	33
IV. Vermögensumverteilung durch Bildung eines Sozialkapitalfonds	33
1. Sozialkapitalbildung nach dem Gleitze-Plan	33
2. Der theoretische Gehalt des Gleitze-Planes	35
3. Kritik des Gleitze-Planes	37
4. Die distributionspolitische Wirkung	41
V. Vermögensumverteilung durch den Deist-Plan	43
1. Charakteristik	43
2. Kritik des Deist-Planes	46

<u>2. TEIL</u>	50
I. Finanzpolitische Möglichkeiten im Rahmen der Eigentumspolitik	50
1. Vorbemerkung	50
2. Die Vermögensakkumulation der öffentlichen Haushalte	50
3. Beeinflussung der Vermögensverteilung durch Subventionen zur Vermögensbildung, insbesondere im Wohnungsbau	53
II. Möglichkeiten und Pläne im Bereich der Steuerpolitik	53
1. Vorbemerkung	56
2. Redistributiv interpretierbare Steuern	58
a. Erbschaft- und Schenkungsteuer als Instrumente der Vermögensredistribution - heute	58
b. Die Erbschaftsteuer in sozialen Ideen und Plankonstruktionen der Vergangenheit	59
c. Eigentumspolitik und Erbschaftsbesteuerung	64
d. Die Vermögensteuer	66
3. Die speziell steuerlichen Maßnahmen im Deist-Plan	67
4. Der Vorschlag von FOEHL	69
5. Kritik des Vorschlags von FOEHL	75
a. Anmerkungen zum Ersatz der Umsatzsteuer durch die direkte Besteuerung der Arbeitseinkommen	75
b. Foehl-Vorschlag versus Schreiber-Plan	76
c. Das Problem des Zwangssparens	77
d. Die "utopische" Komponente	78
e. Anmerkungen zur Forcierung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Schaffung eines Budgetdefizites	79
6. Weitere Möglichkeiten der Steuerpolitik	84
7. Die Problematik einer Ausgabensteuer	87
Schlußbetrachtung	93
Literaturverzeichnis	97
Curriculum vitae	105

EINLEITUNG

(1) Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der Politik der breiten Streuung des Eigentums. Unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit wird nach der Zweckadäquanz der Mittel gefragt.

Breite Streuung des Eigentums selbst wird nicht als Ziel, sondern als Mittel, als Glied einer Zweckreihe gesehen.¹⁾ Die Fragestellung ist somit gleichzeitig ein Systematisierungsversuch; Breite Eigentumsstreuung ist ein dem Endzweck vorgelegtes Mittel. Sie als Ziel der Wirtschaftspolitik zu bezeichnen, käme einer unzulässigen Verkürzung der Zweckreihe gleich. Der Endzweck ist die "gerechte" Wirtschaftsordnung, spezifiziert in dem wirtschaftspolitischen Postulat einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung.

(2) Die allgemeinen Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik können hier nicht diskutiert werden. Dies gilt auch für die Frage der Rangordnung derselben, wohl aber soll in kurzen Strichen die einzunehmende Position abgesteckt werden.

Wirtschaftspolitik wird innerhalb einer vorgegebenen Gesellschafts- und Sozialordnung vollzogen. Wenn der Leitgedanke dieser Ordnung ganz allgemein die Gesellschaft freier Menschen ist, so ist in diesem Werturteil für die Wirtschaftspolitik eine freiheitliche Wirtschaftsordnung als primäres Postulat impliziert. Daraus läßt sich nicht ableiten, das Postulat der Gerechtigkeit habe minderen Rang. Die Frage ist falsch gestellt, wenn man mit WUERGLER argumentiert: "Es läßt sich lediglich objektiv entscheiden, ob eine Zielantinomie vorliegt oder nicht, hingegen kann in der Frage, welcher Gewinn an Freiheit einem Opfer an Gerechtigkeit gleichkomme, niemand über sein subjektives Werturteil hinaus gelangen." ²⁾

Dieser statische Denkansatz läßt die Problematik der formulierten Alternative unberücksichtigt. Ist nicht die These stichhaltiger, die Freiheit und Gerechtigkeit nicht als Dualismus interpretiert, sondern als Begriffe, die sich gegenseitig bedingen? Ist nicht das eine ohne das andere undenkbar für unsere herrschenden Ordnungsvorstellungen? Wenn ich Gerechtigkeit sage, dann habe ich von der Freiheit nicht abstrahiert; Freiheit und Gerechtigkeit sind integrale Bestandteile unserer Wirtschaftsordnung. Hierauf ist die Geschlossenheit der theoretischen Konzeption einer Gesellschaft freier Menschen gegründet.

1) Vgl. G. SIMMEL, Philosophie des Geldes, 4. Aufl., München und Leipzig 1922, S. 233 ff.

2) H. WUERGLER, Die obersten Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 96. Jg., 1960, S. 198.

Damit ist nicht ausgeschlossen, daß realiter eine Antinomie zwischen Freiheit und Gerechtigkeit besteht, sich immer neu stellen wird. Die Interessenkonflikte, die sozialen Konfliktsituationen schlechthin, werden durch den Regress auf einen Harmoniegllauben nicht fortgezaubert.

Wo Freiheit und Gerechtigkeit in der Realität sich widersprechen, geht es nicht um die Frage, welche Kombination beider wirtschaftspolitisch zweckdienlich sei, sondern darum, die Antinomie als Herausforderung zu begreifen. Hier besteht die Verpflichtung zum Weiterdenken, zum Suchen neuer Möglichkeiten, des dritten Weges, oder wie immer man es nennen mag: Zielantinomie zwischen Freiheit und Gerechtigkeit erheischt wirtschaftspolitische Aktivität. Das ist der Anspruch der postulierten Geschlossenheit der Ordnungsvorstellung einer Gesellschaft freier Menschen.

Hier stellt sich unser Problem: Ist Eigentumspolitik eine Möglichkeit, eine Divergenz zwischen Postuliertem und der Realität zu korrigieren?

(3) Was aber ist gerecht? Der Nachteil derartiger Erörterungen besteht in der Regel darin, daß nicht angegeben werden kann, welche Einkommens- und/oder Vermögensverteilung gerecht ist. Es muß notwendigerweise auf eine Hilfskonstruktion zurückgegriffen werden. Wir kennen die Extreme einer möglichen Vermögensverteilung, die vollkommene Nivellierung einerseits und die vollkommene Konzentration bei den Unternehmungen andererseits; bekannt sind weiter die Fakten, der Konzentrationsprozeß. Hier besteht (fast) Einmütigkeit darüber, daß die bestehende und weiter fortschreitende Konzentration unerwünscht ist. Also: Es kann zwar nicht gesagt werden, was gerecht ist, aber wohl, was als ungerecht empfunden wird.

Diese Vorstellungen lassen sich im Schema der Lorenz-Kurve verdeutlichen. Auf der Abszisse die Gesamtbevölkerung, auf der Ordinate das Gesamtvermögen jeweils in Prozenten abgetragen, stellt sich die vollkommene Nivellierung als 45-Grad-Linie, ausgehend vom Nullpunkt, im ersten Quadranten des Koordinatensystems dar. Die reale Vermögensverteilung, als Kurve dargestellt, verläuft aus dem Nullpunkt kommend unterhalb der 45-Grad-Linie konkav zum Ursprung und trifft diese an deren Endpunkt. Die Aufgabenstellung der Eigentumspolitik läßt sich anhand dieses Gesamtbildes definieren als Versuch, die konkave Gestalt der Kurve abzuschwächen und so, den Zwischenraum vermindernd, die Lage der Kurve in Richtung auf die Gerade zu verschieben.

Hieraus lassen sich einige Folgerungen ableiten: Eigentumspolitik hat nicht die Aufgabe, eine gleichmäßige Vermögensverteilung herzustellen. Sie ist unter diesem Aspekt umso unproblematischer, je konkaver die Kurve der tatsächlichen Verteilung ausgeprägt ist. Der tatsächliche Verlauf der Kurve gibt weiter einen Hinweis auf die notwendige Intensität eigentumspolitischen Mitteleinsatzes. Als zweckadäquat wird eine eigentumspolitische Maßnahme dann angesehen werden

können, wenn sie den Grad der Ungleichheit der Vermögensverteilung zu reduzieren vermag, oder sinngemäß, wenn dadurch die Tendenz zu einer weiteren Ungleichheit gestoppt wird.

(4) Zusammenfassend wollen wir unter Eigentumspolitik den wirtschaftspolitischen Mitteleinsatz verstehen, der darauf abzielt, den Grad der Ungleichheit in der Vermögensverteilung zu reduzieren.

Die zentrale Frage ist die nach der Verteilungsgerechtigkeit. Die Verteilungsgerechtigkeit ist Kriterium des Mitteleinsatzes. Ausgehend von den tatsächlichen Verhältnissen, kann als Axiom gesetzt werden, daß jede Tendenz zu einer Nivellierung einer gerechteren Verteilung gleichkommt. Dieses Axiom wird problematisch, je mehr Erfolg diese Politik zeitigt, das heißt, je mehr die derzeitige Tendenz der Vermögensverteilung sich ändert, eine Umkehrung in Richtung auf eine fortschreitende Nivellierung sich herausbilden sollte.

1. TEIL

I. ÄNDERUNG DER VERMÖGENSVERTEILUNG DURCH BEEINFLUSSUNG DER EINKOMMENSVERWENDUNG

1. Allgemeine Übersicht

(a) Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die eine Änderung der Vermögensverteilung durch Beeinflussung der Einkommensverwendung erreichen wollen, haben zwei verschiedene Motivationen zum Ausgangspunkt:

1. Änderung der Einkommensverteilung mittels Änderung der Vermögensverteilung. Es wird hier in der Vermögensverteilung ein wesentlicher Bestimmungsgrund der Einkommensverteilung gesehen. Im folgenden Abschnitt werden diese Konzeptionen näher erörtert werden.

2. Eigentumsbildung vermögensloser Schichten als Endzweck. Das Eigentum wird hier als soziale Ordnungsmacht begriffen. Es liegt diesen Konzeptionen die Annahme zu Grunde, daß allein Sparen zu Vermögensbesitz führen kann; auch für den Arbeiter kann einzige Quelle nur der freiwillige Konsumverzicht sein. Um die Vermögen breit zu streuen, genüge es, wenn die Beteiligten ihre Chancen im Marktprozeß bewußt wahrnehmen. Das "Vermögensbildungsprivileg" der Unternehmungen ist diesen von den Konsumenten gewährt und kann durch den Sparentschluß der Konsumenten auch wieder annulliert werden. Sparen bestimmt nicht die Investition und somit den Produktionsprozeß, wohl aber entscheide der Sparakt, je nach dem, ob von Unternehmungen oder von Haushaltungen getätigt, über das Eigentum an der Investition.

Zusammenfassend: "Die Idee der Marktwirtschaft ist - auch für den Prozeß der Vermögensbildung in breiten Schichten - in sich höchst gestaltungskräftig. Ehe man die spontane Gestaltungskraft der Marktwirtschaft durch zusätzliche dirigistische "Pläne" modifiziert, sollte man versuchen, ihre natürliche, gegebene Entwicklungs-Dynamik in den Dienst des Gewünschten ... zu stellen." ¹⁾ Also: "Vermögen schafft man durch Sparen." ²⁾

Ein Großteil der diskutierten Vorschläge, so auch die Eigentumspolitik der deutschen Bundesregierung (abgesehen vom Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung bei Arbeitnehmern vom 12. Juli 1961) geht von einem zusätzlichen Spa-

1) F. GREISS u. P. H. WERHAHN, Vorwort zu W. SCHREIBER, Vermögensbildung in breiten Schichten, Schriftenreihe des Bundes Kath. Unternehmer, N. F. 4, Köln 1958, S. 6.

2) F. GREISS u. P. H. WERHAHN, a. a. O., S. 5.

ren der Arbeitnehmer aus. Auch die Reprivatisierungsaktionen bilden hierin keine Ausnahme, was später zu beweisen sein wird.

(b) Solchermaßen zur Förderung und Propagierung des Sparens reduzierte Eigentumspolitik ist nur in geringem Maße eine bewußte Absage an die marktautomatische Lösung. Letztlich bleibt so Eigentumsbildung und Eigentumsverteilung dem Prozeß der Einkommenserhöhung überlassen. Nur in jenen Bandbreiten, wo bisher wohl Sparfähigkeit jedoch nicht Sparwilligkeit gegeben war, findet diese Politik ihr Betätigungsfeld.

Inhaltlich erstreckt sich dieses auf:

- (1) Propagierung der konventionellen Sparformen,
- (2) Maßnahmen organisatorischer und rechtlicher Art zur Erleichterung des Zugangs zu diesen Sparformen,
- (3) Gewährung materieller Anreize in Form von Steuerbegünstigung und verschiedenen Prämien.

Dem Sparer stehen die bekannten Sparinstitutionen zur Verfügung: das Kontensparen, Bausparen, Versicherungssparen und das Wertpapiersparen.

(c) Sparförderung in einem Land, dessen Bevölkerung inflationsbewußt geworden ist, stößt auf besondere Schwierigkeiten. Stabilität des Geldwertes und stetiges Wirtschaftswachstum sind Voraussetzungen aller Bemühungen, finden aber auch in der Eigentumspolitik, wie WOLKERSDORF ausführt, eine Ergänzung.¹⁾

Die konventionellen Sparformen bedeuten mit Ausnahme des Erwerbs von Aktien ein Sparen in nominellen Werten. WOLKERSDORF hebt hervor, daß dieser individuelle Spar- und Vermögensbildungsprozeß in Stufen vor sich zu gehen hätte, die er folgendermaßen skizziert: Am Anfang müßte das Konten- und Versicherungssparen stehen, worauf eine Periode des gehobenen und mittleren Bedarfs zu folgen hätte. Erst später wären für den Haushalt neue Sparformen interessant, so die Festlegung von Sparguthaben, die eine höhere Verzinsung bezweckt, der Kauf festverzinslicher Werte und zuletzt die Hinwendung zum Risikopapier. Der natürliche Weg zur Aktie und zum Investmentpapier, den Besitzrechten an Industriekapital,

1) Vgl. L. WOLKERSDORF, Zur Frage der Vermögensbildung in breiten Schichten. Finanzarchiv Bd. 20, 1959/60, S. 82: "Eine Politik der Währungsstabilität und eine optimales Wachstum anstrebende Politik ergänzen sich unter dem Gesichtspunkt der Eigentumspolitik in hohem Maße, da die Erhaltung der realen Kaufkraft der Ersparnisse den subjektiven Faktor der Ersparnisbildung nämlich den Sparwillen, und volkswirtschaftliches Wachstum und stetiges Steigen der Masseneinkommen vor allem den objektiven Faktor, nämlich die Sparfähigkeit, stärkt."

hätte demnach zu führen über das Sparbuch, die Lebensversicherungspolice und die Güter des gehobenen Bedarfs wie Auto, Eigentumswohnung oder Eigenheim. ¹⁾

Sozialpädagogische Einwirkung, Sparwerbung, soll die Einkommensverwendung in diese Bahnen lenken; materielle Anreize sollen den Prozeß forcieren. Trifft die Vermutung GEHLENS zu, wonach "für die gesamte Bevölkerung mit höchster Wahrscheinlichkeit ... das Interesse am Eigentum zunimmt - und zwar wahrscheinlich aus Prestigegründen", ²⁾ so ergibt sich aus diesem Umstand ein gewichtiges, den Prozeß weiter vorantreibendes, Moment.

(d) Als Förderungsmaßnahmen dienen finanzpolitische Mittel, Steuerbegünstigung der Sparbeträge und Prämien. Die Abzugsfähigkeit der Lebensversicherungsprämien kennt England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts; ³⁾ die Förderung der übrigen Sparformen ist jedoch eine ausgesprochene Nachkriegerscheinung. Gesparte Einkommensteile konnten während einer Reihe von Jahren innerhalb bestimmter Grenzen bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens außer Ansatz bleiben, die Beträge waren aber für mehrere Jahre der freien Disposition entzogen.

Über die Inanspruchnahme der verschiedenen steuerbegünstigten und prämienberechtigten Sparmöglichkeiten im Jahre 1956 findet sich eine Schätzung bei JECHT. ⁴⁾ Setzen wir diese in Beziehung zu der Nettoersparnis (einschließlich Vermögensübertragungen) der privaten Haushalte im Jahre 1956 von insgesamt 7,4 Mrd DM, ⁵⁾ so ergibt sich folgendes Bild:

1) Vgl. L. WOLKERSDORF, a. a. O., S. 83.

2) A. GEHLEN, Soziologische Aspekte des Eigentumsproblems in der Industriegesellschaft, in: Eigentum und Eigentümer, Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, Köln und Opladen 1960, S. 171.

3) Vgl. H. JECHT, Finanzpolitik und Kapitalbildung. Recht und Staat, Heft 217, Tübingen 1958, S. 9/10.

4) H. JECHT, a. a. O., S. 12/13.

5) Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1961, 13. Jg., Nr. 6, Tabelle 7, zu Artikel: Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1960, S. 15.

Sparform	Netto-Spar- Volumen in Mrd DM	Begünst. Sparvol. in Mrd DM	v. H. der Ges. - Ersparnis
Kontensparen einschließlich Bargeld	3,4	ca. 1,0-1,5	14-20
Geldanlagen bei Bausparkassen	2,0	ca. 1,65	22
Geldanlagen bei Versicherungen	1,3	ca. 0,98	13
Erwerb von Wertpapieren	0,7	-	- 1)
	7,4	ca. 3,63-4,13	49-55

Es entfiel also nach dieser Schätzung ca. die Hälfte der Nettoersparnis der privaten Haushalte auf eine begünstigte Sparform. Hierbei ist jedoch die Feststellung JECHTS zu beachten, "daß die kleinen Sparer von der Möglichkeit des steuerbegünstigten Sparens bisher wenig Gebrauch gemacht haben." 2)

Diesen Nachteil soll das Sparprämien-system ausgleichen. Ein bestimmter Prozentsatz der Sparsumme, die der Sparer auf fünf Jahre festlegen muß, wird ihm als Prämie gutgeschrieben. Hierbei ist die Höhe des Einkommens unerheblich. Der begünstigte Sparbetrag ist jedoch begrenzt. Derzeit gilt folgende Regelung: 3)

- 1) Der Erwerb von Wertpapieren ist in JECHTS Angaben nicht enthalten. Das Ergebnis wird dadurch nicht wesentlich entstellt, da begünstigt lediglich der Ersterwerb emittierter Wertpapiere ist.
- 2) H. JECHT, a. a. O., S. 12/13.
- 3) Vgl. Sparprämien-gesetz in der Fassung vom 6. Februar 1963. BGBl. I S. 93 (1963).

- (3) "Das mögliche Ausmaß des freiwilligen Sparens liegt bei maximal etwa 12 Prozent des Volkseinkommens. Ein darüber hinaus vermehrtes Sparen würde die Unternehmergewinne so stark einschränken, daß der Bestand der Marktwirtschaft gefährdet würde." ¹⁾
- (4) Steigerung des freiwilligen Sparens ist besser als die derzeitig diskutierten Pläne zur Umverteilung der Unternehmergewinne und auch für den Arbeitnehmer objektiv ebenso vorteilhaft.
- (5) Auch die staatliche Kapitalbildung über das Steueraufkommen ließe sich durch freiwilliges Mehrsparen der Haushalte zurückdrängen. Durch Steuer-senkungen könnte das Mehrgesparte an die Haushalte zurückfließen.
- (6) Die privaten Haushalte können durch bloßes Wahrnehmen der Chancen ihrer heutigen Marktposition sich mindestens so viele Vorteile sichern, wie eine umverteilende Sozialpolitik ihnen gewähren könnte.
- (7) Reprivatisierung von Staatsvermögen, soweit dies als Privatvermögen überhaupt in Frage kommt, ist wünschenswert, aber nicht allzu wesentlich. Zweckmäßig wäre ein solcher Prozeß, der den günstigen Erwerb von Staatseigentum an persönliche Sparleistung aus dem Einkommen bindet und daher als Initialzündung auf den Sparentschluß bisher nicht spargewohnter Schichten wirkt.
- (8) Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wäre bedeutungsvoll, um den Hausbesitz wieder rentabel zu machen, und so den Willen zur Vermögensbildung auf diesen für den Kleininvestor prädestinierten Investitionsbereich hinzu-lenken.
- (9) Die aussichtsreichste Aktion zur Vermögensbildung in breiten Schichten besteht in der staatlichen und betrieblichen Förderung des freiwilligen Sparens der privaten Haushalte; seitens des Staates: durch Sparprämien, die sinnvoll zu kombinieren wären mit Bezugsrechten auf verbilligten Erwerb reprivatisierten Staatsvermögens; seitens der Unternehmer: durch bereits erprobte Mittel, dazu durch Individualisierung von freiwilligen Sozialleistungen.

3. Der theoretische Gehalt der Konzeptionen zur Beeinflussung der Einkommensverwendung

- (a) Ausgangspunkt, und damit der realen Lage entsprechend, ist eine Wirtschaft, in der die freiwillige Ersparnis nicht die Höhe der Investition erreicht. Diese Ungleichgewichtssituation läßt eine spezielle Art von Gewinnen entstehen; die dynamischen, aus dem auf den Konsumgütermärkten herrschenden Nachfrageüberhang

1) W. SCHREIBER, a. a. O., S. 85.

resultierenden, Marktlagen- oder Kreislaufgewinne (Q). ¹⁾

Um zur Definitionsgleichung dieser Gewinne zu kommen, ist das Volkseinkommen (E) in die unerwarteten Gewinne (Q) und in die restlichen Einkommen (E'), die gesamten Faktoreinkommen und die erwarteten Gewinne, aufzuteilen:

$$(1) \quad E = Q + E'$$

E' kann entweder konsumiert oder gespart werden, so daß sich ergibt:

$$(2) \quad E' = C' + S'$$

Der geplante Konsum (C') ist gleich dem Gesamtkonsum (C). Konsumausgaben müssen immer geplant sein. Geplant werden sie auf Grund des zu erwartenden Einkommens (E'). Unerwartetes Einkommen (Q) kann demnach nicht Grundlage für Konsumplanung sein, da es erst im Prozeß als Residuum anfällt. Es kann somit $C' = C$ gesetzt werden.

S' ist definitionsgemäß gleich S, so daß Gleichung (2) in die Form

$$(3) \quad E' = C + S$$

übergeht.

Wird das Volkseinkommen aufgeteilt in Konsum- und Investitionsausgaben, so ergibt sich

$$(4) \quad E = C + I.$$

Setzen wir in Gleichung (1) $E = Q + E'$ für E Gleichung (4) $E = C + I$ und für E' Gleichung (3) $E' = C + S$, so ergibt sich aus $C + I = Q + C + S$ die Gewinnformel

$$(5) \quad Q = I - S.$$

Diese Identitätsgleichung führt den einer Ungleichgewichtssituation entspringenden Gewinn (Q) zurück auf die Investitions- und Sparneigung.

Der reale Vorgang, der Entstehungsprozeß dieser Gewinne wird von PREISER wie folgt beschrieben: Investitionen werden mit Bankkrediten finanziert, daraus ergibt sich ein zusätzliches Faktoreinkommen, der Einkommenseffekt der Investition. Wird dieses zusätzliche Einkommen nicht gespart, so bewirkt dies in der Konsumgütersphäre eine Nachfragesteigerung bei konstantem Angebot, was Preiserhöhungen und damit die Entstehung des Gewinnes Q zur Folge hat. "Das ist der Prozeß, durch den die Investition sich die nötige Ersparnis selbst schaffen kann." ²⁾ An diesen Tatbestand knüpft SCHREIBER seine These: "Ein Mehrsparen der Arbeitnehmer aus ihrem heutigen Einkommen führt zwangsläufig zu wachsendem, zusätzlichem Einkommen, und dieses Mehr-Einkommen geht zwangsläufig zu Lasten der Kreislaufgewinne, die die Unternehmungen durch Kreditfinanzierung ihrer Investitionen erzielen." ³⁾

1) Vgl. J. M. KEYNES, A Treatise on Money, 2 Bde. London und New York, 1930. Deutsche Ausgabe: Vom Gelde, Neudr. Berlin 1955, S. 109 f.

2) E. PREISER, Sparen und Investieren, in: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957, S. 20.

3) W. SCHREIBER, a. a. O., S. 48.

Hier wird angenommen, daß eine Erhöhung der privaten Sparneigung *ceteris paribus* die Verteilungsposition der privaten Haushalte zu Lasten der Unternehmergewinne verbessert, die Investitionsquote also nicht tangiert. Diese Behauptung ist gesichert, solange man annehmen kann, daß große Gewinnpolster vorhanden sind.¹⁾

Generell verringert ein Mehr-Sparen die Nachfrage nach Konsumgütern bei unverändertem Angebot, was zu Preisherabsetzungen führen muß; im Grenzfall, bis die Summe der Preisrückgänge gleich ist der des zusätzlichen Sparens. Realistischer: Nominelle Einkommenserhöhungen, resultierend aus dem Einkommenseffekt einer zusätzlichen, mit Bankkredit finanzierten Investition, lassen, so sie gespart werden, zwangsläufig das Eigentum an der Investition in die Hände der Sparer übergehen. Die Kreditfinanzierung wird *ex-post* durch das Sparen konsolidiert.

(b) Beeinflussung der Einkommensverwendung im Sinne dieser Konzeptionen meint eine Steigerung der freiwilligen Ersparnis der Arbeitnehmerhaushalte zu Lasten der Unternehmergewinne und des Sparens der öffentlichen Haushalte. Zur Orientierung dient ein gesamtwirtschaftliches Kreislaufmodell. Die Q-Gewinne bilden das Reservoir, aus dem die Ersparnis der Haushalte ohne Tangierung der Investitionsneigung sich speisen kann. S und Q sind Gegenposten der Investition, wobei S als das Ergebnis einer Verhaltensfunktion aufzufassen ist, während Q ein Residuum darstellt. Obwohl Q und S gegenüber I gleichgeordnet sind, zeitigen beide im Prozeß verschiedene Wirkungen; Q ist "die Kraft, die den Expansionsprozeß weitertreibt",²⁾ während S als Bremse in diesem Prozeß wirkt. Hier haben wir zunächst zwischen der älteren und der modernen Theorie zu unterscheiden. Die traditionelle Lehre sieht, entgegen der modernen, weniger in der Produktionsgleichung als in der Gleichung der Einkommensverwendung das Entscheidende.³⁾ In ihrer einfachsten Form läßt sie sich schreiben

$$E = (E - S) + S.$$

Die Entschließungen der Einkommensbezieher steuern demnach die Produktion, über die Größen $(E - S)$ die Konsumgüterproduktion und über S, via Zinsfuß, die Investitionsgüterproduktion. Verschiebungen zwischen $(E - S)$ und S bedeuten lediglich Verschiebungen zwischen Konsum- und Investitionsgüterproduktion, oh-

1) Vgl. G. BOMBACH, Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung. Schweiz. Zeitschr. für Volkswirtschaft und Statistik, 95. Jg., 1959, S. 11.

2) E. PREISER, Multiplikatorprozeß und dynamischer Unternehmergewinn; in: Bildung u. Verteilung ... a. a. O., S. 136.

3) Vgl. E. PREISER, Sparen und Investieren, a. a. O., insbes. S. 50.

ne die effektive Nachfrage, den Beschäftigungsgrad oder die Einkommen zu berühren. ¹⁾ Von diesem Regelfall klassischer Theorie, indem $\text{ex-ante } I = S$ ist, gibt es zwei Abweichungen:

- (1) den Fall des Hortens mit dem Ergebnis $S \supset I$ und
- (2) die für uns allein interessante Konstellation, den durch zusätzlichen Kredit ermöglichten Fall $I \supset S$.

Nach der klassischen Theorie führt diese S-Lücke irgendwann zu einem krisenhaften Rückschlag.

(c) Die moderne Theorie verläßt diesen Ansatz, wonach ausschließlich die Einkommensverwendung die Produktion bestimmt. ²⁾ Zwar ist bei Vollbeschäftigung, bei Ausnützung aller Ressourcen einer Volkswirtschaft, Sparen Vorbedingung zur Durchführung der geplanten Investition. PREISER spricht vom "richtigen Kern der traditionellen Lehre", aber diese Vorbedingung kann auch künstlich geschaffen werden, so durch Nachhinkenlassen der Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung.

Die sozialen Nachteile sind augenfällig: steigende Lebenshaltungskosten durch anziehende Konsumgüterpreise und - unser Problem - die einseitige Vermögensakkumulation bei den Unternehmungen. "Investition setzt Ersparnis voraus, sei es beabsichtigte, freiwillige Ersparnis, sei es induzierte, unbeabsichtigte. Jede Ersparnis aber bedeutet Vermögensbildung. Erfolgt nun die Investition bei gleichzeitigem freiwilligen Sparen und im selben Ausmaß, so bilden die Produktionsfaktoren selbst, d. h. die große Masse der Einkommensempfänger, Vermögen; geht die Investition aber darüber hinaus und induziert sie selbst ein unbeabsichtigtes Sparen in Gestalt des unverzehrbaren Gewinnes Q, so bilden die Unternehmer

1) Vgl. E. PREISER, Sparen und Investieren, a. a. O., S. 50.

2) E. PREISER, Sparen und Investieren, a. a. O., S. 48: "In der vollbeschäftigten Wirtschaft ist die Durchführung einer Realinvestition erstens vom Umfang der geplanten Investitionen selbst und zweitens von der Elastizität der Produktion abhängig. Grundsätzlich ist die vollbeschäftigte Wirtschaft - im Gegensatz zur unterbeschäftigten - dadurch charakterisiert, daß die Elastizität der Produktion gering ist. Die Durchführung von Investitionen ohne gleichzeitiges beabsichtigtes Sparen, ganz besonders die Durchführung großer Investitionspläne, ist daher zweifelhaft. In der vollbeschäftigten Wirtschaft ist nicht sicher damit zu rechnen, daß die Investition sich die notwendige Ersparnis selbst schafft; sie erfordert vielmehr normalerweise gleichzeitiges beabsichtigtes Sparen."

Vermögen." ¹⁾

Wir dürfen als Ergebnis dieser theoretischen Überlegungen festhalten, daß im volkswirtschaftlichen Kreislauf bei Vollbeschäftigung das Sparen der privaten Haushalte über die Höhe der Q-Gewinne und damit der Vermögenszuwächse der Unternehmungen entscheidet. In der gleichen Richtung wirkt das Sparen der öffentlichen Haushalte.

Die Sparförderungskonzeptionen scheinen demnach theoretisch gesichert zu sein.

4. Kritische Würdigung

(a) Der theoretischen Erkenntnis entzieht sich SCHREIBER aus wettbewerbspolitischen Erwägungen, die damit der Eigentumspolitik übergeordnet werden, indem er dafür plädiert, daß es nicht Aufgabe sein kann, die freiwillige Ersparnis derart zu fördern, daß sie gleich der Investition wird. ²⁾ Die Kreislaufgewinne, als ein den Unternehmern durch die Konsumenten gewährtes Privileg apostrophiert, sollen nicht ganz zum Verschwinden gebracht werden und zwar, paradoxerweise, der kleinen und mittleren Unternehmen wegen ³⁾, ohne daß dabei bedacht wird, daß gerade der stark expandierende und der Kreditfinanzierung leichter habhaft

1) E. PREISER, Sparen und Investieren, in: Bildung und Verteilung ..., a. a. O., S. 49.

2) Vgl. W. SCHREIBER, a. a. O., S. 41: "Es ist ... bedenklich, wenn man in theoretischen Abhandlungen liest, das ... dynamische "Gleichgewicht" sei nur dann erreicht, wenn die Investition und die freiwillige Sparleistung der Haushalte völlig gleiche Größen sind... Ein gewisser Vorsprung der Investition, der Kreislaufgewinne... entstehen läßt, ist für das Funktionieren der freien Wirtschaft notwendig." Hierzu ist anzumerken: Gleichgewicht ist eine Modellvorstellung. Als solche ist sie nach ihrer Zweckmäßigkeit zu beurteilen. Die Aussage, Gleichgewicht herrsche, solange die geplante Investitionsquote gleich der Quote der freiwilligen Ersparnis ist, besagt, daß jede abweichende Konstellation entweder eine deflatorische oder inflatorische Lücke ergibt. Bedenklich kann nicht die Modellvorstellung, die einen bestimmten Zustand definiert, sondern nur der Zustand als solcher sein. Darüber hinaus macht SCHREIBER die Funktionsfähigkeit der "freien Wirtschaft" von einem Ungleichgewichtszustand abhängig, während nach den Prinzipien eben derselben Wirtschaft die Sparer über die Investition entscheiden, der Ausgleich von Sparen und Investieren durch den Zinsmechanismus bewirkt wird.

3) W. SCHREIBER, a. a. O., S. 41: "Nur dieser Kreislaufgewinn erlaubt den kleinen und mittleren und den ... Unternehmungen, die scharfem Wettbewerb gegenüberstehen das Überleben neben den Großen oder Monopolbegünstigten."

werdende Großbetrieb in den Genuß der Kreislaufgewinne kommt. Nach SCHREIBER sind diese Gewinne Existenzbedingung der freien Wirtschaft, und auch hier wird nicht bedacht, daß dadurch ein Privileg, eine Ungerechtigkeit, zur Bedingung des Systems gemacht wird.

(b) In dieselbe Richtung führt die Argumentation LITTMANNs, ¹⁾ der in seiner Analyse dieser Prozesse zu dem Ergebnis kommt, die Vermögensverteilung sei, in gewissen Bandbreiten allerdings, in der Marktwirtschaft determiniert. Er steht damit in schroffem Gegensatz zu NELL-BREUNING, der eine Determiniertheit der Vermögensverteilung als keineswegs gegeben ansieht, allerdings unter der Annahme einer konstanten Investitionsquote, bei Variation der Sparquote der Haushalte. LITTMANN wendet dagegen ein, daß das entscheidende Problem eliminiert werde, das da heißt: "ob und gegebenenfalls in welchen Grenzen die gesamtwirtschaftliche Investitionsrate bei Änderungen der Sparentschlüsse der Nichtunternehmer unberührt bleibt." ²⁾ Dieses Problem kann nach LITTMANN nicht aus dem allgemeinen Kreislaufzusammenhang beantwortet werden, da es sich um die von SCHUMPETER sog. Änderungen in den Bahnen des Kreislaufs handelt. Aber gerade diese geben dem Investitionsproblem seinen spezifischen Gehalt.

(c) Im folgenden sollen die Thesen LITTMANNs aufgegriffen werden: Er geht von einem Zweiklassenmodell aus, Unternehmer und Nicht-Unternehmer, einem marktwirtschaftlichen, evolutionären System mit dezentraler Lenkung im Zustand der Vollbeschäftigung. Unter Vermögen wird lediglich das Produktivvermögen verstanden, also der Bestand an Sachgütern der einzelnen Wirtschaftseinheiten, Grund und Boden und Forderungen abzüglich der Schulden. Die Realinvestition hängt ab, so wird angenommen, von der Neigung der Unternehmer und von den Finanzierungsmöglichkeiten, d. h. von der Bereitwilligkeit des Banksystems zur Kredithergabe. Seine Argumentation bewegt sich in den bekannten Bahnen. Er kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, daß bei unveränderter Investitionsrate der Zuwachs der freiwilligen Ersparnis der Haushalte einhergeht mit der Senkung der Unternehmergewinne.

Im Extremfall: Jede Zunahme des Realvermögens der Unternehmer hat gleich großen Zuwachs der Geldvermögen der Haushalte als Äquivalent, was bedeutet, daß jede Realinvestition eine quantitativ gleiche Verschuldung zur Folge hat, daß die Haushalte die Geldschöpfung der Banken ex-post legitimieren.

1) K. LITTMANN, Über einige Zwangsläufigkeiten der Vermögensverteilung in der Marktwirtschaft. Zeitschr. für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 113, 1957, S. 205-222.

2) K. LITTMANN, a. a. O., S. 210.

Nun glaubt LITTMANN, daß die Prämisse von der unveränderten Investitionsrate bei variierender Sparquote der privaten Haushalte nicht haltbar ist, und führt zwei Argumente an:

- (1) Fremdfinanzierung erhöht im Vergleich zur Selbstfinanzierung Zinsaufwand und Risikokalkül jeder Investition und senkt somit Erlös und Erlöserwartungen. Beide Faktoren reduzieren die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und somit die Investitionsneigung.
- (2) Die Differenzierung der Gewinnstruktur nach dem Monopolisierungsgrad bewirkt unter Annahme zusätzlicher Geldvermögensbildung bei den privaten Haushalten ein uneinheitliches Ergebnis bei den Unternehmungen, das von zusätzlichen Gewinnen bei Monopolunternehmen bis zu Desinvestitionen in Branchen mit geringem Monopolisierungsgrad reicht.

"Beide Argumente", so meint LITTMANN, "reichen zu dem Urteil aus, daß sich das marktwirtschaftliche System bei dieser Art der Vermögensverteilung zur Selbstauflösung anschickt. Mithin ist aber auch die grundlegende Feststellung zu treffen, daß die Marktwirtschaft zwar bei einer einseitigen Vermögensbildung zugunsten der Unternehmer arbeitsfähig bleiben kann, daß das andere mögliche Extrem jedoch mit den ökonomischen Bedingungen unvereinbar ist." ¹⁾

Es wird eingeräumt, daß eine beträchtliche Variationsbreite hinsichtlich des Sparvolumens der Haushalte besteht, doch ist das Sparen der privaten Haushalte, so LITTMANNs Behauptung, weniger systemadäquat als das der Unternehmer.

Dazu kommen weitere Fakten, die einer zu hohen Sparquote der Haushalte indirekt entgegenwirken:

- (1) Banken geben Kredite unter dem Sicherheits- und nicht dem Ertragsaspekt und begünstigen somit die Vermögensstarken.
- (2) Das Anwachsen der Staatstätigkeit verstärkt tendentiell durch die Art der Besteuerung den Monopolisierungsgrad.
- (3) Die Abschreibungsmöglichkeiten der Steuergesetzgebung stellen eine Prämie für den Realvermögensbesitzer dar.

LITTMANNs Ergebnis wird jedoch modifiziert, indem er zugibt, daß in den "nach Verselbständigung der Produktionseinheiten drängenden Unternehmensformen körperschaftlich organisierter Art" jede Möglichkeit der Vermögensdistribution denkbar ist, weil diese die Unternehmensleitung nicht interessiert.

Sein abschließendes Urteil besagt, daß die Vermögensverteilung in der Marktwirtschaft generell in gewissen Bandbreiten determiniert ist, daß diese Feststellung da jedoch keine Gültigkeit habe, wo Unternehmer und Eigentümer auseinander fallen. Dabei ist der Hinweis, daß letzteres eigentlich keine Marktwirt-

1) K. LITTMANN, a. a. O., S. 216.

schaft mehr sei, völlig belanglos und überdies wohl nicht haltbar.

Ob Marktwirtschaft oder nicht, die vom Management geführten Kapitalgesellschaften sind unsere heutige wirtschaftliche Realität, im Großunternehmen dominiert diese Organisationsform und hier auch haben wir die Vermögensakkumulation, die Gegenstand eigentumspolitischer Erörterung ist. Wenn LITTMANN für diesen entscheidenden Bereich der Wirtschaft die Vermögensverteilung als nicht eindeutig determiniert (auch nicht in gewissen Bandbreiten) ansieht, so unterwirft er sein Ergebnis einer Selbstkorrektur.

(d) Ein weiterer Tatbestand, der bei LITTMANN kurz gestreift wird, bedarf einer eingehenderen Klärung. Es handelt sich um die Wirkungsmöglichkeit einer Sparförderung bei differenzierter Gewinnstruktur.

Ausgangspunkt ist die These, daß die Gewinnstruktur nach dem Monopolisierungsgrad differenziert ist. HANKEL und ZWEIG weisen darauf hin, daß ein beträchtlicher Teil der Selbständigen in Handwerk, Handel und Industrie überhaupt keine Gewinne erzielen, "allenfalls eine marktgerechte Verzinsung ihres Kapitals und eine in etwa leistungsgerechte Entlohnung ihrer Arbeitskraft." ¹⁾ Das andere Extrem bilden jene Unternehmungen, bei denen sich die unverteiltten Gewinne konzentrieren, die über eine gewisse Marktmacht verfügen, wo zum Leistungsgewinn noch die Monopolrente tritt. "Hierbei können sich Leistungsgewinn und Monopolrente gegenseitig bedingen, da die Monopolrente oft dazu dient, technisch fortschrittliche Verfahren einzuführen, wie umgekehrt sich aus solchen technischen Neuerungen eine Verstärkung der monopolistischen oder monopolähnlichen Stellung ergeben kann." ²⁾

Eine erfolgreiche Sparförderung wird zunächst zu Lasten der konkurrenzwirtschaftlich anbietenden Kleinbetriebe in Handwerk und Handel gehen, da hier sich unmittelbar und zuerst der relative Minderverbrauch der Arbeitnehmer auswirkt. Weitere Einflüsse ergeben sich aus der Beeinträchtigung der Bestellsituation dieser Betriebe, die die Absatz- und somit Gewinnsituation der mittleren und größeren Betriebe wiederum beeinträchtigt. Folge wäre eine Beschneidung der Sparfähigkeit in Bereichen, die zu treffen nicht beabsichtigt war, und es ist fraglich, ob diese Wirkung durch die erhöhte Sparwilligkeit der Arbeitnehmer zu kompensieren ist. So werden zunächst die Restgewinne in den Bereichen, in denen der Wettbewerb funktioniert angegangen und erst zuletzt die erreicht, die eigentlich getroffen werden sollten. Dabei braucht die Investitionsquote keineswegs negativ beeinflusst zu werden, wohl aber ändert sich deren Zusammensetzung zu Gunsten einer höheren Quote der Monopol- und Oligopolunternehmungen.

1) W. HANKEL und G. ZWEIG, Einkommens- und Eigentumspolitik. Sozialer Fortschritt, 8. Jg., 1959, S. 34.

2) W. HANKEL und G. ZWEIG, a. a. O., S. 34.

SCHREIBER hat aus diesem Grunde eine untere Grenze für die Beschneidung der Kreislaufgewinne durch Sparförderungsprogramme gefordert, was HANKEL und ZWEIG zu der Frage führte, wie groß der Spielraum überhaupt noch sei, um durch eine Erhöhung der freiwilligen Ersparnis Kreislaufgewinne zu reduzieren, jedoch die Restgewinne der Kleinunternehmer zu schonen.

Die Sparförderungsprogramme bedürfen ihrer generellen Wirkung wegen einer Ergänzung durch gezielte Maßnahmen. HANKEL und ZWEIG sehen diese nicht nur in einer Subventionierung der Vermögensbildung unterer Einkommensbezieher, die über die bisherige Sparförderung hinauszugehen hätte, sondern auch in einer Begünstigung der vermögenswirksamen Verschuldung.¹⁾

(e) Eine weitere interessante These, die gegen eine generelle Sparförderung spricht, vertritt FOEHL: Er nimmt an, die Arbeiter sparen einen, ihnen durch Erhöhung des Branchentarifs zugefallenen, Einkommenszuwachs. Daraus folgt, daß die Kosten der Grenzproduzenten steigen, während die Gesamterlöse der Unternehmungen konstant bleiben. Eine Kostendeckung ist somit bei den Grenzproduzenten nicht mehr gewährleistet, was zu Produktionsstillegungen führen muß. Der Ausfall an Gesamterlös, resp. ein Schrumpfen der Kapazitätsausnutzung, kann nach Meinung FOEHLs nur durch eine Erhöhung der Nachfrage nach Investitionsgütern aufgefangen werden. Geschieht dies, und zeigen sich somit keine kontraktiven Tendenzen, findet die Ersparnisbildung der Arbeitnehmer ihr Äquivalent in der zusätzlichen Investition der im Markt verbliebenen Unternehmen. Aber: "Der in die Besitzeinkommen eingehende Unternehmergewinn wird dadurch nicht verkleinert", die Ersparnisbildung geht nicht zu Lasten der ursprünglichen Kreislaufgewinne.²⁾

Diese These beleuchtet anschaulich das Aggregationsproblem, worauf noch zurückzukommen sein wird. Es wird ausgegangen von der Gewinnsituation vor der Lohnerhöhung und festgestellt, daß diese nach den beschriebenen Veränderungen für die im Markt verbliebenen Unternehmen nicht tangiert wurde, obwohl Kapazitäten stillgelegt, Grenzproduzenten ausgeschieden sind. Derartige Desinvestitionen stellen sich jedoch gesamtwirtschaftlich für die Klasse der Unternehmer als Gewinnreduktion dar. Unter den von FOEHL gemachten Annahmen wird diese durch die Steigerung der Investitionsgüternachfrage kompensiert. So ändert sich bei Konstanz der Gewinnsituation der im Markt verbliebenen Unternehmen (d. h. derjenigen, die vor den Veränderungen keine Grenzbetriebe waren) der relative Anteil der Unternehmergewinne an der Finanzierung der Investition zu Gunsten der freiwilligen Ersparnis.

1) Vgl. W. HANKEL und G. ZWEIG, a. a. O., S. 36.

2) C. FOEHL, Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung. Finanzarchiv, N.F.Bd. 19, 1958/59, S. 142.

5. Der Geltungsbereich

(a) Distributionstheoretisch sind die Konzeptionen zur Beeinflussung der Einkommensverwendung (Programme der Sparförderung und Propagierung des Spargedankens) schlüssig.

KALDOR weist darauf hin, daß die Primärverteilung der Einkommen vom Verhältnis der Sparneigung der Unternehmer und Nichtunternehmer einerseits und von der Wachstumsrate des Sozialprodukts andererseits abhängt, und zwar in der Form, daß der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen, die Profitrate, umso größer ist, je größer die Wachstumsrate und je geringer die Sparneigung der Nichtunternehmer ist.¹⁾ So wird die Höhe der freiwilligen Ersparnis zu einem Bestimmungsfaktor sowohl der Einkommensverteilung wie der Vermögensverteilung.

(b) Was Sparförderung verteilungspolitisch bezwecken kann, ist Absorbierung des Geldüberhangs, desjenigen Teils der verfügbaren Einkommen, der die Konsumgüterquote des Sozialprodukts übersteigt. So ist der von SCHREIBER in seinem Plan formulierte Satz vom "Sparen ohne Konsumverzicht" zu verstehen. Hier decken sich ebenfalls die konjunkturpolitischen Zielsetzungen, eingeschlossen die Bestrebungen um Preisstabilität, mit den Zielsetzungen der Eigentumspolitik.

Droht eine deflatorische Lücke, ist die Kongruenz nicht mehr gegeben. Die den konjunkturpolitischen Zielsetzungen einerseits und den strukturpolitischen Zielsetzungen andererseits entsprechenden Maßnahmen schließen sich dann gegenseitig aus.

(c) Die oben festgestellte verteilungstheoretische Schlüssigkeit ist ein Modellergebnis. Soll darauf eine wirtschaftspolitische Konzeption begründet werden, so zeigt sich, wie im vorliegenden Fall, daß die Modellkonstruktion zu wenig differenziert war, um ein realisierbares Programm abzugeben. So mußten wir feststellen, daß folgende Tatbestände die Erreichung des der Konzeption vorschwebenden Zieles mittels Sparförderung zweifelhaft erscheinen lassen:

- (1) Die lineare Erhöhung der Sparquote trifft zuerst die Gewinne derjenigen Unternehmungen, welche infolge des Konkurrenzkampfes geringe Gewinnpolster haben, und zuletzt den Monopolbetrieb.
- (2) Der Übergang von der Selbstfinanzierung zur Fremdfinanzierung erhöht den Zinsaufwand und das Risiko. Ein erhöhter Zins wirkt unmittelbar auf die Erlöse und somit auf die Profitrate, seine negative Einwirkung auf die Erlöserwartungen der Unternehmer führt zu einer Senkung der Grenzleistungs-

1) Vgl. N. KALDOR, Alternative Theories of Distribution. Review of Economic Studies, Bd. 23, 1955/56, S. 83 f.

fähigkeit des Kapitals. Eine höhere Risikoprämie reduziert ebenfalls die Profitrate. Diese Faktoren beeinflussen die Investitionsneigung negativ.

- (3) Die Investitionsstruktur wird zu Gunsten der Kapitalstarken, insbesondere der Kapitalgesellschaften, in der Regel verstärkt beeinflusst; benachteiligt werden Einzelunternehmungen und Personalgesellschaften, soweit diese nicht selbst Monopolbetriebe sind.
- (4) Die negative Beeinflussung der Investition schlechthin. Die Annahme, durch Beeinflussung des Sparens der privaten Haushalte in die Vermögensverteilung regulierend einzugreifen, verkennt, daß dies auf die Vermögensbildung nicht ohne Einfluß bleiben kann. Wird ein Katalog von Maßnahmen, wie sie die allgemeinen Sparförderungsprogramme vorsehen, in quantitativ nicht zu bescheidenem Umfang mit dem erklärten Ziel einer Einkommens- und Vermögensumschichtung verwirklicht, so muß zumindest: eine Tendenz zur vorübergehenden Beeinträchtigung der Gewinn- und Absatzerwartungen angenommen werden, unter der die Realinvestition leidet. Bei forcierter Spartätigkeit anzunehmen, die übrigen Größen des Systems blieben konstant, widerspricht der Erfahrung. "Es ist eben nicht so, wie es sich eine bestimmte Variante der Kapital- und Zinstheorie vorstellt, daß alle angebotenen Sparkapitalien auch zur Investition 'durchgegeben' werden, sofern man nur den Zinsfuß zureichend senkt ..." ¹⁾.
- (d) Im übrigen sollen als weitere nachteilige Momente besonders hervorgehoben werden:
- (1) Der Problembereich Sparfähigkeit und Sparwilligkeit. Die gängige Feststellung, daß der Arbeiter nicht spart, ist in dieser pauschalen Form unhaltbar und wird u. a. falsifiziert durch die Entwicklung des Bausparens. ²⁾ Darüber hinaus sollte nicht allein auf die Sparwilligkeit sondern mehr auf den objektiven Faktor der Sparfähigkeit abgehoben werden. Die Argumentation SCHREIBERS versucht die Sparfähigkeit als Scheinproblem zu entlarven, indem davon ausgegangen wird, daß durch ein zusätzliches Sparen die Konsum-

1) W. HANKEL und G. ZWEIG, a. a. O., S. 34.

2) Der Nettospargeldeingang (ohne Zinsgutschriften und Prämien) der privaten Bausparkassen betrug im Jahre 1950 207 Mio DM, im Jahre 1959 1559 Mio DM. Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1960, 12. Jg. Nr. 8, S. 6.

An den Vertragsabschlüssen im 2. Quartal 1958 waren bei den privaten Bausparkassen 39,6% der Vertragsabschließenden Arbeiter; ihr Anteil an der Bausparsumme betrug 32,7%, die durchschnittliche Bausparsumme 13140 DM. Quelle: Die Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen 1958, Sonderdruck aus: Privates Bausparwesen 1959, Bonn o. J. (1959), S. 17.

güterpreise infolge Nachfrageausfall um den Betrag des Mehrsparens gedrückt werden. Die Konsumgüterquote würde sich dadurch nicht verändern, die privaten Haushalte bräuchten also ihren Konsum letztlich nicht einzuschränken. Ihr Sparen wäre nur eine zeitweilige Vorleistung. Hierbei wird verkannt, daß am Anfang dieses möglichen Prozesses eben doch das zusätzliche Sparen, der Konsumverzicht steht. Die positiven Folgeerscheinungen haben somit die Sparfähigkeit zur Voraussetzung.

(2) **Die Lohnpolitik der Gewerkschaften.**

Das Problem besteht darin, das zuwachsende Produktivvermögen, die Nettoinvestition anders als bisher zu verteilen. Ein Teil des Zuwachses zum Kapitalstock ist, in Höhe der freiwilligen Ersparnis, hinsichtlich des Eigentums gebunden, das Residuum Q nicht. Dies fällt systembedingt den Unternehmen zu. Es müßte, versteht man Q als eine Überraschungsgröße, möglich sein, diese direkt anzugehen, ohne dadurch den Wirtschaftsablauf zu beeinträchtigen. Die Lohnpolitik ist hierzu ungeeignet. Solange die Gewerkschaften mittels Lohnpolitik Vermögensumverteilung betreiben wollen und nicht nach der Erkenntnis handeln, daß der einseitigen Vermögensakkumulation, "diesem sozialpathologischen Zustand einer Marktwirtschaft ... mit den Mitteln der Lohnpolitik überhaupt nicht beizukommen ist", ¹⁾ gefährden sie die Preisstabilität und damit die Sparförderungsprogramme. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften ihre Einkommenspolitik durch eine Vermögenspolitik zu ergänzen. ²⁾ Zum anderen vermochten die Reprivatisierungsaktionen und Sparförderungsprogramme die Gewerkschaften nicht zu überzeugen: "Und die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, schafft noch keine gerechte Verteilung von Eigentum." ³⁾

-
- 1) B. GLEITZE, Produktivität, Lohn, Arbeitszeit. Referat, gehalten auf der 4. Ordentl. Landesbezirkskonferenz des DGB, Landesbezirk Hessen, in Heppenheim, 25. und 26. Januar 1957, Sonderdruck S. 15.
 - 2) Auf der DGB Bundesvorstandssitzung vom 15. 4. 1958 wurde eine Vorlage der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik im DGB "Arbeitnehmerbeteiligung am Vermögenszuwachs der Großbetriebe" beraten. Diese Vorschläge liegen auf der Linie des Gleitze-Planes. Eine abschließende Behandlung erfolgte nicht. Die DAG hat sich schon sehr frühzeitig zu diesem Problemkreis geäußert; vgl. Miteigentum der Arbeitnehmer, Eine Stellungnahme der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Hamburg 1955.
 - 3) L. ROSENBERG, Wirtschaftspolitik als Aufgabe. Referat vor dem 5. Ordentl. Bundeskongreß des DGB in Stuttgart, 7. bis 12. September 1959, gedrucktes Manuskript S. 6.

(3) Der kollektive Effekt einer Steigerung der Sparquote.

Der weniger theoretisch als praktisch bedeutsame Nachteil besteht darin, daß bei Beeinflussung der Einkommensverwendung der privaten Haushalte auf eine Steigerung der Sparquote die zu erwartende günstige Wirkung auf Einkommens- und Vermögensverteilung nur kollektiv zum Tragen kommt. Die Sparquote der privaten Haushalte ist ein Durchschnitt, was besagt, daß in diesem individuelles Sparen auch und gerade bei beträchtlichen Sparanstrengungen, solange es sich hierbei um Einzelfälle handelt, nur verzerrt zum Ausdruck kommt. Die Einsichtigen im Sinne dieser Art von Eigentums- politik müssen es sich gefallen lassen, daß ihre Einsicht gesamtwirtschaftlich solange fruchtlos bleibt, wie das Gewicht ihrer geringen Zahl und das ihm entsprechende Sparvolumen auf eine Masse von Nichtsparern trifft. Ihre Anstrengungen werden durch diejenigen, welche ihr Einkommen voll konsumieren oder gar Entsparen und/oder Konsumkredit aufnehmen sabotiert.

An diesen Umstand knüpft KRONENBERG u. a. die Rechtfertigung für Subventionen an Sparer in Form der Sparprämie. ¹⁾

6. Die distributionspolitische Wirkung

Es wurde versucht, die Wirkungen der Sparförderungskonzeptionen, die teilweise Gegenstand staatlicher Wirtschaftspolitik sind, zu bestimmen.

Entsprechen diese Wirkungen den postulierten Zielen, ist mit diesen Konzeptionen eine breite Streuung des Eigentums - auch von Produktivvermögen - zu erreichen, und ist somit ein Weg zu einer gerechteren Vermögensverteilung aufgezeigt?

Es läßt sich nicht nachweisen, daß die einzelnen Maßnahmen die gewünschten Wirkungen eindeutig zeitigen. Die Erreichung des Gewünschten bleibt äußerst problematisch. Es ist nicht zu sehen, wie eine forcierte freiwillige Spartätigkeit ein ausreichend wirksames Gegengewicht zum Prozeß der immer schneller fortschreitenden Vermögenskonzentration abgeben kann, geschweige denn hier auflockernd zu wirken vermag. Eine Ergänzung dieser Konzeptionen durch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen ist unabdingbar.

Die Kongruenz zwischen Konjunkturpolitik in Aufschwungsphasen und allgemeiner Sparförderung läßt sich eindeutig feststellen. Die Rolle der freiwilligen Ersparnis

1) Vgl. F. KRONENBERG, Die Beeinflussung der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland durch finanzpolitische Maßnahmen, insbesondere durch Subventionen zur Vermögensbildung, in: Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms- Universität Münster, Herausg. J. HOFFNER, 2. Bd., Regensburg und Münster 1961 (S. 17-146) S. 107.

im Akkumulationsprozeß muß jedoch illusionslos gesehen werden. Es ist MIKSCH voll zuzustimmen wenn er schreibt: "Wenn man sich vor Augen hält, daß die großen Investitionen stets in Aufschwungsperioden mit steigenden Preisen durchgeführt worden sind, daß überhaupt die Aufschwungsperioden nichts anderes waren als die mit zusätzlichem Kredit finanzierten, durch Preissteigerung und Zwangssparnis gekennzeichneten Investitionsvorgänge, so ist von vornherein wahrscheinlich, daß der Anteil des Zwangssparens an der gesamten Kapitalbildung sehr hoch gewesen ist und daß die nebenherlaufende freiwillige Spartätigkeit die Ungleichheit der Besitzverhältnisse kaum zu mildern vermochte." 1)

II. KORREKTUR DER VERMÖGENSVERTEILUNG DURCH INVESTIVLOHN

1. Charakteristik

Investivlohn und Bildung von Miteigentum verlassen den Weg einer bloßen Beeinflussung der Vermögensverteilung. Sie stellen bereits einen Versuch zur Korrektur des Verteilungsprozesses dar.

Der Verteilungsgerechtigkeit soll dadurch entsprochen werden, daß der Arbeiter am Vermögensbildungsprozeß direkt partizipiert.

Ausgangspunkt ist die tatsächliche Vermögensverteilung. Sie ist dadurch zum Problem geworden, daß sie einen hohen Grad von Einseitigkeit aufweist und diese Einseitigkeit im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung tendentiell verstärkt wird. Hieraus wird ein Versagen der marktwirtschaftlichen Regulative abgeleitet. Dieses Versagen mag strukturell bedingt sein, da in der Marktwirtschaft die Investition bei den Unternehmungen liegt, was bedeutet, daß das reale Güterangebot in seiner Zusammensetzung bereits die Spar- resp. Konsumentscheidung vorweggenommen hat; oder faktisch durch ein nur schwer zu änderndes Marktverhalten der breiten Schichten. Sparwilligkeit aber auch Sparfähigkeit sind gering. Auch für die Zukunft ist hier keine Änderung zu erwarten.

Im grundsätzlichen gründet der Investivlohn auf der These von NELL-BREUNING: "Die Soziale Marktwirtschaft kennt keinen Automatismus des Marktgeschehens, der zwangsläufig über die Verteilung des Sozialprodukts auf die verschiedenen Einkommensarten entscheiden würde. Die Aufgliederung des Sozialprodukts ist vielmehr das Ergebnis wirtschaftspolitischer Lenkung, sei es eines laissez-faire,

1) L. MIKSCH, Kapitalbildung und Kapitalbesitz.
Wirtschaftsordnung II, Frankfurt 1949, S. 95.

d. i. des Verzichts auf Lenkung, sei es einer unfähigen und ziellos im Nebel herumfahrenden, sei es einer zielbewußten und ihr Instrumentarium beherrschenden Lenkung, in jedem Fall aber Ergebnis entweder der Nicht-Lenkung oder der Lenkung." ¹⁾

2. Die praktischen Vorschläge

Der Gedanke des Investivlohnes findet seine grundlegende Darlegung bei NELL-BREUNING. In seiner Thesenfolge zur Eigentumbildung in Arbeiterhand schreibt er u. a. : "So läßt sich durchaus ins Auge fassen, eine Lohnerhöhung, die ertragsmäßig möglich ist, jedoch bei unzureichend funktionsfähigem Kapitalmarkt aus Liquiditätsgründen nicht bar ausgeschüttet werden kann, durch tarifliche Vereinbarung auf bestimmte Zeit festzuschreiben oder den Wiedereinsatz dieser Beträge auf anderem Wege, z.B. Investmentgesellschaften, bei dem gleichen Unternehmen oder gleichen Industriezweig tarifvertraglich zu sichern." ²⁾ Er selbst greift zurück auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 24.9.1950, in dem gegen den Einwand, eine Steigerung der Lohnquote gefährde die notwendige volkswirtschaftliche Sparquote, ausgeführt wird: "Diesem Einwand ist zu begegnen, soweit mittels geeigneter Maßnahmen die entsprechende Vermehrung des Sparens aus dem Arbeitseinkommen gelingt. Hierzu gehört an erster Stelle, daß den Bedürfnissen angepaßte Gelegenheiten zur Kapitalanlage geboten werden." ³⁾

Der Gedanke der Aufspaltung des Lohnes in einen Barlohn und einen Investivlohn findet über seine grundsätzliche Erörterung bei NELL-BREUNING hinaus seinen Niederschlag in den Plänen von ARNOLD und HAEUSSLER. Im Rahmen unserer Problemstellung erübrigt sich eine ins einzelne gehende Darstellung dieser Pläne, es soll jedoch kurz auf den Häussler-Plan eingegangen werden.

Dieser wurde in einer ausgesprochenen Konfliktsituation, im Lohnkampf in der baden-württembergischen Metallindustrie im Frühjahr 1954, als Vermittlungsvorschlag unterbreitet, ohne angenommen zu werden.

Die Lohnforderungen der Gewerkschaften wurden begründet mit dem legitimen Recht der Arbeitnehmer auf Teilhabe am Ergebnis des technischen Fortschritts, der Rationalisierung und der Investition. HAEUSSLER anerkannte diese Forderungen der Gewerkschaften grundsätzlich, auch den Anspruch auf Teilhabe am Ver-

1) O. v. NELL-BREUNING, Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. 1 Grundfragen, Freiburg i. Br. 1956, S. 415.

2) O. v. NELL-BREUNING, a. a. O., S. 449.

3) cit. bei O. v. NELL-BREUNING, a. a. O., S. 429.

mögenszuwachs. Aber: "Da diese Vermögen indessen nicht bar vorhanden, sondern in den mit diesem Investitionskapital geschaffenen Arbeitsplätzen gebunden waren, konnte die Befriedigung dieses Anspruchs sinngemäß auch nicht als Barlohn, sondern ebenfalls nur in Form von Kapitalanteilen gefordert werden." ¹⁾ Die "Investivlohn-rate" sollte einen Teil der Lohnerhöhung ausmachen, achtzehn Monate gesperrt, von einer Investmenttreuhandgesellschaft verwaltet, würde sie so als Produktionsmittelkapital in der Wirtschaft investiert bleiben.

Hierbei ließ sich HAEUSSLER von den Erwägungen leiten, daß bei Vermeidung von Arbeitskämpfen und konjunkturellen Schwankungen die Steigerung der Produktivität durch allgemeinen technischen und organisatorischen Fortschritt weiterhin vorausgesetzt werden kann, wobei diese umso höher sein wird, je höher die Kapitalbildung "d. h. die investive Einkommensverwendung der Unternehmer und Arbeitnehmer" ²⁾ ist. Er spricht in Analogie zu einer weniger erfreulichen Spirale hier von einer 'Spirale des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts'. Als Argumente für einen derartigen Investivlohn nennt HAEUSSLER die politische Notwendigkeit einer Eigentumsbildung in Arbeiterhand, die positive Wirkung auf das wirtschaftliche Wachstum (wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt), die zinssenkende Tendenz, die einer indirekten Erhöhung des Angebots investierbarer Fonds zukommt und die preisstabilisierenden Effekte. ³⁾

3. Die theoretische Grundlage der Investivlohnkonzeption

Die mögliche Lohnhöhe wird entscheidend mitbestimmt von der Verwendung, welcher der Lohn zugeführt wird. "Wird der Lohn ganz dem Konsum zugeführt, so kann die volkswirtschaftliche Lohnquote realiter nicht höher sein als diejenige Quote des Sozialprodukts, die in Konsumgütern besteht; Lohnerhöhungen, die diese Grenze zu übersteigen versuchen ... sind ... dazu verurteilt, nominell zu bleiben. Sind die Lohn- und Gehaltsempfänger dagegen bereit, von ihrem Arbeitslohn nicht nur Konsumgüter, sondern auch Kapitalgüter zu kaufen, also in die Investition zu gehen, so fällt diese Grenze; nunmehr steht dem Lohn nicht mehr die Konsumgüterquote des Sozialprodukts, sondern das ganze Sozialprodukt gegenüber ..." ⁴⁾ Demgemäß gibt es sehr wohl Reserven für Lohnerhöhungen, aber nur unter der Bedingung, daß nicht versucht wird, unverzehrbare Teile des Sozialprodukts zu kon-

1) E. HAEUSSLER, Der Arbeiter als Wirtschaftsbürger, Sozialer Fortschritt, Jg. 5, 1956, S. 94.

2) E. HAEUSSLER, a. a. O., S. 94.

3) E. HAEUSSLER, a. a. O., S. 95.

4) O. v. NELL-BREUNING, a. a. O., S. 423.

sumieren. Mit anderen Worten: "Soll dieser Teil des Sozialprodukts ihnen zufallen, (den Arbeitnehmern, d.V.) dann müssen sie ihn schon nehmen wie er ist... bestehend in Investitionsgütern, die als solche unverzehrbar sind. Es gibt nur die Wahl: entweder sie als Vermögen (Ersparnisse) zurucklegen oder auf sie verzichten." 1)

Die Aufspaltung des Lohnes in einen Teil, der zur effektiven Nachfrage nach Konsumgütern wird und in einen solchen, der der Entstehung einer inflatorischen Lücke entgegenwirken soll, ist die beherrschende Vorstellung. Die Lohnquote hätte ihr reales Äquivalent nicht ausschließlich in der Konsumgüterquote sondern zum Teil auch in der Investitionsgüterquote. An die Stelle der unverteilten Unternehmergewinne, im Sinne von NELL-BREUNING der Unternehmensgewinne, tritt das Aggregat investiver Lohn.

Der wirtschaftliche Ablauf, so man von der These ausgeht, daß die Vermögensverteilung keinen Einfluß auf die Investition habe, wird nicht negativ beeinträchtigt, lediglich die Eigentümer der Investitionsgüter sind nicht mehr die Unternehmer, resp. die Kapitaleigner des Unternehmens, sondern teilweise die Arbeitnehmer des Betriebes. Das Ausmaß einer derartigen Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer kann in den Tarifverhandlungen zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden, der Effekt hängt jedoch letztlich ab von den Praktiken, mittels denen es gelingt, die Arbeitnehmerhaushalte en bloc dazu zu bewegen nicht mehr zu konsumieren, als die Konsumgüterquote des Sozialprodukts ausmacht, oder anders ausgedrückt, die ihnen als Investivlohn zugeflossenen Vermögenstitel als solche zu halten.

4. Kritische Würdigung der Investivlohn-Konzeption

Der Investivlohn bedarf in seiner theoretischen Begründung keinerlei Ergänzung. Hier wird der große Nachteil der Sparförderungsprogramme vermieden, die am passiven Faktor des Sparens anknüpfen; Ansatzpunkt hier ist die reale Kapitalbildung.

Klar ist gesagt was man will: Beteiligung der Arbeitnehmer an der Realvermögensbildung der Volkswirtschaft. Die Schwierigkeiten, die sich den Plänen entgegenstellen, sind in der Hauptsache institutioneller Art.

Hier stellt sich generell das Problem der praktischen Durchführbarkeit.

Demonstrationsobjekt der Pläne ist die Industriearbeiterschaft, und hier vornehmlich die in Kapitalgesellschaften Beschäftigten, wobei jedoch NELL-BREUNING ausdrücklich feststellt: "Von der Eigentums- (Vermögens-) Bildung ist grundsätzlich niemand ausgeschlossen. Zugunsten derer, die bereits aus dem berufstätigen

1) O.v. NELL-BREUNING, a. a. O., S. 423/424.

Leben ausgeschieden sind (Alte, Invaliden) wird allerdings kaum mehr geschehen können, als ihnen eine in angemessenem Verhältnis zur übrigen Bevölkerung stehende Lebenshaltung zu ermöglichen. Eigentums- (Vermögens-) Bildung dagegen wird sich im allgemeinen nur zugunsten der Berufs- (Erwerbs-) Tätigen ermöglichen lassen. Diesen aber muß sie ohne Einschränkung offen stehen; eine Beschränkung auf die im Lohnarbeitsverhältnis Stehenden, z. B. unter Ausschluß der Beamtenschaft, oder auf bestimmte Arbeitnehmerkreise, z. B. die Arbeitnehmer kapitalgesellschaftlicher oder besonders gewinnbringender Unternehmen, läßt sich nicht vertreten und würde den gesellschaftspolitischen (sozialstrukturellen) Notwendigkeiten nicht genügen." ¹⁾

Nichtsdestoweniger, die Schwierigkeit der Realisierung ist evident. Auf einer Skala mit abnehmendem Grad der Realisierungschance ständen an der Spitze die Beschäftigten in kapitalintensiven Kapitalgesellschaften, danach die in lohnintensiven Kapitalgesellschaften Beschäftigten. Schwierigkeiten zeigen sich bereits bei den Personalgesellschaften, wobei es wiederum den kapitalintensiven, infolge des allgemein höheren Produktivitätsfortschritts, leichter fallen dürfte als den lohnintensiven (NELL-BREUNING hat eine juristische Konstruktion in Anlehnung an den Juniorpartner einer OHG vorgeschlagen). Am Ende der Skala würden wir die in der Verwaltung Beschäftigten u. ä. finden, wo Begriffe wie Investition, Produktivitätsfortschritt etc., an die es anzuknüpfen gilt, irrelevant sind. ²⁾

Diese Überlegungen sollen zeigen, daß es durchaus sinnvoll ist, die Industriearbeiterschaft an der Realvermögensbildung partizipieren zu lassen, denn hierfür ließe sich irgendeine Art der Zurechnung ökonomisch begründen. Es ist jedoch unmöglich, die Entgelte der Beamtenschaft oder die des Öffentlichen Dienstes, ja schon vielfach die des tertiären Sektors der Wirtschaft in ein Beziehungsverhältnis zur Investition zu setzen. Hieraus folgt, daß das Problem der Zurechnung für die gesamte Arbeitnehmerschaft ökonomisch nicht zu lösen ist. NELL-BREUNING begründet seine Forderung nach Perfektionismus nicht ökonomisch sondern gesellschaftspolitisch.

1) O. v. NELL-BREUNING, a. a. O., S. 445.

2) Das soll nicht bedeuten, daß einer gut funktionierenden Bürokratie kein Anteil am volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt zukommt. "Es ist aber nicht denkbar diese Leistung quantitativ zu erfassen..."
Vgl. W. SOMBART, Beamtenschaft und Wirtschaft, (Vortrag), Berlin 1927, S. 14. Das gilt insbesondere wenn man den SOMBARTschen Begriff der 'sozialen Produktivität' zugrunde legt, der nicht nur die Wirtschaft, sondern den 'Gesamtprozeß des menschlichen Gesellschaftslebens' einbezogen wissen will.

III. DIE PROBLEME DES MITEIGENTUMS

1. Miteigentum auf betrieblicher Basis

"Neben den allgemeinen Zielen, die mit einer Eigentumsbildung der Arbeiterschaft verfolgt werden, ist mit dem Miteigentum die besondere Idee verknüpft, die soziale Frage an ihrer wichtigsten Stelle, nämlich im Betrieb anzupacken, indem man die Vermögensbildung der Arbeitnehmer in den Betrieb hinein verlagert." ¹⁾ Diese Verlagerung in den Betrieb ist sinngemäß nur da möglich, wo überhaupt Vermögen akkumuliert wird. Neben dem Versuch des Investivlohns zeigt sich hier eine weitere Form der Erfassung der Akkumulation da, wo sie in Wirklichkeit entsteht.

Nach PFISTER kann der Arbeitnehmer Miteigentum aus folgenden Quellen erwerben:

"a) Aus seinem Arbeitseinkommen, b) aus seinem durch Lohnerhöhung gesteigerten Arbeitseinkommen und c) aus seinem durch Gewinnbeteiligung gesteigerten Arbeitseinkommen." ²⁾ BAYER nennt vollständig betriebliches Miteigentum nur solches, das sowohl hinsichtlich der Quelle als auch hinsichtlich des Anteils betrieblich ist. ³⁾ Es kann im folgenden nicht auf die einzelnen Vorschläge eingegangen werden. Sie enthalten allgemein gängige Gedanken und sind in der Literatur häufig behandelt. ⁴⁾

Hier soll ausschließlich die Problematik des Ansatzes aufgezeigt werden, die bei der Mehrzahl der Vorschläge darin liegt, daß den Arbeitnehmern über eine Gewinnbeteiligung betriebliches Miteigentum erschlossen werden soll.

-
- 1) K. BULACH, Probleme des Miteigentums in betrieblicher Sicht, Diss. München 1959, S. 4.
 - 2) B. PFISTER, Eigentum und Miteigentum aus soziologischer und volkswirtschaftlicher Sicht, in: Probleme des Eigentums und Miteigentums, Bonn 1954, S. 23 ff. Der Begriff der Quelle ist einseitig und identisch mit demselben der Sparförderungskonzeptionen. Hier ist Quelle die betriebliche Akkumulation, wobei die Form des zusätzlichen und festgeschriebenen Lohnes ein formaler Modus der Zurechnung sein kann.
 - 3) Vgl. H. BAYER, Wirtschaftsgestaltung, Berlin 1958, S. 591 ff. Betriebliches Miteigentum in diesem strengen Sinne wäre der Erwerb von Belegschaftsaktien aus Mitteln der Gewinnbeteiligung durch die Arbeiter des betreffenden Unternehmens, nicht jedoch der bloße Erwerb von Aktien (aus gespartem Geld) über die Börse. Auch die Beteiligung über einen Investivlohn, dann, wenn dieser als zusätzlicher Lohn gegeben wird und im Unternehmen stehen bleibt.
 - 4) Vgl. WEISSER, THIEMEYER, BLUME, Eigentum in der industrialisierten Gesellschaft, Göttingen 1958, S. 75-81.

Betriebliches Miteigentum mittels irgendeiner Form der Gewinnbeteiligung zu gewähren, setzt eine Wirtschaft mit ausgedehnten Gewinnreservaten voraus. In der Marktwirtschaft soll durch funktionierenden Wettbewerb sichergestellt werden, daß Gewinnsituationen nur von vorübergehender Dauer sind. "In dem modifizierten, der Wirklichkeit angenäherten Modell der Konkurrenzwirtschaft können Renten in weitem Umfang entstehen, sofern monopolistische Stellungen gegeben sind, z. B. seitens kapitalkräftiger Händlergruppen gegenüber dem Handwerk oder seitens eines Kartells gegenüber den Konsumenten. In diesen Fällen kann unter Umständen Gewinnbeteiligung einen Teil der Rente, die sich für den Unternehmer aufgrund der Monopolstellung ergibt, für die Arbeiterschaft erringen." ¹⁾ Die starke Durchsetzung der Wirtschaft mit Monopolen und monopoloiden Gebilden schafft die Voraussetzung dafür, daß sich Gewinnsituationen konsolidieren. Die Einführung betrieblichen Miteigentums ist somit der Versuch, diese Renten anders als bisher zu verteilen, Symptome einer nicht funktionierenden Wettbewerbswirtschaft sozial tragbar zu machen. In einer Wettbewerbswirtschaft kann auf Gewinnbeteiligung beruhendes betriebliches Miteigentum keinen Platz haben. Es beruht auf Renten. Es ist jedoch primäre Aufgabe einer Wettbewerbswirtschaft die Entstehung von Renten, die nicht Entlohnung eines Produktionsfaktors sind, zu verhindern. Diese Renten nach irgendeinem Schlüssel partiell empfundener Gerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit aufteilen zu wollen, und das beabsichtigt die betriebliche Lösung des Miteigentums, kann demnach nicht befriedigen.

Auf diese Weise usurpieren das in dem betreffenden Unternehmen investierte Kapital und die Belegschaft ein ihnen funktional nicht zustehendes Einkommen in Form von Realvermögen. Dadurch, daß gegenüber dem früheren Zustand der Faktor Arbeit ebenfalls partizipiert, ist die Ungerechtigkeit zweifelsohne gemindert, besteht jedoch weiter und was entscheidend sein dürfte, fester zementiert denn je, weil mit einem sozialen Aushängeschild versehen. "Es bedeutet keine Verbesserung im Sinne der Gesamtwohlfahrt, wenn im Wege der Gewinnbeteiligung die Monopolrente nun nicht mehr einem einzelnen allein, sondern teilweise auch der Belegschaft zukommt. Denn gerade durch diese Maßnahme gelingt es der Monopolunternehmung um so eher sich gegen die öffentliche Meinung zu behaupten." ²⁾ Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, das Entstehen dieser Renten zu verhindern und nicht Mittel und Wege zu suchen, diese der Eigentumsbildung auf breiter Basis zu erschließen.

Wir werden im folgenden zu untersuchen haben, ob die Bestrebungen der Miteigentumspläne weniger anfechtbar werden, wenn sie überbetrieblich, also auf die Gesamtzahl der Beschäftigten bezogen, gehandhabt werden.

- 1) H. BAYER, Gewinnbeteiligung, internationale Erfahrungen, wirtschaftstheoretische Untersuchungen, wirtschaftspolitische Erkenntnisse, Wien 1952, S. 95.
- 2) H. BAYER, a. a. O., S. 95.

2. Überbetriebliches Miteigentum

Überbetriebliches Miteigentum bedeutet Teilhabe der gesamten Arbeitnehmerschaft an dem Eigentum an Produktionsmitteln, insbesondere Beteiligung am Zuwachs desselben. Hierunter läßt sich vieles subsumieren, gemeint ist jedoch der Erwerb von Eigentumstiteln durch Arbeitnehmer an Wirtschaftsunternehmen, in denen sie nicht selbst beschäftigt sind, also eine Art gesamtwirtschaftliche Lösung dessen, was mit betrieblichem Miteigentum erstrebt wird.

Unterscheiden lassen sich die betreffenden Vorschläge nach zwei Gesichtspunkten: Die einen betonen den Umverteilungseffekt, die anderen heben darauf ab, daß Miteigentum in erster Linie ein Ansatzpunkt sein soll, die Eigentumswilligkeit des Lohnarbeiters anzuregen.¹⁾

Ohne die Pläne im einzelnen darzustellen, wollen wir uns jenen zuwenden, die Vermögensumverteilung bezwecken. Die Möglichkeiten, die in einer psychologischen Initialzündung liegen, wollen wir nicht diskutieren.

Zur Debatte stehen somit die Miteigentumspläne, die eine Korrektur der laufenden Vermögensbildung beinhalten. (Die meisten Pläne wollen den Vermögenszuwachs erfassen und sehen aus praktischen Gründen von den bereits gebildeten Vermögen ab.)²⁾ Da jede Art von Eigentum des Arbeitnehmers am Produktivvermögen sinngemäß nur 'Miteigentum' sein kann, ist noch weiter zu spezifizieren. So ist unter überbetrieblichem Miteigentum eine zusätzliche Entlohnung besonderer Art zu verstehen, die neben den Barlohn ein zusätzliches, zweckgebundenes Entgelt stellt. Soweit dieses zusätzliche Entgelt eine Form der Gewinnbeteiligung darstellt, fällt dies unter das von BAYER ausgesprochene Verdikt.

Die Miteigentumspläne werden theoretisch tragbar, wenn die Fiktion aufgegeben wird, daß eine Ausweitung der Gewinnbeteiligung auf die gesamte Volkswirtschaft die Verteilungssituation zugunsten der Arbeitnehmer verbessern könnte. Erst die Kapitalbeteiligung kann dies zustande bringen.³⁾ Hier aber sind die überbetrieblichen Miteigentumspläne identisch mit dem Investivlohngedanken.

-
- 1) Vgl. F. COESTER, Miteigentum und Vermögensbildung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft. Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Heft 8, Köln 1954.
 - 2) Hiergegen werden besonders von gewerkschaftlicher Seite Bedenken angemeldet. Vgl. O. v. NELL-BREUNING, a. a. O., S. 436 ff., der sich besonders mit einem Beitrag von K. HINKEL in: Der Gewerkschafter, H. 6/7, 1953, auseinandersetzt.
 - 3) Vgl. H. BACHMANN, Kritische Gedanken über Gewinnbeteiligung und Miteigentum. Kleine Schriften zur Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht, 2. Folge, H. 2, München o. J. (1953).

3. Möglichkeiten und Grenzen

(a) Die Realisierungschancen dieser Pläne sind beschränkt. Die Unmöglichkeit, das Problem der Zurechnung ökonomisch zu lösen, wurde bereits abgehandelt. Aber auch die Aufbringung und die organisatorisch-technische Lösung birgt beträchtliche Schwierigkeiten. Relativ einfach sind die Probleme der Verwaltung insoweit zu lösen, als sie von einer Investmentgesellschaft wahrgenommen werden können.

(b) Problematischer ist die Aufbringung. Dies zeigt sich bereits in dem Tatbestand, daß nicht in jedem Betrieb Kapital akkumuliert wird, Sicherheit und Ertragswert der einzelnen Investitionen von Betrieb zu Betrieb differieren. Folglich müßten Kriterien geschaffen werden, anhand derer Umfang und Ausmaß der Aufbringung festzustellen wäre.

Die Unternehmen hätten, analog der Einkommensteuer- resp. Körperschaftsteuererklärung, eine Investitionserklärung abzugeben; gesetzliche Regelungen hierzu wären Voraussetzung. Daneben wäre zweifelsohne eine bürokratische Institution notwendig, welche die Aufbringungsquoten etc. nachprüft.¹⁾

Es kann grundsätzlich nur zwei Methoden der Aufbringung geben: die tarifvertragliche Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern oder den staatlichen Zwangsentzug. Die erste Möglichkeit hat vieles für sich, scheint sie doch einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung voll zu entsprechen. Es ist jedoch fraglich, ob sie die gestellte Aufgabe praktisch zu lösen vermag. Auf die Notwendigkeit, Umfang und Ausmaß der Akkumulation im Betrieb nach einheitlichen Kriterien zu erfassen, wurde oben hingewiesen. Es ist jedoch zu bedenken, daß der eine der Sozialpartner, die Gewerkschaften, nicht alle von den Miteigentumsplänen Betroffenen vertreten. Sie sind weiter ihrer Struktur nach (Aufspaltung in Industriegewerkschaften) denkbar ungeeignet organisiert, um diese Lösungen zu realisieren. Eine prinzipielle Erwägung kommt hinzu: Das eigentumspolitische Anliegen kann als Korrelat gegenüber dem Ergebnis der Sozialen Marktwirtschaft im Bereich der Vermögensdistribution interpretiert werden. Es wäre demnach inkonsequent diese Aufgabe wieder in die Hände derer zu geben (Sozialpartner), die sie nicht zu lösen vermochten.

(c) Es bleibt demnach nur der Zwangsentzug durch den Staat. Unter dem Aspekt der Durchsetzungschance der Miteigentumsbildung, der Real-

1) Das Problem der Aufbringung wird mit dem der Verwaltung oft vermischt. Ein praktisches Beispiel hierfür ist der Vorschlag SCHLEUSSNERs (Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer), der durch Gründung einer Bank das Problem der Aufbringung zu lösen trachtet. Vgl. WEISSER, THIEMEYER, BLUME, a. a. O., S. 84.

vermögensredistribution, ist die Lösung des Zwangsentzugs der tarifvertraglichen vorzuziehen, weil hier auf staatliche Autorität und Sanktionsgewalt zurückgegriffen werden kann. Die meisten Miteigentumspläne bei STEGNER angefangen über den DAG-Plan, den Plan von HAEUSSLER und die Vorschläge von NELL-BREUNING legen auf dieses Moment kaum Gewicht. Im "Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer" wurde die eigentliche Miteigentumsbildung nur inform einer Kann-Bestimmung und in einer nominellen Begrenzung nach oben (312 DM pro Jahr) angesprochen.¹⁾ Das Ergebnis ist auch dementsprechend unbefriedigend.²⁾ Um eine echte Miteigentumslösung handelt es sich erst dann, wenn die Bildung von Miteigentum der Arbeitnehmer durch Gesetz obligatorisch wird. Dann ist eine Steuer neuer Art oder Transferzahlung besonderer Art eingeführt, deren wesentliches Merkmal darin besteht, daß auf jegliche Art von Liquidität verzichtet werden kann und an deren Stelle Besitzttitle erhoben resp. transferiert werden.

(d) Besondere Vorteile des überbetrieblichen Miteigentums gegenüber der betrieblichen Lösung zeigen sich in der Vermeidung einer Risikohäufung und in der Wahrung der Freizügigkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.

Ein entscheidender Nachteil, so wird behauptet,³⁾ sei in der Verdünnung der Gestaltungs- und Dispositionsrechte gegeben.

Dieser Einwand verkennt den sich vollziehenden Gestaltwandel des Unternehmers vom Eigentümer-Unternehmer zum Manager, der sich in einer Abspaltung der Unternehmerfunktion vom Eigentum am Unternehmen manifestiert. Die Gestaltungs- und Dispositionsrechte sind Inhalt der Unternehmerfunktion und als solche lediglich formal an das Eigentum gebunden. Es ist demnach eine legalistische Fehlinterpretation, in einer Zerstückelung der Besitzttitle am Produktivvermögen eine Beeinträchtigung eben dieser Rechte zu sehen. Die wirtschaftliche Wirklichkeit unserer Tage beweist gerade das Gegenteil.⁴⁾

1) Vgl. G. ZWEIG, Leistungsbezogene Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Volkswirt, H. 45, 14. Jg. 1960, S. 2461-2463. Um ein Gesetz, das sich ebenfalls z. T. der Miteigentumsbildung mittels Lohnsteuervergünstigungen annimmt handelt es sich bei dem "Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an die Arbeitnehmer" vom 30.12.1959.

2) Vgl. Vermögensbildung in Arbeiterhand. Die Zeit, Nr. 42, vom 19.10.1962, S. 29.

3) Vgl. WEISSER, THIEMEYER, BLUME, 'a. a. O., S. 83.

4) Vgl. O. v. NELL-BREUNING, Ist Eigentum eine Ordnungsmacht? Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 9, 1958, S. 452-473.
E. SALIN, Soziologische Aspekte der Konzentration, in: Konzentration in der Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 22, Berlin 1961, S. 21.

4. Die distributionspolitische Wirkung

Miteigentum, insbesondere überbetriebliches Miteigentum ist darauf angelegt, Teile des in den Unternehmen gebildeten Vermögens in die Hände der Arbeitnehmer übergehen zu lassen. Prinzipiell darf davon ausgegangen werden, daß die Kapitalbeteiligung die Verteilungsposition der Arbeitnehmer verbessert. Die Verkürzung des Beteiligungsprozesses, der bei den Sparförderungskonzeptionen über Einkommensbildung - Sparen - Vermögensanlage lief, und hier, den Weg über Einkommens- und Sparkapitalbildung ausscherend, direkt durch einen Transfer der Eigentumsrechte an der eigentlichen Real-Vermögensbildung ansetzt, erhöht die Realisierungschancen.

Um dies reibungslos abwickeln zu können, ist es rein technisch angebracht, Investmentgesellschaften einzuspannen.

Unsere Frage spitzt sich weiter zu, ob die eigentliche Redistribution den Maximen einer gerechten Vermögensverteilung näher zu kommen vermag. Hier ändern die aus organisatorischen Gründen bemühten Investmentgesellschaften (die jede denkbare Streuung zulassen) nichts daran, daß nur eine soziale Gruppe, die Industriearbeiterschaft, Vorteile gegenüber anderen erhält. "Ausgleichswirkungen zugunsten anderer sozialer Gruppen" sind nach WEISSER nicht möglich. Hier wären andere Mittel der Verteilungspolitik anzuwenden. Dieser Standpunkt ist Ausfluß des als unlösbar geltenden Problems der Zurechnung.

Wir kommen zu dem Schluß, daß der Verteilungsgerechtigkeit letztlich nicht in genügendem Maße entsprochen wird. Wir finden eine Minderung der Ungerechtigkeit, aber auch die überbetrieblichen Miteigentumspläne scheren eine Reihe sozialer Gruppen von dieser speziellen Eigentumsbildung aus. Wie die betriebliche Lösung zu einer zufälligen und damit ungerechten Differenzierung der Begünstigung innerhalb einer sozialen Gruppe geführt hat, so führt die überbetriebliche Lösung zu einer Ungerechtigkeit durch einseitige Begünstigung der Industriearbeiterschaft.

IV. VERMÖGENSUMVERTEILUNG DURCH BILDUNG EINES SOZIALKAPITALFONDS

1. Sozialkapitalbildung nach dem Gleitze-Plan

Der Gleitze-Plan beinhaltet den Versuch, den Vermögensbildungsprozeß in der Nachkriegszeit in seiner Totalität zu erfassen und einen Weg zur Verhinderung einer fortschreitenden, einseitigen Konzentration in Händen weniger, aufzuzeigen.

Die angebotene Konzeption faßt den Vermögensbildungsprozeß als einen gesamtwirtschaftlichen Vorgang auf und erarbeitet folgerichtig globale Maßnahmen zu dessen Bekämpfung. Es kann hier nicht den Ursachen dieser Vermögenskonzentration nachgegangen werden. Auch GLEITZE hebt ab auf die überhöhte Selbstfinanzierung, deren rigorose Unterstützung durch die Steuerpolitik u. ä. und stellt realistisch fest: "Wir müssen erkennen, daß diesem sozialpathologischen Zustand einer Marktwirtschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage mit den Mitteln der Lohnpolitik überhaupt nicht beizukommen ist." ¹⁾

An die Stelle der Lohnpolitik setzt er, zur Meisterung dieser "vor uns stehenden wirtschaftlichen und sozialen Realität", seinen Alternativ-Vorschlag: ²⁾

- (a) Der Staat beteiligt sich an der betrieblichen Selbstfinanzierung, indem er nicht auf Steuern verzichtet, sondern lediglich auf deren Abführung an die Finanzkasse. An die Stelle der Bildung stiller Reserven durch Ausnutzung überhöhter Absatzmöglichkeiten bei der Anlagenbewertung, tritt die offene Kapitalbeteiligung des Staates.
- (b) Nicht der Staat, sondern die Arbeitnehmer werden unmittelbar an der Kapitalakkumulation der Großbetriebe beteiligt, durch die zu schaffende Institution eines überbetrieblichen Sozialfonds, wie ihn GLEITZE nennt. ³⁾ Die Aufbringung hätte nach gesetzlich festzulegenden Maßstäben zu erfolgen, daraus begünstigt wären alle Arbeitnehmer, nicht nur die in ertragsstarken Betrieben Beschäftigten.

Die Rechtfertigung zur Bildung von Sozialkapital läßt sich nach GLEITZE durch folgende Thesen umreißen: ⁴⁾

- (a) Sozialkapital entsteht nicht durch individuelle Sparakte, sondern durch betriebliches Handeln, ist also Ausfluß des Zusammenwirkens aller Produktionsfaktoren und sollte anteilig auch allen zugute kommen.
- (b) Sozialkapital - als Teil betrieblichen Vermögenszuwachses - ist so auch von den Arbeitnehmern mit verdient, und nur durch dessen Bildung kann diesen Nutznießung an den hohen Leistungseffekten der fortschrittlichsten und produktivsten Wirtschaftszweige eingeräumt werden.

1) B. GLEITZE, Produktivität, Lohn, Arbeitszeit. Referat, gehalten auf der 4. Ordentl. Landesbezirkskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Hessen, in Heppenheim, am 25. u. 26. 1. 1957, S. 15.

2) Vgl. B. GLEITZE, Die Möglichkeiten des institutionellen Sparens. Vortrag, geh. in der Evangelischen Akademie Bad Boll/Wttbg., am 9. 11. 1957 und ders., Sozialkapital und Konjunktur. Konjunkturpolitik, Heft 1, 1958, S. 257 ff.

3) B. GLEITZE, Produktivität, Lohn ..., a. a. O., S. 17.

4) Vgl. B. GLEITZE, insbes. Sozialkapital und Konjunktur, a. a. O., S. 257 ff.

- (c) Die Höhe der effektiven Gewinne ist erst nachträglich feststellbar. Im Betrieb auf der jeweiligen Kosten- und Preisbasis sich ergebend, enthält dieser, gleichgültig um welche Art von Gewinn es sich handelt, Unternehmerentgelt und Eigenkapitalverzinsung. Gewinne, die dieses Ausmaß übersteigen, enthalten jenen Anteil am volkswirtschaftlichen Ertrag auf den auch die menschliche Arbeit einen Anspruch hat und der dieser durch Sozialkapitalbildung erschließbar wäre.
- (d) Nur im Bereich der unternehmerischen Kapitalkonzentration enthalten die Gewinne keinerlei Arbeitsentgelt, nichtsdestoweniger sind gerade diese, für eine arbeitsteilige Volkswirtschaft charakteristischen Übergewinne, ein Reservoir für die Bildung von Sozialkapital.

Die finanzwirtschaftliche Verwaltung des Sozialkapitals ist dadurch gebunden, daß dieses, seiner Entstehung nach, im Betrieb bereits angelegt ist, entweder zur Finanzierung eigener Anlagen oder inform von Beteiligungen an anderen Unternehmen. Hieraus zieht GLEITZE den Schluß, daß Sozialkapital grundsätzlich im Betrieb als dividendenberechtigtes Anteilseigentum oder als qualifiziertes Fremdkapital, das zu amortisieren und zu verzinsen wäre, verbleiben sollte; die Möglichkeit, dieses durch anderes Kapital zu ersetzen, sollte nicht ausgeschlossen sein.

Der Sozialfonds wäre die Sammelstelle für die Rechte und Pflichten aus dem Sozialkapital. Sein Aufgabenbereich würde dem einer Investmentgesellschaft gleichkommen. Die technische Konstruktion im einzelnen ist hier nicht darzustellen, es genügt festzuhalten, daß die Betriebe die Rechtstitel ihres jeweils gebildeten Sozialkapitals an den Fonds abführen, was grundsätzlich geschehen könnte inform der gesellschaftlichen Beteiligung, Verschuldung (Schuldbrief), aber auch durch Barzahlung.

Wie die Aufbringung ein Teil der Steuergesetzgebung wäre, müßte auch die Streuung des Sozialkapitals als Arbeitnehmereigentum vom Gesetzgeber geregelt werden.

2. Der theoretische Gehalt des Gleitze-Planes

Beim Aufzeigen der theoretischen Grundstruktur des Gleitze-Planes können wir uns auf die Erörterungen bei den Sparförderungsprogrammen beziehen. Auch GLEITZE knüpft an die teilweise Finanzierung der Investition mittels unverteilter Gewinne, wie sie sich als statistischer Reflex aus der nicht ausreichenden, freiwilligen Ersparnis ergibt, an. Die Nachkriegsentwicklung, die BOMBACH dadurch charakterisiert, "daß die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer ständig groß und das Investitionsvolumen durch die Finanzierungsbereit-

schaft der Banken und niemals durch das Ausmaß sich gleichzeitig vollziehender Ersparnisse begrenzt gewesen ist", ¹⁾ ist bei GLEITZE Ausgangspunkt seiner distributionspolitischen Konzeption. Der Gleitze-Plan stellt sich als eine Alternative zur Vermögenskonzentration dar. Analog der These SALINS von der Unentrinnbarkeit der Konzentration, die sich nur dann richtig verstehen lasse, "wenn man sie einerseits als Handlung und Leistung des bürgerlichen Kapitalismus erfäßt und andererseits als Begleiterscheinung und Folge des technischen Fortschritts..."²⁾, geht es im Gleitze-Plan nicht darum, diesen Prozeß zu unterbinden, sondern dessen Auswirkungen im Vermögenssektor zu korrigieren. Auch SALIN spart die Vermögens- und Machtkonzentration von seiner These aus, was einer Aufforderung zu wirtschaftspolitischer Aktivität in diesem Bereich gleichkommt.

Theoretisch ist davon auszugehen, daß die Gesamtsumme aller Gewinne in einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft streng determiniert ist; Summe der Nettoinvestitionen abzüglich Ersparnisse der Nichtunternehmer, bei Ausschluß der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Rein formal ist somit keinerlei Schwierigkeit gegeben, die einseitige Vermögensakkumulation zu verhindern, es wären lediglich die Ersparnisse der Nichtunternehmer auf die Höhe der Nettoinvestitionen hochzuschrauben. Die praktischen Schwierigkeiten dieser Art zu überwinden, bemühen sich die Sparförderungskonzeptionen.

Selbst wenn wir davon ausgehen, ein solch vieldiskutierter Ausgleich von Sparen und Investieren wäre annähernd erreichbar, ob unter anderen als distributionspolitischen Zielsetzungen überhaupt wünschbar, sei hier nicht weiter untersucht, ist dies mit erheblichen Konsequenzen für das laufende Sozialprodukt verbunden. Bei einer nennenswerten I/S-Lücke führt eine starke Erhöhung der Sparneigung durch das Absinken der effektiven Nachfrage zu Anpassungsbewegungen im System. Diese könnten nach zwei Seiten hin wirksam werden: Auf der Konsumgüterseite würde eine Reduktion der Nachfrage die Lagerbestände erhöhen und den Gesamtgewinn negativ beeinflussen. Dies könnte infolge der nicht erfüllten Erwartungen der Unternehmer ebenfalls die Nachfrage nach Investitionsgütern reduzieren, einen negativen Akzeleratorprozeß auslösen. Es ist schon denkbar, daß eine geringe Reduktion der Verbrauchsausgaben mitten in der Hochkonjunktur die Unternehmer veranlassen kann, eine Politik der Konsolidierung, mit all ihren Konsequenzen für die Investitionsausgaben, zu verfolgen. Diese Gefahren versucht der Gleitze-Plan zu umgehen. Das Problem wird klar gesehen: Wie läßt sich die Nettoinvesti-

-
- 1) G. BOMBACH, Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums, in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 15, Berlin 1959, S. 214.
 - 2) E. SALIN, Soziologische Aspekte der Konzentration, a. a. O., S. 17.
 - 3) Vgl. E. SALIN, Soziologische Aspekte ..., a. a. O., S. 17.

tion, resp. deren Zuwachsrate, aufrechterhalten, bei gleichzeitiger Annullierung ihres Vermögenseffektes bei den Unternehmern, zugunsten der Arbeitnehmer. Der produktionswirtschaftliche Vorgang der Vermögensentstehung, wie er sich in der Nettoinvestition ausdrückt, soll unangetastet belassen werden. Erst bei der eigentumsmäßigen Zuordnung soll ein verteilungspolitischer Eingriff, die Umverteilung von einer Klasse auf eine andere, erfolgen.

3. Kritik des Gleitze-Planes

(a) Der Gleitze-Plan ist als Weiterentwicklung der Miteigentumspläne aufzufassen. Diese Gedanken erhalten hier die Form einer gesamtwirtschaftlichen Konzeption zur Vermögensumverteilung. Klar ist gesagt, was umverteilt werden soll: ein Teil des laufenden Realvermögenszuwachses der Wirtschaft, und wer diesen erhalten soll: die Gesamtheit der Arbeitnehmer. Aber auch GLEITZE läßt gleich den Miteigentumsplänen das Problem der Zurechnung ungelöst. Des weiteren wird das umfassendere Problem der Beeinflussung der Nettoinvestition nicht, soweit überhaupt möglich, abgeklärt.

Es ist ohne Zweifel GLEITZEs Verdienst, daß er insbesondere dem anderen Sozialpartner gezeigt hat, daß es hier um Redistribution geht, was eine Belastung des einen und eine Begünstigung des anderen zur Folge hat. Das Ziel ist mit den zuvor besprochenen Plänen identisch, nur, dieses Ziel hebt sich klarer ab, die Mittel dieses zu erreichen erscheinen wirkungsvoller.

Das eigentlich Originelle am Vorschlag GLEITZEs ist das Zusammenfassen der üppig wuchernden Gedanken zu einer klaren Konzeption, das Anpacken des Problems auf gesamtwirtschaftlicher Basis.

Das Gesagte zu beweisen gestattet gleichzeitig eine Reihe von Gegenargumenten zu falsifizieren.

(b) GLEITZEs Weiterentwicklung der Miteigentumsvorstellungen zeigt sich bei verschiedenen Punkten. So stellt die Bildung eines überbetrieblichen Sozialfonds kollektives Miteigentum dar. Die Arbeitnehmer werden in ihrer Gesamtheit an dem durch Selbstfinanzierung geschaffenen Zuwachs des Kapitalstocks beteiligt. Überschaubares privates Eigentum läßt sich aus der Natur der Sache heraus nicht bilden, denn die im Fonds repräsentierten Werte sind nicht überschaubar und können es auch gar nicht sein, da es sich um bunt gemischte Anteile am Produktivkapital handelt. Derartiges Miteigentum scheidet das Moment der Überschaubarkeit sachnotwendig aus. Darüber hinaus liegt im kollektiven Miteigentum selbst, das einen Fonds zum unmittelbaren, die Arbeitnehmer durch Fondszertifikate zu mittelbaren Eigentümern macht, für eine bestimmte Wirtschaftsgesinnung eine

Herausforderung.¹⁾ Derartige Kritik verkennt jedoch vollkommen den Wandel, der sich in den Eigentumsvorstellungen vollzogen hat.²⁾

(c) GLEITZE's Weg, über einen Sozialfonds breite Eigentumsstreuung zu erzielen, bringt hinsichtlich der Aufbringung eine Einengung der betroffenen Unternehmungen: "Das Aufkommen würde sich ... auf die großbetriebliche Kapitalakkumulation beschränken, also auf solche Betriebe, die in Millionenwerten rechnen."³⁾ Er schließt also die Klein- und Mittelbetriebe aus, für die die Sozialausschüsse der CDU/CSU im Deutschen Bundestag insbesondere das überbetriebliche Miteigentum für adäquat halten. Diese Einengung ist nicht nur gegen einen übertriebenen Perfektionismus gerichtet, sondern auch analog dem finanzwissenschaftlichen Grundsatz der Wohlfeilheit der Besteuerung durchaus zweckdienlich.

Der Gleitze-Plan bringt aber die unbedingt erforderliche Ausweitung des begünstigten Personenkreises; nicht nur der Industriearbeiter, alle Arbeitnehmer sollen an diesem Fonds partizipieren, wobei er einräumt, daß eine Übergangslösung denkbar sei.⁴⁾

(d) Die Aufdeckung des Redistributionsvorganges durch GLEITZE führt zu einer weiteren Präzisierung eigentumspolitischer Bestrebungen. Wie bereits dargestellt, ist theoretisch streng geschieden zwischen Vermögensentstehung, dem produktionswirtschaftlichen Vorgang und Vermögensdistribution. Im wirtschaftlichen Kreislauf entsteht da Vermögen, wo die Realinvestition getätigt wird, in den Unternehmungen. Erst die Finanzierung gibt darüber Aufschluß, wem dieser Besitzzuwachs eigentumsmäßig zufällt. War das Unternehmen auf den Kapitalmarkt verwiesen, so wurde die Realinvestition aus der Sparquote finanziert, Eigentümer wurden somit die Sparer. Wurde die Realinvestition über die Banken durch zusätzlichen Kredit finanziert, so treibt das daraus resultierende zusätzliche Einkommen die

-
- 1) Vgl. H. BACHMANN, Hier scheiden sich die Geister. Sozialer Fortschritt, 6. Jg., 1957, S. 118.
 - 2) Vgl. E. SALIN, Soziologische Aspekte der Konzentration, a. a. O., S. 26 ff.
 - 3) B. GLEITZE, Die Bildung und Verteilung von Sozial-Kapital. Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958, S. 33.
 - 4) "Andererseits wäre möglich, bei der Verteilung des Sozialkapitals in der Form von Rechtsansprüchen stufenweise vorzugehen und vielleicht zuerst einmal an eine branchenmäßige oder gebietliche Begrenzung zu denken... Dabei braucht das Ziel, einst alle Arbeitnehmer an diesen Erträgen volkswirtschaftlichen Reichtums teilnehmen zu lassen, keineswegs aus dem Auge gelassen werden." B. GLEITZE, Die Bildung und Verteilung von Sozial-Kapital, a. a. O., S. 33.

Konsumgüterpreise, bei Konstanz des Angebots, in die Höhe. Da kein zusätzliches Sparen angenommen wird, führt dies zur Bildung von Unternehmergewinnen. Diese prozeßbedingte Überraschungsgröße, Q-Gewinne im KEYNESSCHEN Sinne, wird von GLEITZE nicht als Sparneigung eines Sektors aufgelaßt; wohl aber zieht er aus diesem Prozeßergebnis die verteilungspolitische Konsequenz.¹⁾ Trotz einiger kritischer Punkte urteilt HANKEL: "Dennoch ragt der Plan aus der Legion der bislang bekannt gewordenen Vorschläge zu einer mit Überlegung geführten 'Vermögensverteilungsstrategie' vorteilhaft hervor. Denn der ... zum Ausgangspunkt gewählte Gedanke einer Vermögensübertragung post festum - und zwar in den Fällen, wo die eigentumsstreuende Finanzierung über den Kapitalmarkt nicht vorgenommen werden kann, weil entweder die einigermaßen objektiv gegebene Sparfähigkeit der Nichtunternehmer nicht gegeben ist, oder ... die Ersparnisbildung aus Steuerpräferenzen nicht als Kriterium herangezogen werden kann - stellt immer noch eine der brauchbarsten und vom Standpunkt der Marktwirtschaft auch vertretbarsten Lösungsmöglichkeiten dar." 2)

(e) Als besonders nachteilig ist der Umstand anzusehen, daß man beabsichtigt, inform von Zertifikaten fungibles individuelles Eigentum zu schaffen, das definitionsgemäß frei veräußert, also auch konsumiert werden kann. Dadurch sind des Planes eigene Annulierungsfaktoren mit eingebaut, denn dessen Effizienz hängt zu einem Großteil am Verhalten der Begünstigten. Das Verhalten der Anleger ist von untergeordneter Bedeutung. Es ist volkswirtschaftlich unerheblich, ob die Anleger die angebotenen Zertifikate kaufen, oder durch Desinteresse im Kurs soweit fallen lassen, daß es für die sozialkapitalbildenden Unternehmungen vorteilhaft ist, die Titel unter Wert zurückzukaufen, in jedem Fall werden Finanzierungsmitel gebunden. Diese fallen für die laufenden Investitionen aus und verweisen die Unternehmen verstärkt auf die Kreditfinanzierung der Banken, die dadurch zusätzliches Geld schöpfen. Es kommt zu einer Wiederholung des Prozesses auf höherem

-
- 1) Es ist vollkommen irrelevant, wenn von Unternehmenseite eingewendet wird, vom Gleitze-Plan könne man nicht behaupten, "daß er von dem, der hier ... zu Vermögen kommen soll, eine charakterliche Leistung verlangt, die bisher von jedem verlangt wurde, der es durch Sparsamkeit zu etwas bringen wollte," und zudem inkonsequent, wenn unter Hervorhebung eines Teilaspektes dieses Prozesses gesagt wird: "Aber ich gebe gerne zu, daß die Vermögensakkumulation, die sich ... als Folge der Steuervergünstigungen vollzieht, ... Anlaß zum Nachdenken darüber geben sollte, wie hier ein Ausgleich zu schaffen ist ..." W. RAYMOND, Wege zur privaten Vermögensstreuung, Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958, S. 36.
- 2) W. HANKEL, Vermögensentstehung, Sparen, Eigentum. Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958, S. 91.

Niveau, wobei lediglich die Hoffnung, daß nunmehr die Titel von den Begünstigten gehalten werden, ein Indiz für den Erfolg der Maßnahmen abgibt.

Unter der Bedingung, daß es gelingt, den durch den Sozialfonds Begünstigten zum Halten seiner Zertifikate zu bewegen, ist zur Frage der Investitionsfinanzierung der Argumentation BUETTNERs zuzustimmen, der ausführt: "Durch die Bildung des Sozialkapitals wird die Finanzierung langfristiger Investitionsvorhaben wieder normalisiert. Die Unternehmen haben die Wahl, sich entweder die erforderlichen langfristigen Mittel auf dem Kapitalmarkt (durch Bankkredite, langfristige Schuldverschreibungen, Eigenkapitalerhöhung) zu beschaffen, oder - sollte dieser dazu nicht in der Lage sein - sich weiterhin über den Preis zu finanzieren. Selbstfinanzierung und Fremdfinanzierung werden wieder in ein verknünftiges Verhältnis zueinander gebracht, wenn das Unternehmen nun gezwungen ist, sich bis zu einem gewissen Teil der vorgenommenen Neuinvestition durch Übertragung des Sozialkapitals auf den Fonds zu verschulden." ¹⁾

(f) Davon unbelastet bleibt jedoch die generelle Frage bestehen, in welcher Weise die Investitionsneigung durch die Verpflichtung zur Bildung von Sozialkapital tangiert wird. Dieser Gesichtspunkt erhält besonders Gewicht, wenn die mehr ideologischen Momente in den Vordergrund gerückt werden. Reale ökonomische Faktoren sprechen eher für eine Stimulierung der Investitionsneigung. Bildung von Sozialkapital braucht nicht Mittelentzug zu bedeuten und bringt keine Mittelverteuerung, da dies dem Eigenkapital gleichgestellt ist. Der Umstand, daß die Bildung steuerfrei erfolgt, allerdings in ihrem Vermögenseffekt nicht zu Gunsten des Unternehmens, läßt es möglich erscheinen, daß die Unternehmen auch zukünftig sich dieser vorteilhaften Finanzierungsform zusätzlich bedienen. ²⁾

(g) Der Nachteil aller anderen Pläne, die geringe Durchsetzungschance, die auf der Inadäquanz der Mittel beruht, ist hier nicht gegeben. Der Sozialfonds kann sehr wohl mit hoheitlichen Rechten ausgestattet werden, ob jedoch die Aufbringung des Sozialkapitals nicht sinnvollerweise durch die Finanzverwaltung zu geschehen hätte und dem Fonds lediglich die Verteilung und Verwaltung der Zertifikate, Marktpflege usw. zu überantworten wäre, ist eine andere Frage. Der Gleitze-Plan ermangelt jedoch einer sehr bedeutsamen Voraussetzung: Er steht nicht im Einklang mit der herrschenden Wirtschaftsgesinnung. Nicht im Sachlichen,

1) H. W. BUETTNER, Eigentumsstreuung und Sozialkapital. Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958, S. 78.

2) Vgl. H. WIEGMANN, Breite Vermögensstreuung. Pläne - Möglichkeiten - Grenzen. In: Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität, 2. Bd., Regensburg/Münster 1961, insbes. S. 214 ff.

im Ideologischen liegt die Unzulänglichkeit. Zu leicht läßt sich die Sozialkapitalbildung als Kollektivismus, als kalte Sozialisierung usw. abtun.¹⁾ Dies ist mit der entscheidende Einwand: Der Sozialfonds ist eine der herrschenden Wirtschaftsgesinnung und gesellschaftspolitischen Vorstellung zu fremde Konstruktion, als daß man annehmen kann, sie ließe sich ohne Friktionen in den wirtschaftlichen Ablauf einschalten. Wenn HANKEL den Plan als eine marktwirtschaftlich vertretbare Lösungsmöglichkeit ansieht, so ist dies unter wirtschaftstheoretischem Aspekt zutreffend. Der Plan ist marktdäquat, aber nicht - benutzt man den Begriff in seiner ideologischen Verbrämung - systemkonform. Hier steht ein nüchterner Sachverhalt gegen ein Dogma.²⁾ Es ist nicht zu sehen, daß der Gleitze-Plan unter gesellschaftspolitischem Aspekt derart als zweckrationale Lösung aufgefaßt werden könnte, wie dies in der These PRELLERs angedeutet wird: "Und doch kann Produktiveigentum in Arbeitnehmerhand nur diesen Sinn haben: den Sinn, Korrelat gegenüber Kapital-Eigennutz zu sein, Eigennutz auf beiden Seiten zu paralisieren und damit der Integration des Arbeitnehmers auch in die wirtschaftliche Gesellschaft zu dienen."³⁾

Nicht wirtschaftstheoretische, außer unserem Problemkreis liegende, gesellschaftspolitische Gründe disqualifizieren den Gleitze-Plan.

4. Die distributionspolitische Wirkung

Die Miteigentumspläne konnten insbesondere durch die partielle Privilegierung nicht als ein Beitrag zur Erhöhung der Verteilungsgerechtigkeit interpretiert werden.

-
- 1) So schreibt z.B. SCHMOELDERS: "Sofern, wie z.B. beim Gleitze-Plan, eine Zwangsbeteiligung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften an dem in der Vergangenheit gebildeten Eigenkapital der Unternehmungen vorgesehen ist, kommt dies einer Enteignung gleich."
G. SCHMOELDERS, Eigentum und Eigentumspolitik. In: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung, Veröffentl. der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, Köln und Opladen 1960, S. 227.
 - 2) So erklärte Bundeswirtschaftsminister ERHARD im Deutschen Bundestag am 27. Januar 1961, anlässlich der 1. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer: "Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich dieses Gesetz auch noch aus einem anderen Grunde begrüße. Bei den Überlegungen waren auch Pläne im Schwange, die ich aus der gesellschaftspolitischen Sicht einer sozialen Marktwirtschaft nicht hätte billigen können." Vgl. Das Parlament, 11. Jg., Nr. 6, vom 8.2.1961, S. 2.
 - 3) L. PRELLER, Weshalb Eigentum in Arbeiterhand? Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 9, 1958, S. 708.

Beim Sozialfonds verhält sich dies anders. Im Vergleich zum Miteigentum werden nicht Teile der Arbeitnehmerschaft einbezogen und somit privilegiert, die Gesamtheit der Arbeitnehmer kommt zum Zug. Hiermit entfällt die bei den Miteigentumsplänen kritisierte Diskriminierung, wobei die Lösung des Zurechnungsproblems eine gerecht empfundene Verteilung durchaus zu beeinträchtigen vermag.

Aber auch hier, so ist einschränkend festzuhalten, hängt die Wirkung unter der Voraussetzung, daß die Dispositionsfreiheit nicht beschnitten wird, ab von der Bereitschaft der Arbeitnehmer, die ihnen überlassenen Vermögenstitel als solche zu halten.

Grundsätzlich ist die verteilungspolitische Effizienz des Gleitze-Planes unter zwei Aspekten bedeutsam: Die Vermögensverteilung ist mit ein Bestimmungsgrund der Einkommensverteilung. Der Plan ist weniger durch die diesbezüglichen positiven Effekte, der auf den einzelnen entfallende Vermögensanteil ist gering, ¹⁾ als durch seine Entzugseffekte interessant. Die Beschneidung der Vermögensakkumulation wirkt der Konzentration der Einkommensverteilung entgegen. Strukturelle Änderungen also lassen den vermögenslosen Arbeitseinkommensbezieher zum Mitbezieher von Besitzeinkommen werden, tendieren auf eine Nivellierung der personellen Verteilung und mildern somit auch den Klassencharakter der Wirtschaft. ²⁾

Der andere Aspekt ist das Machtphänomen. Dem Problem der Macht in der Distribution kann hier nicht nachgegangen werden. ³⁾ Es soll nur angedeutet werden, und hier handelt es sich um ein Faktum, das nicht bestritten, wohl aber in seiner Auswirkung auf das unterschiedlichste bewertet wird, daß der Sozialfonds ein Machtfaktor sein wird. Es ist jedoch begründet anzunehmen, daß das in bezug auf Machtausübung kollektive Eigentum des Sozialfonds als paralysierender Machtfaktor neben die Macht der Unternehmungen tritt. ⁴⁾

1) Vgl. H. WIEGMANN, a. a. O., S. 216.

2) Vgl. H. PETER, Über gerechte Verteilung des Einkommens und Eigentums. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 112. Bd., 1956, S. 224.

3) Vgl. E. PREISER, Besitz und Macht in der Distributionstheorie, a. a. O., S. 173 ff.

4) Vgl. L. PRELLER, a. a. O., S. 708.

V. VERMÖGENSUMVERTEILUNG DURCH DEN DEIST-PLAN

1. Charakteristik

(a) "Nachdem die Phase des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft abgeschlossen und ein hoher Grad von Konsolidierung erreicht ist, ist die Vermögensverteilung zu einem ernstem Problem der sozialen Ordnung geworden." ¹⁾ DEIST sieht gleich GLEITZE die Vermögenskonzentration wesentlich bedingt durch die der "marktwirtschaftlich orientierten, expandierenden Industriegewirtschaft" adäquate Finanzierungsform, die Selbstfinanzierung, die durch die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik großzügig unterstützt worden ist. Dabei wird vermerkt: "Im marktwirtschaftlichen System beruht der Wachstumsprozeß zu einem großen Teil auf der Vorfinanzierung der Investitionen durch Kreditschöpfung der Banken und nachfolgender Ersparnis aus den Gewinnen der Unternehmen bzw. der Re-Investition dieser Kreislaufgewinne. Diese Gewinne ergeben zwangsläufig den Vermögenszuwachs der Unternehmen ..." ²⁾

Aus diesem allgemein bekannten Sachverhalt zieht DEIST folgende Schlüsse:

- (1) Das Wachstum der Wirtschaft ist wesentlich abhängig von der Möglichkeit der Selbstfinanzierung. Die Selbstfinanzierungsrate ist jedoch, verglichen mit anderen europäischen Ländern, im Nachkriegsdeutschland sehr hoch, deren Senkung käme einer Normalisierung gleich.
- (2) Der Umfang der Differential- und Monopolgewinne hängt weitgehend von der Wirtschaftspolitik mit ab. Eine aktive Wirtschaftspolitik vermag eine Einengung dieser Marktlagegewinne zu erreichen.
- (3) "Wenn die hohe Selbstfinanzierungsrate der Vergangenheit zu einem beträchtlichen Teil das Ergebnis einer bewußten steuerpolitischen Begünstigung war, dann ist es auch möglich, durch Änderung der Steuerpolitik diesen Begünstigungseffekt zu nehmen und ggf. sogar eine dämpfende Wirkung auszuüben." ³⁾

(b) Die bisherigen Versuche einer Änderung der Vermögensverteilung kritisiert DEIST und hält als Ergebnis fest: ⁴⁾

-
- 1) H. DEIST, Der Weg zu einer gerechten Vermögensbildung. Die Neue Gesellschaft, 7. Jg., H. 6, Nov./Dez. 1960, S. 428.
 - 2) H. DEIST, a. a. O., S. 429.
 - 3) H. DEIST, a. a. O., S. 430.
 - 4) Vgl. H. DEIST, a. a. O., S. 431 ff.

- (1) Die Lohnpolitik ist nicht ausreichend, um über Einkommenserhöhungen die Vermögensverteilung zu ändern.
- (2) Ähnlich verhält es sich mit dem Äquivalent der Lohnpolitik, der Unternehmenspolitik der Selbständigen. Die Aktivität gesellschaftlicher Gruppen in der Marktwirtschaft ist unzureichend, um eine gerechte Vermögensverteilung herbeizuführen.
- (3) Die Ansätze der Eigentumspolitik des Staates, die Sparförderung, Förderung der Ergebnisbeteiligung der Arbeitnehmer, Ausgabe von Volksaktien zu niedrigen Kursen sind unterschiedlich zweckdienlich und erfolgverheißend. So ist Sparförderung durch Prämien etc. da zu befürworten, wo Voraussetzungen zum Sparen vorhanden sind, eine Arbeitnehmerbeteiligung am Betriebsergebnis nur in Fällen hoher Rentabilität zu erwarten und das Ende der Volksaktienaktion mangels lukrativen Bundesvermögens absehbar.
- (4) Aber auch eine Korrektur der Vermögenskonzentration durch Umverteilung verspricht wenig Erfolg. "Der Kern dieser Vorschläge besteht darin, den Vermögenszuwachs der Wirtschaft möglichst weitgehend abzuschöpfen und ihn sodann gerecht zu verteilen." ¹⁾ Das Problem der Zurechnung ist schwerlich zu lösen, jedoch entscheidend für die Ablehnung ist die Erkenntnis, "daß der Wirtschaftsprozeß ein dynamischer Prozeß ist, dessen Ergebnisse insbesondere in der Vermögenssphäre schwerlich durch einen einfachen mechanischen Eingriff korrigiert werden können..." ¹⁾

(c) Eine nach DEIST realistische Vermögenspolitik kommt in folgender These zum Ausdruck: "Der Prozeß der Einkommens- und Vermögensbildung ... ist nicht schicksalsbedingt und unabänderlich. Die gewaltige Vermögenskonzentration in den letzten zehn Jahren wurde wesentlich durch die staatliche Interventionstätigkeit auf dem Gebiet der Wirtschafts-, der Finanz-, der Steuer- und der Sozialpolitik mitbestimmt, die systematisch die Großeinkommen und die Großvermögen begünstigte und förderte. Damit wurde der Nachweis geführt, daß die Einkommens- und Vermögensverteilung auch im Rahmen der Marktwirtschaft beeinflusst werden kann. Durch eine Änderung der Politik kann daher das Ausmaß der Vermögenskonzentration auch gemindert werden." ²⁾

Auch DEIST vertritt die Ansicht, daß sowohl Wirtschaftsablauf und Wachstum, der Weg der Einkommensströme zu den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sowie die Vermögensbildung durch die jeweilige Machtstruktur von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidend mitbestimmt werden. "Wer in der Lage ist, die Machtverhältnisse zu ändern, kann auch die Verteilung des Sozialprodukts ausschlaggebend beeinflussen." ³⁾

1) H. DEIST, a. a. O., S. 433.

2) H. DEIST, a. a. O., S. 434.

3) H. DEIST, a. a. O., S. 434.

Hier wird das Problem von einem rein ökonomischen ausgeweitet zu einem soziologischen; die alte Frage der Distributionstheorie Macht und/oder ökonomisches Gesetz gesehen und angesprochen.

Welche Wege soll eine wirksame Eigentumspolitik einschlagen? Eine Einbahnstraße führt auch nach DEIST nicht zum Ziel.¹⁾ Gerechte Vermögensverteilung, gesehen als unabdingbare Aufgabe der Wirtschaftspolitik, muß die Grunddaten des Wirtschaftsablaufs beeinflussen:

- (1) muß sie auf eine Reallohnsteigerung abzielen und auf eine Besserung der Einkommen zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmer.
- (2) muß sie auf eine allgemeine Sparförderung abheben, denn: "Hohes Wirtschaftswachstum setzt entsprechende Investitionen voraus. Der Investitionsbedarf bleibt der gleiche, ohne Rücksicht darauf, wie er finanziert wird und wo infolgedessen die Vermögensbildung stattfindet." ²⁾
- (3) ist eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unabdingbar, um eine derartige zielbewußte Politik quantitativ überschaubar zu machen.

(d) Neben diesen generellen, jedoch in keiner Weise originellen Maßnahmen, schlägt DEIST spezielle vor, um eine breite Streuung des Vermögenszuwachses der "Großwirtschaft" zu erreichen.

Wo sich weitere erhebliche Wachstums- und Marktlagengewinne zeigen, fordert er eine Vermögenszuwachssteuer und eine besondere Erbschaftsteuer auf Großvermögen. Der Vermögenszuwachs könnte mit 20 bis 30% besteuert werden. Die Vermögensabgabe läßt sich durch Abgabe von Vermögensrechten entrichten, so daß eine liquiditätsmäßige Beanspruchung des betreffenden Unternehmens entfällt.

"Die Instrumente, solche Beträge für die Vermögensbildung nutzbar zu machen, sind in den letzten Jahren auch in Deutschland entwickelt worden. Es sind dies der Investmentfonds und die Volksaktie." ³⁾ Der Investmentfonds hätte die Aufgabe, bei Bareintrichtung der "Steuer" für eine angemessene Anlage in guten Wertpapieren zu sorgen, und bei Entrichtung in Anteilsrechten, diese zu verwalten. Die über das Fondsvermögen auszugebenden Zertifikate wären entsprechend dem Modell der Volksaktie zu streuen, unter Beibehaltung des entwickelten Bonussystems. Diese "Volksaktien" wären damit Zertifikate, die nicht, wie die Privatisierungsaktie der CDU Anteile am ehemaligen Staatsvermögen verbriefen, sondern an dem der Privatwirtschaft. Entgegen dem Gleitze-Plan werden die Zertifikate des Deist-Plans käuflich erworben. Die zufließenden Mittel würden investitionspolitische Maßnah-

1) Ähnlich wie NELL-BREUNING warnt auch DEIST vor einer Monomanie der Wege, vgl. a. a. Ö., S. 435.

2) H. DEIST, a. a. Ö., S. 435.

3) H. DEIST, a. a. Ö., S. 437.

men ermöglichen. ¹⁾

2. Kritik

(a) Vorweg: der Deist-Plan ist als ein wirtschaftspolitisches Konzept in der parlamentarischen Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD zu verstehen. Lanciert vom wirtschaftspolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Opposition im Deutschen Bundestag, nimmt der Plan die in weiten Kreisen kritisierte Vermögensverteilung zum Vorwurf, um der in Einzelmaßnahmen sich erschöpfenden Politik des parlamentarischen Gegners eine globale wirtschaftspolitische Strategie entgegenzusetzen.

Die politischen Akzente zeigen sich bereits in der Terminologie, wie etwa der Begriff Großwirtschaft offenbar werden läßt. Nichtsdestoweniger darf die parlamentsadäquate Formulierung darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei den Vorschlägen von DEIST um solche handelt, die sowohl auf Mitteln qualitativer Politik, die auf strukturelle Veränderungen wirtschaftlicher Zusammenhänge gerichtet ist, als auch auf solchen quantitativer Politik beruhen, die sich mit dem Setzen und Beeinflussen gewisser ökonomischer Variablen durch den Staat begnügt. ²⁾ Diese treffende Sicht ist nur insoweit originär als erkannt wird, daß diese Probleme nur mit aufeinander abgestimmtem wirtschafts- und finanzpolitischem Instrumentarium angegangen werden können. Es bestehen viele Berührungspunkte zum Gleitze-Plan, obwohl DEIST diesen, wenn auch nicht expressis verbis, als einfachen, mechanischen Eingriff in die Vermögensverteilung abtut.

(b) Beruht die Konzeption auf umfassendem Einsatz der Wirtschafts- und Finanzpolitik, so ist weiter zu fragen, ob die Technik im einzelnen, so wie sie vorgeschlagen wird, dem eigenen Anliegen zu entsprechen vermag, das klar gesehen folgendermaßen formuliert wird: "Die bestehende Vermögensverteilung ist ein großes soziales Unrecht. Unserer Zeit ist die gesellschaftspolitische Aufgabe gestellt, Gerechtigkeit in der Vermögensbildung herbeizuführen. Einzelmaßnahmen

1) "Dem Fonds fließen aus der Veräußerung der Zertifikate liquide Mittel zu. Da das Investitionsvolumen im Interesse eines ausreichenden Wirtschaftswachstums nicht beschränkt werden darf, müssen die eingehenden Mittel primär Investitionszwecken zugeführt werden. Damit steht ein Fonds zur Verfügung, der auch für eine ausreichende und angemessene Kapitalversorgung mittlerer und kleinerer Unternehmen nutzbar gemacht werden kann." H. DEIST, a. a. O., S. 438.

2) Vgl. zur Terminologie: H. KOLMS, Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, Frankfurt 1958, S. 42.

reichen hierzu nicht aus. Die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sowie die Sozialpolitik müssen dem Ziel dienen, stetig wachsenden Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft zu sichern." ¹⁾ Unter diesem Aspekt wurde der Plan auf dem Parteitag der SPD von 1960 in Hannover diskutiert.

Wir können uns bei der kritischen Würdigung weitgehend an dort vorgebrachte Argumente halten, decken diese doch die Problematik hinreichend auf.

(c) Mit BRECHT wollen wir den Vorschlag in drei Phasen zerlegen: ²⁾

Die erste Phase umfaßt wirtschaftspolitische Maßnahmen im weitesten Sinne, um eine Realeinkommenssteigerung von den kleinen Einkommen der Arbeitnehmer bis zu den Einkommen der kleinen und mittleren Unternehmer, soweit letztere kaum mehr als eine marktgerechte Verzinsung ihres Eigenkapitals erwirtschaften, zu erreichen. Dies ist die erste Voraussetzung, um irgend eine Art von Eigentums- politik betreiben zu können.

Die zweite Phase beinhaltet die teilweise Abschöpfung des Vermögenszuwachses der Großindustrie mittels einer normalen, klassisch-fiskalischen Maßnahme, der Vermögenszuwachssteuer und der Erbschaftsteuer. Die normale klassisch-fiskalische Lösung wird in zwei Punkten aufgegeben: Die Aufbringung kann neben der Barentrichtung geschehen durch Hergabe betrieblicher Anteilsrechte und zweitens fließt das Aufkommen, Barentrichtung und Entrichtung betrieblicher Anteilsrechte nicht an die Staatskasse, sondern an einen Sonderfonds, die Deutsche Nationalstiftung. Es wird somit "die Beteiligung dieses Instituts an der privaten Wirtschaft auf öffentlich-rechtlichem, fiskalischem Zwangsweg herbeigeführt." ³⁾

Phase drei: Über die im Fonds (Deutsche Nationalstiftung) angesammelten Werte sollen Zertifikate ausgegeben werden, die "Deutsche Volksaktie", die käuflich erworben werden können, wobei ein Rabattsystem die kleinen Einkommensbezieher begünstigen soll. Die Erlöse aus diesem Verkauf ermöglichen eine Subventionierung der Investitionen kleinerer und mittlerer Unternehmen.

(d) Die Problematik beginnt mit der zweiten Phase, wobei nicht übersehen wird, daß die erste Phase die Lohnpolitik und die Bemühungen um Stabilisierung des Preisniveaus umfaßt, die in sich eine Reihe von Problemen aufweisen.

1) Cit. aus Antrag 46 des Parteivorstandes der SPD auf dem Parteitag 1960 in Hannover.

2) Vgl. B. BRECHT, SPD-Parteitag vom 21.-25. Nov. 1960 in Hannover, Unkorrigiertes Protokoll, 2. Tag, S. 114 ff. (zukünftig zitiert; SPD-Parteitag Protokoll.)

3) K. SCHILLER, SPD-Parteitag Protokoll, S. 119.

Phase zwei bringt grundsätzlich die gleiche Art der Aufbringung, wie sie im Sozialkapitalfonds vorgesehen ist. Im Deist-Plan sind darüber hinaus die Techniken spezifiziert. GLEITZE spricht von gesetzlich zu beschließenden Maßnahmen, DEIST von den einzuführenden Steuern auf den Vermögenszuwachs und auf das Vererben von Großvermögen. Es bleibt unerfindlich, weshalb die Attribute "einfach" und "mechanisch" mit denen DEIST die Aufbringung im Gleitze-Plan ablehnt, nicht auch für die Vermögenszuwachssteuer und Erbschaftsteuer zutreffend sind. Es stellt sich die Frage, inwieweit mit diesen Mitteln der zukünftige Vermögenszuwachs in den Griff zu bekommen ist. Anders als unter fiskalischem Aspekt ist teleologisch die Barentrichtung das störende Element. Einschränkend ist festzuhalten, daß auch diese, gleich der Entrichtung in Anteilsrechten dem Zweck entspricht, wenn die Unternehmen, um einer Direktbeteiligung der Deutschen Nationalstiftung zu entgehen, sich in Höhe der liquid entrichteten Vermögensabgabe langfristig verschulden müssen. In diesem Fall ist das Banksystem zwischen Fonds und Unternehmen hineingeschaltet. Der Versuch, diese Mittel auf dem Wege der Überwälzung (mit Hilfe kurzfristiger Kredite) zu erwirtschaften, dürfte theoretisch schon deshalb fehlschlagen, weil in Höhe der Abgabe effektive Nachfrage (durch den Verkauf der Zertifikate) stillgelegt ist. Diese makroökonomische Betrachtung schließt nicht aus, daß dies einigen Unternehmen zu Lasten anderer nicht doch gelingen könnte, was wiederum für die Direktbeteiligung spricht.

Es zeigt sich, daß die Konsumgüternachfrage, die für das Nichtgelingen der Überwälzung der Vermögensabgabe notwendige Dämpfung erhält. Hieraus resultieren keine negativen Einwirkungen auf die Investitionsgüternachfrage und damit auf die Zuwachsrate des Sozialprodukts, da sich eine Kompensation aus der Stimulierung ergibt, die aus der investiven Verwendung der vom Zertifikatverkauf stammenden Fondszuflüsse folgt.

(e) Unter distributionstheoretischem Aspekt spricht SCHILLER von einem "technischen Strukturfehler," ¹⁾ der in Phase drei eingegangen ist; ein Umstand, der im Vergleich zum Gleitze-Plan evident wird. Das Zertifikat der Deutschen Nationalstiftung muß käuflich erworben werden, während es sich bei GLEITZE um eine Verteilung an die Arbeitnehmer handelt. Hiernit wird bei DEIST der Aspekt der Korrektur der Vermögensverteilung aufgegeben. ²⁾

1) K. SCHILLER, SPD-Parteitag Protokoll, S. 110.

2) Vgl. hierzu die Diskussionsbeiträge auf dem SPD-Parteitag Protokoll S. 103 ff. So meinte LANGE (E. LANGE, a. a. O., S. 106): "Ist man der Auffassung, daß das, was an Vermögen bis heute erarbeitet ist und was in Zukunft noch erarbeitet wird, auch ... und gerade von den Verbrauchern über den Preis finanziert worden ist, dann besteht keine Veranlassung ... das, was schon einmal bezahlt worden ist, noch einmal kaufen zu lassen."

SCHILLER (K. SCHILLER, a. a. O., S. 110): "hier stoßen zwei Mittelströme zusammen. ... Hier wird für dieselbe Sache zweimal bezahlt."

Es bleibt die Frage, inwieweit sich die "Deutsche Volksaktie" der SPD von der "Privatisierungsaktie" der CDU unterscheidet, ob, abgesehen vom Vermögensobjekt, nicht letztlich in beiden Fällen ein Anreiz zum Sparen geschaffen wird und sich hierin die verteilungspolitische Konzeption erschöpft.

Nehmen wir zur Klärung dieser Frage an, der Nationalstiftung fließen nur Barmittel zu, und sie würde mit diesen Mitteln über die Börse Aktien kaufen oder sich an bestimmten Industrien mit einer Kapitaleinlage beteiligen. Diese direkten oder indirekten Beteiligungen der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, die der Fonds sein wird, werden dann mittels Zertifikaten privatisiert. Es besteht demnach kein wesentlicher Unterschied zwischen den mit Steuergeldern oder sonstigen Staatsmitteln aufgebauten oder erworbenen und nun privatisierten Unternehmen der öffentlichen Hand und den im Wege der fiskalischen Zwangsaufbringung angesammelten Werten in der Deutschen Nationalstiftung und deren Reprivatisierung durch Zertifikate. Graduelle Unterschiede sind gegeben (keine einseitige Verschleuderung lukrativen Bundesvermögens, das Zertifikat ist nicht ein ausgesprochenes Risiko- und somit Spekulationspapier), aber hierdurch wird nicht vorgestoßen zu einer Politik der Korrektur der Vermögensverteilung.

BRECHT bestätigt diesen Umstand: "Ja, wenn dieser Fonds aus der Abschöpfung gewonnen ist, dann muß man ihn auch verteilen, nämlich verschenken, an die, die ihn erarbeitet haben... Dabei hat sich gezeigt, daß... man... auf viel zu minuziöse Beträge käme, verbunden mit einer unendlichen Menge von Verwaltungsarbeit..."¹⁾ Auch DEIST gibt dies indirekt zu, wenn er fragt: "Sind diejenigen, die das meinen, der Auffassung, daß es eine gute und praktikable Methode wäre, diese Dinge durch eine Steuer abzuschöpfen und dann nach irgendwelchen Gerechtigkeitsprinzipien zu verteilen, gratis zu verteilen? ... das müßte die Konsequenz sein."²⁾ Das wäre die entscheidende verteilungspolitische Maßnahme, ohne die der Deist-Plan zu einer besonderen Art der Sparförderungskonzeptionen wird.

Ihr verteilungspolitischer Effekt ist nicht im einzelnen zu behandeln, es kann auf die Sparförderungskonzeptionen verwiesen werden.

Abschließend kann festgehalten werden, daß von dem Plan mit dem verteilungspolitisch so vielversprechenden Ansatz eine Konzeption verbleibt, von der SCHILLER sagt: "Ich möchte aus vielerlei Gründen davor warnen, bei einem so wichtigen Problem mit solchen Ungenauigkeiten, und zwar mit solchen gefährlichen Ungenauigkeiten, zu arbeiten."³⁾

-
- 1) B. BRECHT, SPD-Parteitag Protokoll, S. 115. Dabei liegt der Gedanke nahe, gerade wenn man sich nicht auf eine Monomanie versteift, die Gratisverteilung mit einer anderen prämienbegünstigten Sparleistung zu verbinden.
 - 2) H. DEIST, SPD-Parteitag Protokoll, S. 129.
 - 3) K. SCHILLER, SPD-Parteitag Protokoll, S. 119.

2. TEIL

I. FINANZPOLITISCHE MÖGLICHKEITEN IM RAHMEN DER EIGENTUMSPOLITIK

1. Vorbemerkung

Die Analyse der Finanzpolitik unter eigentumspolitischer Zwecksetzung hätte sich mit der Steuer-, Ausgaben-, Verschuldungs- und Haushaltspolitik zu befassen, denn es ist für die Durchschlagskraft finanzpolitischer Maßnahmen ein gewichtiges Kriterium, ob sie die Komplexität des finanzpolitischen Mitteleinsatzes in Rechnung stellen oder glauben, sich auf eine spezielle Politik versteifen zu können.

In dieser Breite kann die Untersuchung nicht angelegt werden. Wir beschränken uns und werfen zunächst einen Blick auf die Vermögensakkumulation der öffentlichen Haushalte, um dann ein Stück praktischer Eigentumspolitik, die Subventionierung des Wohnungsbaus zu behandeln. Der Rest der Untersuchung wird sich mit den steuerpolitischen Möglichkeiten befassen.

2. Die Vermögensakkumulation der öffentlichen Haushalte

(a) Die gesamte Nettovermögensbildung ¹⁾ in den Jahren 1960 und 1961 ²⁾ setzt sich wie folgt zusammen (Mrd. DM):

	<u>1960</u>	<u>1961</u>
Bruttoanlageinvestitionen	67,7	77,8
- Abschreibungen	<u>23,4</u>	<u>26,7</u>
Nettoanlageinvestitionen	44,3	51,1
+ Vorratsinvestitionen	<u>8,0</u>	<u>5,5</u>
Sachvermögensbildung	52,3	56,6
+ Nettozuwachs der Forderungen an die übrige Welt	<u>4,1</u>	<u>0,7</u>
Nettovermögensbildung	56,4	57,3

1) Quelle: Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1961. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1962, 14. Jg., Nr. 7, S. 57 ff.

2) Werte für 1961 vorläufig.

Der Zuwachs der Nettovermögensbildung betrug für 1961 nur noch 2 v. H., im Vorjahr 23 v. H. und 1959 13 v. H. Bezogen auf das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen, ergeben sich für die Nettovermögensbildung folgende Anteile:

1950	13, 7 v. H.
1955	21, 5 v. H.
1956	20, 6 v. H.
1957	20, 1 v. H.
1958	19, 1 v. H.
1959	19, 9 v. H.
1960	21, 8 v. H.
1961	20, 2 v. H.

Die Höhe der Nettovermögensbildung für das Jahr 1961 ist insofern interessant, als in ihr der Nettozuwachs der Forderungen aus den Außenwirtschaftsbeziehungen nur noch ca. ein Siebtel der durchschnittlichen Werte der Jahre 1956 bis 1960 ausmacht.

Der Anteil der öffentlichen Haushalte an der Sachvermögensbildung von 52, 3 Mrd. DM 1960 und 56, 6 Mrd. DM 1961 betrug 8, 3 Mrd. DM 1960 und 9, 4 Mrd. DM 1961. Prozentual stellt sich dieser Anteil über eine Reihe von Jahren wie folgt dar:

1950	14, 5 v. H.
1955	15, 5 v. H.
1956	15, 0 v. H.
1957	14, 9 v. H.
1958	16, 6 v. H.
1959	17, 4 v. H.
1960	15, 9 v. H.
1961	16, 6 v. H.

Diese Zahlen zeigen, daß über eine Reihe von Jahren die öffentlichen Haushalte einen nahezu konstanten relativen Anteil an der Sachvermögensbildung tätigen. Der Staat beteiligt sich mit durchschnittlich einem knappen Sechstel direkt an der Realinvestition.

(b) Die Ersparnis der öffentlichen Haushalte, der Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden, das heißt nicht zu einer Erhöhung des Vermögens führenden, Ausgaben betrug einschließlich Vermögensübertragungen 1961 21 Mrd. DM, gegenüber 18, 7 Mrd. DM 1960 und 13 Mrd. DM 1959.

Die Entwicklung der Sparquote der öffentlichen Haushalte zeigt folgendes Bild (in Prozentsätzen):

1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
40, 7	38, 2	39, 7	32, 2	24, 2	28, 8	33, 2	36, 6

In der Mehrzahl der Jahre lag der Anteil des Staates an der volkswirtschaftlichen Gesamtersparnis um oder über einem Drittel.

(c) Stellen wir die Ersparnisse und die Investitionen der öffentlichen Haushalte einander gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

	Ersparnisbildung	Bildung von Sachvermögen	Finanzierungs- überschuß
	(Mrd. DM)	(Mrd. DM)	(Mrd. DM)
1950	4,9	1,7	3,2
1955	13,1	5,0	8,1
1956	14,7	4,9	9,8
1957	12,6	5,0	7,6
1958	9,7	5,7	4,0
1959	13,0	7,1	5,9
1960	18,7	8,3	10,4
1961	21,0	9,4	11,6

Der Finanzierungsüberschuß hat gegenüber dem bereits hohen Wert von 1960 um weitere 1,2 Mrd. DM zugenommen. Er hatte jedoch im Jahre 1956 bei einem um ein Drittel geringeren Ersparnisvolumen und einem ca. halbierten Investitionsvolumen gegenüber 1961 schon 9,8 Mrd. DM betragen.

(d) Als Ergebnis läßt sich die gewichtige Rolle festhalten, die der staatlichen Finanzwirtschaft bei der Vermögensakkumulation zufällt. Desgleichen spiegeln die Finanzierungsüberschüsse die preisstabilisierenden Einflüsse wider, die damit zum indirekten Regulativ der Vermögensbildung des Unternehmungssektors werden. Hier zeigt sich die Stellung des Staates als Akkumulator einerseits,¹⁾ aber auch als Distributionsinstitution, die unter der Hypothese (als Markierung einer nicht verifizierbaren Extremposition), daß die Arbeitnehmer überhaupt nicht sparen, zur einzigen Bremse der Akkumulation der Unternehmungen wird. Zusammenfassend läßt sich folgern:

1. Die öffentlichen Haushalte sind unter quantitativem Aspekt in der Lage, im Rahmen des Vermögenstransfers selbst aktive Eigentumspolitik im Sinne breiter Streuung zu betreiben und damit zusammenhängend;
2. Finanzpolitische Maßnahmen, insbesondere solche der Steuerpolitik, die in ihrem Endeffekt eine Begünstigung eigentumsschwacher Bevölkerungskreise bei der Vermögensbildung zu Lasten der Vermögensbildung der öf-

1) Vgl. P. JOSTOCK u. A. ANDER, Konzentration der Einkommen und Vermögen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Materialband zu: Die Konzentration in der Wirtschaft, N.F. Bd. 20/I, Berlin 1960, S. 224.

- fentlichen Haushalte bezwecken, haben quantitativ einen breiten Spielraum.
3. Es besteht die Möglichkeit einer qualitativen Finanzpolitik, die abzielt auf strukturelle Änderungen der Akkumulationsrate der öffentlichen Haushalte zu Gunsten der Vermögensbildung der privaten (Arbeitnehmer-) Haushalte verringert.

3. Beeinflussung der Vermögensverteilung durch Subventionen zur Vermögensbildung, insbesondere im Wohnungsbau

Subventionen in Form der Spar- und Wohnungsbauprämien wurden bereits untersucht.¹⁾

Zwei weitere Bereiche neben den Sparförderungsmaßnahmen sind unter dem Aspekt breiter Eigentumsstreuung hervorzuheben:

1. Die Subventionierung des Eigenheimbaues und des Erwerbs von Eigentumswohnungen für untere Einkommensgruppen, also die in Deutschland durchgeführten Förderungsprogramme des sozialen Wohnungsbaues.
2. Die Subventionierung von Gewerbe (Flüchtlingsbetriebe) und Landwirtschaft.

Im folgenden greifen wir die Förderungsmaßnahmen des Wohnungsbaues heraus, um zu untersuchen, inwieweit durch staatliche Ausgabenpolitik ein Beitrag zur breiten Streuung des Eigentums geleistet worden ist.

(a) "Von 1950 bis 1958 wurden öffentliche Mittel in Höhe von ca. 25 Mrd. DM gewährt...; von 1948 bis 1958 waren es schätzungsweise 26,5 Mrd. DM." ²⁾

Hierbei handelt es sich in der Regel um rückzahlbare Darlehen. Es ist demnach von einer Vermögensbildung des Staates auszugehen. Die Subvention besteht in der praktisch zinslosen Hingabe dieser Mittel.

Zum eigentumspolitischen Effekt dieser Maßnahmen lassen sich für die Jahre 1955 und 1956 Hinweise finden, da hier für den Sektor des öffentlich geförderten sozialen Eigenheimbaues die Berufsgliederung der Bauherren zugänglich ist. Es ergibt sich folgendes Bild: ³⁾

1) Vgl. S. 6 f.

2) F. KRONENBERG, a. a. O., S. 64.

3) Quelle: W. FEY, Der Eigenheimbau in der Bundesrepublik. Privates Bausparwesen 1957, Bonn 1957, S. 43 ff., u. S. 64.

Beruf der Bauherren	Anzahl der Gebäude		in v. H. samtlicher Bauherren	
	1955	1956	1955	1956
Beamte u. Angestellte	8414	8718	15,6	14,9
Arbeiter	14251	15030	26,5	25,6
Rentner u. Pensionäre	1101	1168	2,0	2,0
Personengemeinschaften ohne Beruf und ohne Berufsangabe	296	342	0,5	0,6
	2393	2971	4,4	5,0
	26455	28229	49,0	48,1

Knapp die Hälfte aller Bauherren sind demnach Besitzer von Arbeitseinkommen. Die verfügbaren Statistiken zeigen nicht, wie die zinslosen, beziehungsweise zinsverbilligten Darlehen von 2,79 Mrd. DM im Jahre 1955 und von 3,167 Mrd. DM im Jahre 1956¹⁾ sich auf die Bauherren verteilen und somit den quantitativen Anteil der jährlichen Zinssubventionen der Besitzer von Arbeitseinkommen. Immerhin zeigt sich, daß die Zinssubventionen sogar beim sozial geförderten Eigenheimbau nur zu einem Teilbetrag einer breiten Eigentumsstreuung primär dienen. So kommt KRONENBERG in seiner eingehenden Untersuchung zu folgender Feststellung: "Bei aller Vorsicht dürfte es zutreffen, daß mindestens 40 v. H. der öffentlichen Mittel zu Eigentumsmaßnahmen verwandt wurden. Das bedeutet, daß von den 26,5 Mrd. DM öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau seit 1948 (bis 1958, d. V.) ca. 10,5 Mrd. DM als Eigentumsmaßnahmen anzusprechen sind und daß somit im Bereich dieser Eigentumsmaßnahmen ein direkter Nettovermögenszugang von ca. 7 Mrd. DM (dieser Betrag ergibt sich aus dem errechneten Barwert von ca. 33 v. H. der zinsverbilligt gegebenen öffentlichen Darlehen, d. V.) bei den Privaten stattgefunden hat."²⁾

(b) Das entstandene öffentliche Forderungsvermögen ist Gegenstand weiterer eigentumspolitisch motivierter Zugriffe. SCHREIBER unterbreitet den Vorschlag, diese staatliche Darlehensforderung zu privatisieren.³⁾ Es ist offensichtlich, daß sich hier auf praktisch einfache Weise eine Gelegenheit zu einer Vermögensumverteilung bietet. Hier ließe sich der "Grundstock eines privaten Vermögens, in einer Höhe, die auf keinem anderen Wege aus dem Boden gestampft werden

1) Quelle: Bundesbaublatt, IV. Jg., 1955, S. 169; Bundesbaublatt, VIII. Jg., 1959, S. 174.

2) F. KRONENBERG, a. a. O., S. 78.

3) Vgl. W. SCHREIBER, a. a. O., S. 63 ff.

könnte" ¹⁾ bilden. "Man könnte zusätzlich durch Gesetz bestimmen, daß dem Sozialbau-Mieter, der (durch Zukauf von Darlehensrechten oder Barleistung) 30 Prozent vom Kostenwert seiner Wohnung in Händen hat, das Eigentumsrecht an seiner Wohnung auf seinen Wunsch übertragen werden muß, sofern sie z.Z. im Kollektivbesitz ist." ²⁾

Die Möglichkeit, einen derartigen Vermögenstransfer ohne praktische Schwierigkeiten zu bewerkstelligen, müßte diesem eine gewichtige Rolle als Instrumentarium der Eigentumspolitik zuordnen. Wie später zu behandeln sein wird, sind der Steuerpolitik im Rahmen der eigentumspolitischen Zwecke vielfältige Ansatzmöglichkeiten gewiesen. Dort ergeben sich für einen staatlichen Vermögenstransfer die verschiedensten Kombinationsmöglichkeiten.

Ein derartiger verteilungspolitischer Eingriff im Wohnungswesen würde eine Korrektur der durch staatliche Förderungsmaßnahmen ausgelösten Konzentrationstendenzen auf diesem Sektor bewirken. Theoretisch wäre demonstriert, wie eine sozialpolitische Konzeption (sozialer Wohnungsbau zur Überwindung der Wohnungsnot) in eine gesellschaftspolitische umgeprägt wird. So gesehen, soll ein eigentumspolitisch überwiegend unfruchtbares Ergebnis korrigiert werden, über das KRONENBERG wie folgt urteilt: "Wenn auch von den gesamten Eigentumsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau - isoliert betrachtet - günstige verteilungspolitische Effekte ausgegangen sind, so darf man doch nicht vergessen, daß ca. 60 v.H. der öffentlichen Mittel von 1948 bis 1958 nicht zu diesen Eigentumsmaßnahmen verwandt worden sind. Diese rd. 16 Mrd. DM, die dem Bau von Miethäusern dienen, haben die verteilungspolitisch günstigen Wirkungen der Eigentumsmaßnahmen mehr als aufgewogen." ³⁾

(c) Verteilungspolitische Effekte ergaben sich aber auch aus dem Umstand, daß die Vergabe der Förderungsmittel in der Regel an eine bestimmte Sparleistung des Empfängers geknüpft wurden, eine Eigenleistung zur Voraussetzung der Subventionierung gemacht wurde. In der Entwicklung des Bausparwesens ist die Behauptung, daß der Arbeiter nicht spare, widerlegt worden. Ohne den statistischen Beweis im einzelnen anzutreten, soll festgehalten werden, daß das Bausparaufkommen in Prozent des verfügbaren Einkommens 1950 bis 1952 bei 0,5 bis 0,6 lag, während es bis 1957 auf das Dreifache, auf 1,6 anstieg. ⁴⁾

1) W. SCHREIBER, a. a. O., S. 64.

2) W. SCHREIBER, a. a. O., S. 64.

3) F. KRONENBERG, a. a. O., S. 86.

4) Vgl. D. CULP, Zur Analyse des Spargeldeinganges bei den privaten Bausparkassen. Privates Bausparwesen 1958, Bonn 1958, S. 70 ff.

Das Sparaufkommen bei den öffentlichen und privaten Bausparkassen betrug einschließlich Prämien und Zinsen 1950 417 Mio. DM, überschritt 1954 mit 1,4 Mrd. DM die Milliardengrenze und erreichte 1959 3,8 Mrd. DM. ¹⁾

Die Berufsgliederung ist aus einer Vollerhebung der privaten Bausparkassen aus dem 2. Quartal 1958 bekannt. ²⁾ Nach dieser Erhebung entfielen 32,7 v. H. der Bausparsumme auf Arbeiter, 16,8 v. H. auf Angestellte und 10,4 v. H. auf Beamte.

Der Schluß scheint demnach durchaus berechtigt, daß die Subventionierung des sozialen Wohnungsbaus und insbesondere die des Baues von Eigenheimen, die Sparquote der privaten Haushalte positiv beeinflußt hat, und zwar ins Gewicht fallend, wenn auch diese Aussage nicht näher quantifizierbar ist.

II. MÖGLICHKEITEN UND PLÄNE IM BEREICH DER STEUERPOLITIK

1. Vorbemerkung

(a) Gegenstand der Erörterungen ist, wie mit Hilfe der Steuerpolitik die Vermögensakkumulation in ihrer Einseitigkeit angegangen werden kann; und zwar insoweit, wie bereits Pläne und Vorschläge dieser Art diskutiert werden. Zuvor erhebt sich die Frage, ob es sinnvoll und zweckmäßig ist, der Steuerpolitik eine derartige Aufgabe zuzuweisen. Vom Standpunkt der "Fiscal Policy", legen wir NEUMARKs Definitionsvorschlag zu Grunde, ³⁾ ist dies zu bejahen. Aber auch bei Erwägung der Funktionen der Besteuerung zeigt sich kein entscheidender Einwand. Der Grundsatz der Steuerneutralität (leave-them-as-you-find-them-rule) wurde durch den der Leistungsfähigkeit überholt und "durch das Aufpropfen des Zieles der Sozialreform auf den primitiven Stamm der Leistungsfähigkeit ist das Prinzip des Status quo geändert worden", ⁴⁾ was für unsere Fragestellung bedeutet, daß die Steuerpolitik im Rahmen ihrer sozialpolitischen Funktion eine Akzentuierung nach einer bestimmten Richtung hin erfährt. Wird weiter

1) Quelle: Zur Entwicklung der Bausparkassen. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1960, 12. Jg., Nr. 8, S. 6.

2) F. KRONENBERG, a. a. O., Tabelle S. 133.

3) Vgl. F. NEUMARK, Wo steht die "Fiscal Policy" heute, in: Wirtschafts- und Finanzprobleme des Interventionsstaates, Tübingen 1961, S. 219, Anmerkung 3.

4) F. K. MANN, Die Finanzkomponente der Revolution, in: Finanztheorie und Finanzsoziologie, Göttingen 1959, S. 146.

bedacht, daß die heutige einseitige Vermögensakkumulation zu einem beträchtlichen Teil das Ergebnis einer ganz bestimmten Steuerpolitik ist, so ergibt sich hieraus ebenfalls eine Aufgabe der Ordnungsfinanz.

(b) Neben dieser grundsätzlichen Frage verweist das Problem der Steuerüberwälzung auf Fragen von höchster praktischer Bedeutung, denn ohne Vorstellungen über die Inzidenz steuerpolitischer Maßnahmen, läßt sich deren redistributive Wirkung nicht bestimmen.

MANN hält prinzipiell alle Steuern für überwälzbar, wobei die Erbschaftsteuer gemeinhin von dieser Aussage ausgenommen wird.¹⁾ Die andere extreme Position wird von den Thesen abgesteckt, die insbesondere die Gewinnsteuern (Einkommen- und Körperschaftsteuer) für nicht überwälzbar erklären. Zwischen diesen beiden Positionen bewegt sich die Diskussion, zu der besonders die Versuche auf makroökonomischer Grundlage (MUSGRAVE, FOEHL) neue Erkenntnisse beisteuerten.²⁾ Der heutige Stand der Lehre von der Steuerinzidenz ist nicht soweit fortgeschritten, daß eindeutige, d.h. allgemeine theoretische Schlüsse und daran anknüpfende wirtschaftspolitische Folgerungen zulässig sind.³⁾ FOEHL stellt in den Schlußfolgerungen seiner Untersuchung fest, "daß die Überwälzung der Gewinnsteuern in gewissen Situationen automatisch ganz oder teilweise eintritt, in anderen Situationen dagegen nicht",⁴⁾ und RECKTENWALD betont: "Immerhin läßt sich aus der Föhl'schen Konzeption folgern, daß, auch gesamtwirtschaftlich gesehen, die These unhaltbar ist, die Gewinnsteuern seien grundsätzlich nicht überwälzbar."⁵⁾

- 1) Vgl. F. K. MANN, Die Überwälzbarkeit der Einkommen-, Vermögen-, Vermögenszuwachs- und Erbschaftsteuern, in: Kapitalbildung und Steuersystem, Veröffentl. der Friedrich-List-Gesellschaft, Bd. 4, 1930, S. 324-335.
- 2) Vgl. R. A. MUSGRAVE, General Equilibrium Aspects of Incidence Theory, Am. Ec. Rev., Vol. XLIII, 1953, S. 504 ff. C. FOEHL, Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung. Finanzarchiv, N. F. Bd. 14, 1953/54, S. 88. Ders., Das Steuerparadoxon. Finanzarchiv, N. F. Bd. 17, 1956/57, S. 1 ff.
- 3) Vgl. H. C. RECKTENWALD, Steuerinzidenzlehre, Berlin 1958.
- 4) C. FOEHL, Das Steuerparadoxon, a. a. O., S. 33.
- 5) H. C. RECKTENWALD, Bedeutung, Grenzen und neuere Entwicklung der Steuerüberwälzungslehre. Finanzarchiv, N. F. Bd. 16, 1955/56, S. 289. Anhand theoretischer Versuche von HAEUSER warnt ARNDT vor dem Übertragen von Modellergebnissen auf die deutschen Verhältnisse, vor allem dann, wenn man zu diesen über die üblichen Prämissen partieller Gleichgewichtstheorie gelangt ist. Vgl. hierzu: K. HAEUSER, Die Unüberwälzbarkeit der Einkommen- und Körperschaftsteuer bei Gewinnmaximierung. Finanzarchiv, N. F. Bd. 20, 1960/61, S. 422 ff. und: Einiges über die Wirk-

Es scheint daher der Standpunkt NEUMARKs hinsichtlich der Gewinnsteuern, insbesondere der deutschen Einkommensteuer immer noch am meisten zu überzeugen, der feststellt, "daß die Einkommensteuer in der heute vorherrschenden Gestalt in den Fällen, wo eine Überwälzung nicht völlig ausgeschlossen ist, nur schwer und nur partiell abzuwälzen ist." "Wenn die Ansicht", so fährt NEUMARK fort, "in Widerspruch zu den Behauptungen steht, die in der Literatur oft, namentlich in Bezug auf die Besteuerung gewerblicher Gewinne, vertreten wird, so ist das, von theoretischen Fehlschlüssen abgesehen, hauptsächlich auf folgendes zurückzuführen: Einmal ist der kausale Zusammenhang zwischen Preisgestaltung und Einkommensteuer (zumal, wenn man diese als unverändert denkt) sehr undurchsichtig, so daß hier die Gefahr des 'post hoc ergo propter hoc'-Schließens besonders groß ist, und zum anderen gibt es Fälle, in denen ein Pflichtiger erst unter dem Druck einer (hohen) Steuer dazu gebracht wird, an sich schon vorher bestehende, aber infolge ökonomisch nicht rationalen Verhaltens unausgenutzte Preiserhöhungsmöglichkeiten zu realisieren." ¹⁾

2. Redistributiv interpretierbare Steuern

a. Erbschaft- und Schenkungsteuer als Instrumente der Vermögensredistribution - heute

Betrachten wir die Erbschaft- und die sie ergänzende Schenkungsteuer unter dem Aspekt ihrer Tauglichkeit als Instrument der Vermögensumverteilung, so ergibt sich ihre sachliche Qualifikation primär unter zwei Aspekten: Die Tarife weisen zum einen eine starke Progression auf, die unweigerlich zu Vermögenseinbußen führen muß, zur "Auflockerung der Besitzverhältnisse", ²⁾ Andererseits besteht die Möglichkeit der Steuerausweichung nur bedingt, die Steuerüberwäl-

Fortsetzung der Fußnote 5) von Seite 57

lichkeit und über die Unüberwälzbarkeit der Einkommensteuer. Eine Replik, Finanzarchiv, N.F.Bd. 21, 1961/62, S. 429 ff. sowie H. ARNDT, Zur mikroökonomischen Analyse der Überwälzbarkeit der Einkommensteuer..., Finanzarchiv, N.F.Bd. 21, 1961/62, S. 47 ff. und: Kurvenverschiebung und mikroökonomische Überwälzung. Finanzarchiv, N.F.Bd. 22, 1962/63, S. 71 ff.

- 1) F. NEUMARK, Theorie und Praxis der modernen Einkommensbesteuerung, Bern 1947, S. 164.
- 2) K. HAEUSER, Steuerliche Beeinflussung der Einkommens- und Vermögenskonzentration, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Materialband zu: Die Konzentration in der Wirtschaft, N.F.Bd. 20/II, Berlin 1960, S. 1131.

zung ist praktisch unmöglich. Der Einwand LITTMANNs, die Erbschaftsteuer treffe allein das Geld- und Sachkapital natürlicher Personen und nicht das der juristischen, ¹⁾ ist kein Argument gegen diese, denn das Problem der Vermögenskonzentration besteht in der personellen Bezogenheit der Eigentumsrechte, in welche die Erbschaftsteuer eingreift und ist zu trennen von den Phänomenen der Machtkonzentration, die sich in den Herrschaftsverhältnissen der Kapitalgesellschaften stellen.

Wenn trotzdem die Effizienz der Steuer minimal ist, so läßt sich dies nach HAEUSER zurückführen auf die Differenz zwischen steuerlichem Wertansatz und Marktwert, die bestehende Möglichkeit, eine Erbschaftsversicherung abzuschließen und auf die weitere Möglichkeit durch Teilung des Erbes und ähnliches, geradezu eine Steuervermeidung zu erreichen. ²⁾

Es spielen auch Freibeträge eine nicht zu unterschätzende Rolle. ³⁾ Wenn in Deutschland im Jahre 1957 nur 81 Steuerfälle mit einer zu versteuernden Erbschaft über DM 500.000 laut Erbschaftsteuerstatistik ⁴⁾ nachgewiesen werden, so zeigt dies, daß hinsichtlich des Steueraufkommens keine hochgeschraubten Erwartungen angebracht sind. Daß die Erbschaftsteuer in ihrer heutigen Form für eine nennenswerte Redistribution unzureichend ist, liegt wesentlich am nicht vollen Ausschöpfen theoretisch gegebener Möglichkeiten. Es ist unbestritten, daß die Effizienz der Erbschaftsbesteuerung durch die Einführung der Nachlaßsteuer entscheidend verbessert werden könnte. ⁵⁾

b. Die Erbschaftsteuer in sozialen Ideen und Plankonstruktionen der Vergangenheit

Die Erbschaftsteuer erweist sich als ein altehrwürdiges Mittel sozialer Bewegungen und Theorien. Ob Sozialreform oder Sozialrevolution predigend, immer wurde in der vertretenen Systemkonstruktion der Erbschaftsbesteuerung oder im Extremfall der Konfiskation des Erbes eine exklusive Stellung zugewiesen.

-
- 1) Vgl. K. LITTMANN, Zunehmende Staatstätigkeit und wirtsch. Entwicklung, Köln und Opladen 1957, S. 70, Anm. 152.
 - 2) Vgl. K. HAEUSER, a. a. O., S. 1131.
 - 3) Z.B. bei Bestehen einer Zugewinnsgemeinschaft zwischen Ehepartnern bleiben für den Überlebenden 25% der Erbschaft steuerfrei.
 - 4) Quelle: Stat. Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1959, S. 390. 1960 waren es 282 Steuerfälle über DM 500.000, der Wert des Erwerbs betrug 321,3 Mio DM, der steuerpflichtige Erwerb 286,1 Mio DM und die festgesetzte Steuer betrug 44,7 Mio DM. Quelle: Stat. Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1962, S. 464.
 - 5) Vgl. K. HAEUSER, a. a. O., S. 1131.

Bei ADOLPH WAGNER, der erstmals dem Steuersystem auch eine sozialpolitische Funktion zuspricht, erfährt die Erbschaftsteuer eine Rechtfertigung, abgeleitet aus einer besonderen historischen Sicht von Eigentum und Familienrecht. In der scharfen Trennung von Privateigentum und privatem Erbrecht, wobei letzterem der Charakter notwendiges Bestandteil des ersteren zu sein abgesprochen wird - "Es ist vielmehr ein selbständiges (absolutes) Privatrechtsinstitut neben dem Eigentum" ¹⁾ - erschließt sich die Möglichkeit des sozialpolitisch motivierten Eingriffs.

Das private Erbrecht kann, so lautet seine These, "in noch höherem Maasse, wenigstens noch offener und directer als das Privateigenthum selbst, als Product des Staatswillens bezeichnet und den Bedürfnissen des Volkslebens gemäß gestaltet werden." ²⁾ Nach WAGNER hat unbeschränktes Familienerbrecht so lange einen Sinn, als soziale und rechtliche Normen Verpflichtungen unter den Familienangehörigen begründen, und deren Durchsetzung verbürgen. Die Fragwürdigkeit des Familienerbrechts zeigt sich mit fortschreitender Emanzipation des Einzelnen von der Familie einerseits und in der Übernahme der dem Familienverband obgelegenen Fürsorgefunktion durch den Staat andererseits. Also, "je mehr statt der strengen Familien- und Geschlechterordnung der Individualismus im Volksleben Platz greift: desto begründeter im Princip, desto nothwendiger und gerechter in der Praxis wird eine Betheiligung der öffentlichen Körper, besonders des Staates, an der Erbschaft, daher desto gerechtfertigter ein System ausgedehnter Erbschaftssteuern." ³⁾ "Mit dieser Argumentation", so meint BUECHNER, "tritt Wagner in die Reihe der Schriftsteller, die die Erbschaftsteuer als Instrument betrachten, um eine mehr oder weniger weit gehende Reform der überkommenen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung herbeizuführen." ⁴⁾

Nach BUECHNER finden sich derartige Auffassungen bereits in der philosophischen und staatsrechtlichen Literatur des 16. und 17. Jahrhunderts, gewinnen bei den Utilitaristen (insbesondere bei J. ST. MILL und J. BENTHAM) an Gewicht, und kristallisieren sich durch ihre hauptsächlichsten Vertreter wie BLUNTSCHLI, v. SCHEEL, MUNZINGER, UMPFENBACH und FRANTZ zu einer Theorie des staatlichen Miterbenrechts, deren Denkansatz und praktische Forderungen wir nachzeichnen wollen.

Der Ansatz dieser Theorie ist bei MUNZINGER klar ausgeführt, wenn er schreibt: "Es gibt gewisse Rechtsinstitute, die ein ehrwürdiges Alter vor jedem Angriff zu

1) A. WAGNER, Finanzwissenschaft, 2. Teil, 2. Aufl., Leipzig 1890, S. 589.

2) A. WAGNER, a. a. O., S. 589.

3) A. WAGNER, a. a. O., S. 589.

4) R. BUECHNER, Art. Erbschaft- und Schenkungsteuern. Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 2, 1956, S. 542.

schützen scheint, und zu diesen wird auch das Erbrecht gezählt. Man hat sich gewöhnt, das Erbrecht und besonders das Familienerbrecht als einen der festen Angeln zu betrachten, um die sich das sociale Leben der Menschheit dreht. Und doch ist gerade das Erbrecht mit so vielem in nahem Zusammenhang, was einem steten Wandel unterworfen ist, mit der Gestaltung der Familie, mit der individuellen Geistes- und Gemuthsrichtung der Menschen, mit der Enge und der Weite des persönlichen Gesichtskreises... mit politischen Zuständen." ¹⁾ Die Aktualität der Bemühungen um eine Neuinterpretation des Erbrechts, die Herausforderung der sozialen und politischen Situation jener Zeit, auf die die Theorie vom staatlichen Miterbenrecht eine Antwort zu geben versucht, läßt die Schrift von FRANTZ (1881) in ihrem Titel evident werden, der heißt: "Die soziale Steuerreform als *conditio sine qua non*, wenn der sozialen Revolution vorgebeugt werden soll."

Das Instrumentarium der Mittelaufbringung versucht den "Charakter einer staatlichen Erbschaftssteuer" (MUNZINGER) durch die Konstruierung der neuen Rechtsinstitution staatliches Miterbenrecht abzustreifen. In den herrschenden sozialen Zuständen findet dieses Vorgehen seine eigentliche Rechtfertigung. So schreibt SCHEEL: "Bei unseren gesellschaftlichen Zuständen, wo immer noch, vielleicht auch in immer größerem Bruchteil, eine große und jedenfalls zu große Zahl von Angehörigen des Volkes an der Grenze des notwendigen Lebensbedarfs und in unsicheren wirtschaftlichen Zuständen lebt, und wo die Armuth unstreitig nicht nur durch eigenes Verschulden, sondern zu einem bedeutenden Theil durch die socialen Zustände erzeugt und erhalten wird, ist es gewiß ein Gebot der Gerechtigkeit und Klugheit, daß der Staat durch wohlbegründete, planmäßige Verwandlung eines Theiles des Privateigenthums in Gemein-Eigenthum auf das Wohl der Gesamtheit und im Besonderen auf die Hebung und Entlastung der unbemittelten Volksschichten hinarbeite." ²⁾

Nicht nur das Problem der Aufbringung, formal der fiskalischen Technik keinerlei Beachtung schenkend, sondern auch die Frage der Verwendung wird gestellt und - durch Projekte - zu beantworten versucht; ein Umstand, der bereits bei der Frage anklingt, wem gerechterweise dieses Miterbrecht zustehen solle. "Den Militärstaat will ich nicht zum Erben haben," ³⁾ bekennt MUNZINGER, sondern: "die menschliche Gesellschaft". ⁴⁾ Eingedenk der Notwendigkeit einen konkreten Erbkandidaten zu finden, fährt er fort: "Am nächsten verwandt unserer ganzen Idee von einem Erbrecht zu Gunsten der menschlichen Gesellschaft erschiene mir,

1) W. MUNZINGER, Erbrechtliche Studien, Basel 1874, S. 7. Abdruck in: Öffentliche Vorträge gehalten in der Schweiz, Bd. II, o. J.

2) H. v. SCHEEL, Erbschaftssteuern und Erbschaftsreform, Jena 1877, S. 50.

3) W. MUNZINGER, a. a. O., S. 32.

4) W. MUNZINGER, a. a. O., S. 35.

wenn eine vom Staate anerkannte und garantierte, aber von demselben unabhängige Stiftung als erbberechtigigt erklärt würde." ¹⁾ "Es hätte ein solches Erbrecht den Charakter einer staatlichen Erbschaftssteuer ganz abgestreift, denn der Bürger sieht dabei immer nur die Procente, die ein tyrannischer Staat zu Händen nimmt, ohne auf der anderen Seite auch die gute Anwendung der Staatsgelder für das gemeine Wohl in Gedankenzusammenhang zu bringen." ²⁾

BLUNTZSCHLI wollte der Heimatgemeinde die Erbberechtigung übertragen, ³⁾ während nach UMPFENBACH der Staat aus dem Ererbten ein Sondervermögen zu bilden hätte, "des Volkes Erbe." Über seine Verwendung sagt er: "Des Volkes Erbe ist zur Ausbildung derjenigen Angehörigen einer Generation bestimmt, welche aus eigenen Mitteln nicht vermögen, sich das der Kulturstufe entsprechende Ebenmaß an Erwerbskraft und persönlicher Vervollkommenung überhaupt zu verschaffen." ⁴⁾ Auch MUNZINGER schwebt die Bildung eines Erziehungsfonds als Ideallösung vor, wobei er eine Versicherung für "hülftlose und kranke Tage" nicht ausschließt, während UMPFENBACH die Verwendung als Armenfonds aus grundsätzlichen Erwägungen (Aufgabe des staatlichen Budgets) verwirft. ⁵⁾

Im Gegensatz zu dieser Theorie des Miterbenrechts staatlicher, resp. gemeinnütziger Einrichtungen, finden wir im Saint-Simonismus in der Erbschaftsteuer ein Instrument, um den Besitz der "Müßiggänger" zu beschneiden und andere, die Gemeinschaft sehr bedrückende Lasten, die "für das Volk druckendsten, verhassten, gefährlichsten Steuern" abzuschaffen, oder aber um das Bildungsbudget auszuweiten; eine fiskalische Abgabe also, deren Erhebung und Verwendung nach sozialpolitischen Gesichtspunkten zu erfolgen habe. ⁶⁾

1) W. MUNZINGER, a. a. O., S. 40.

2) W. MUNZINGER, a. a. O., S. 40/41.

3) Vgl. J. K. BLUNTZSCHLI, Privatrechtliches Gesetzbuch für den Kanton Zürich, 4. Bd. Erbrecht, 1856, S. 67 ff.

4) K. UMPFENBACH, Des Volkes Erbe, Berlin 1874, S. 49.

5) Auch UMPFENBACHs weiteres Verdikt (a. a. O., S. 50.), ist gerade im Hinblick auf unsere heutige Diskussion von besonderem Interesse: "Dem Volk darf nichts entfremdet werden. Nur in der kompakten Zusammenhaltung und Verwendung für einen großen Kulturzweck, dem es (des Volkes Erbe, d. V.) die Rechtfertigung seiner ganzen Existenz verdankt, kann es der Gesamtheit seine Dienste leisten, nicht aber dadurch, daß man, im Hohne aller wirtschaftlichen Möglichkeit und rechtlichen Erlaubtheit, Eigentumspositionen an diese oder jene Menschen verteilt, um dadurch die Verteilung der Glücksgüter unter die Menschen gleicher zu machen, was doch auf diesem Wege immer illusorisch bleibt."

6) Vgl. P. ENFANTIN, Die Nationalökonomie des Saint-Simonismus, in: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Heft 5, Leipzig 1905, S. 89 ff.

In der marxistischen Theorie hat die Erbschaftsteuer als zu mildes Instrument überhaupt keinen Platz, denn: "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen. . ." Also, "Abschaffung des Erbrechts." 1)

Erst die Finanzpolitik des revisionistischen Sozialismus sieht in der Erbschaftsteuer wieder ein Instrument die Ungleichheit zu reduzieren, Vermögensnivellierung zu betreiben, ohne jedoch andererseits die Sozialisierungspläne ganz aufzugeben. Im Rignano-Plan haben sich diese Gedanken zu einem finanzpolitischen Konzept verdichtet.

Gewachsen aus der Sorge vor einer Bolschewisierung, steht neben der Absicht einer allmählichen Umgestaltung des Wirtschaftssystems die Forderung, durch finanzpolitische Eingriffe zu bewerkstelligen, "daß die Verteilung der Güter in gerechter Weise erfolge, ohne in den Produktionsverhältnissen heftige und unheilvolle Krisen herbeizuführen." 2) Durch einen progressiven Satz auf den Nachlaß, der neben der Höhe des Nachlaßwertes und dem Grad der Verwandtschaft eine dritte Richtung einbezieht, "nämlich die des Alters der verschiedenen Bestandteile des hinterlassenen Vermögens, oder richtiger der Anzahl der Vermögensübertragungen infolge Vererbung oder Schenkung," 3) soll der Staat an jeder Erbschaft partizipieren. "Um diese zeitlich progressive Steigerung durchzuführen, müßte das Verfügungsrecht des Erblassers über die verschiedenen Teile seines Vermögens ungleich sein, so daß er ganz oder fast uneingeschränkt nur über dies durch eigenen Fleiß oder eigene Sparsamkeit Erworbene verfügen dürfte und daß sein Verfügungsrecht um so mehr beschränkt wurde, je entfernter der Ursprung des durch überholte Übertragungen ihm zugefallenen Vermögens wäre." 4)

Generell wurde der Kapitalstock sukzessive an den Staat fallen, die Konfiskation sich jedoch auf von entfernten Generationen ererbte Vermögensteile beschränken, bei Schonung der von der vorhergehenden Generation überlassenen und der vom Erblasser selbst erworbenen Teile. Nach EINAUDI hätte diese Art der Erbschaftsbesteuerung eine fördernde Wirkung auf die Spartätigkeit. 5)

-
- 1) MARX/ENGELS, Manifest der Kommunistischen Partei, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd.1, Berlin 1953, S. 32.
 - 2) E. RIGNANO, Zur Frage der wirtschaftlichen Demokratisierung. Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 50, 1923, S. 223.
 - 3) E. RIGNANO, a. a. O., S. 227.
 - 4) E. RIGNANO, a. a. O., S. 227.
 - 5) Vgl. L. EINAUDI, Moderne Tendenzen in der italienischen Theorie und Praxis in der Erbschaftsbesteuerung, in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 4, Wien 1928, S. 268 ff.

Neben der Problematik der Zerlegung einer Erbmasse nach der Anzahl der Erbübertragungen, wäre zu bedenken, daß nach RIGNANO der Staat "den ihm zukommenden Anteil in natura wie die anderen Erben erheben" würde, was EINAUDI als unzweckmäßig kritisiert.¹⁾ Der Angelpunkt des Planes liegt jedoch in bestimmten Gerechtigkeitsvorstellungen, denen gegenüber die Frage nach der Adäquanz der Mittel von nachgeordneter Bedeutung ist.

Heute finden wir im Neoliberalismus den Begriff der Startgleichheit, gepaart mit der Forderung nach einer dementsprechenden Ausgestaltung des Erbrechts. Schon UMPFENBACH hat diese Forderung begründet: "Der tüchtige Mensch ... welcher unter der schützenden Institution des privaten Eigentumsrechts seine Fähigkeiten so anwendete, daß er sich reichlichen Vorrath an wirtschaftlichen Gütern erwarb, ... kann sicherlich verlangen, daß er dieses sein ... im freien wirtschaftlichen Wettlauf mit seinen Mitmenschen errungenes Eigenthum unter dem Schutz der Gesamtheit auch unangefochten behalte ... Niemand kann aber verlangen, daß aus solchem Eigenthume Waffen geschmiedet werden, welche die unter neuen, anders gearteten Kulturbedingungen heranwachsenden Angehörigen einer folgenden Generation von vorn herein positiv unterdrücken." 2)

c. Eigentumspolitik und Erbschaftsbesteuerung

Die vorstehenden Überlegungen sollten zeigen, daß Möglichkeiten und Pläne, die Hinterlassenschaft in irgend einer Form zu beschneiden und auch Vermögensumverteilung zu betreiben, nicht nur in unserer Nachkriegswirtschaft diskutiert wurden. Kriterium solchen Bemühens war (und ist es auch heute) eine nicht abschließend zu definierende Vorstellung von Gerechtigkeit, nichts Endgültiges, sondern nur jenes, was im Einklang mit den herrschenden Ideen der Zeit (oder in Antithese zu diesen) als gerecht empfunden wurde. Unter anderen Kulturbedingungen sind andere Antworten erforderlich - so auch heute!

Die wirtschaftliche und soziale Realität unserer Tage verweist uns auf einen Vermögensbildungsprozeß, der im Laufe der stabilen Konjunktur die Tendenz zeigt,

1) L. EINAUDI, a. a. O., S. 265: "Anstatt nach einem wohlgedachten Plane zur Verstaatlichung der Unternehmungen zu schreiten, von denen man annimmt, sie seien ... dafür am besten geeignet, würde der Staat in den Besitz von über das ganze Land zerstreuten Grundstücken und Hausanteilen, von Aktien und Obligationen, von Tausenden der verschiedensten Unternehmungen und von öffentlichen Schuldtiteln gelangen. Ein gigantisches Amt mit lokalen Zweigstellen, mit Vollmachten an Organisationen von Bauern, Mietsparteien und Arbeitern müßte zur Verwaltung eines so zusammengewürfelten Vermögens geschaffen werden."

2) K. UMPFENBACH, a. a. O., S. 42/43.

die neu geschaffenen Vermögen in Händen weniger Großer zu konzentrieren. Diese Vermögensakkumulation ist ein Vorgang, der sich zum Großteil auf drei Ursachen-
gruppen zurückführen läßt: auf die Sachgesetzlichkeit des (kapitalistisch-) markt-
wirtschaftlichen Systems selbst, auf bestimmte Verhaltensweisen der Konsumenten
und auf eine ganz bestimmte Steuer- und Wirtschaftspolitik. Das Ergebnis des
Prozesses wird als ungerecht empfunden, eine Korrektur erstrebt, hier mittels inter-
ventionistischer Steuerpolitik.

Diesem Steuerinterventionismus zum Zweck einer gerechten Vermögensverteilung
liegt die Einsicht zu Grunde, daß breite Vermögensstreuung kein primäres Ziel der
Wirtschaftspolitik sein kann, sie würde mit anderen Zielsetzungen kollidieren. Wei-
ter wird das Wirtschaftssystem als ordnungspolitische Entscheidung zum Datum er-
hoben und als solches anerkannt, gesehen, daß die Verhaltensweisen der Wirtschafts-
subjekte nur schwerlich wirtschaftspolitischer Beeinflussung zugänglich sind (insbe-
sondere die Sparneigung der Arbeitnehmer, um die es hier geht), und daß dieser
Akkumulationsprozeß in seiner einseitigen Ausrichtung durch einfache Umorientie-
rung oder Kehrtwendung der Steuerpolitik nicht reversibel ist. Hieraus wird gefol-
gert, daß weniger Strukturpolitik als Korrektur des Ergebnisses, eben durch Steuer-
interventionismus, das adäquate Mittel sei. Nur insoweit mit der Erbschaftsteuer
Produktiveigentum erfaßt wird, ist sie eigentumspolitisch legitimiert, nur insoweit
ließe sich die Progression der Erbanfallsteuer, wie sie heute in Deutschland prak-
tiziert wird, verschärfen. Es wäre geradezu eine Umkehrung der dritten Richtung
des Rignano-Planes; nicht die Villa, Haus und Hof, von Generationen ererbt, sol-
len besteuert werden, sondern das 'Nebenprodukt' des wirtschaftlichen Wachstums,
der Vermögenseffekt der volkswirtschaftlichen Investitionsquote. Hierin negative
Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft zu konstatieren, ist nur möglich, wenn
der Nachweis erbracht wird, daß der Vermögenseffekt mit ein Investitionsmotiv
ist. Zumindest für den vom Management beherrschten Bereich der Wirtschaft ist
dieser Nachweis nicht zu führen.

Prinzipiell wäre die Nachlaßsteuer mit stark progressiven Sätzen, gestaffelt nach
der Höhe der Hinterlassenschaft von Produktivvermögen, der Erbanfallsteuer vor-
zuziehen, denn der Nachlaß und nicht Teile desselben, die verschiedenen Erben
zufallen, ist Objekt der Redistribution. Die zu erwartende Tendenz, gerade diese
Vermögensteile, die die Progression entscheidend bestimmen, abzustoßen, wäre
eigentumspolitisch ein positiver Primäreffekt.

Nicht nur die Aufbringung, auch die Verwendung müßte im Sinne breiter Eigen-
tumsstreuung effektiv werden. Dabei ist die Frage, mit Hilfe welcher Institutio-
nen dieser zweite Teil der Redistribution zu bewerkstelligen sei (Sozialkapital-
fonds etwa, oder einfach teilweise oder ganze Absetzung gekaufter Wertpapiere
von der Lohnsteuerschuld des Arbeitnehmers usw.), nicht ausschlaggebend, wenn
auch der Gedanke des Vermögenstransfers institutionell zu verankern wäre.

d. Die Vermögensteuer

Die zuvor skizzierte Erbschaftsbesteuerung bedarf einer Ergänzung durch eine entsprechende Vermögensbesteuerung. Die Entsprechung läge in einer steuerlichen Diskriminierung von Vermögensumschichtungen, sofern diese in ihrer Auswirkung über den dargelegten Primäreffekt hinausgehen. Diese Probleme sind primär solche der Abstimmung eines Steuersystems und der notwendigen Kongruenz der einzelnen Steuern mit dem Steuerzweck.

Wir wenden uns hier der Frage zu, inwieweit die Vermögensteuer als Instrument der Vermögensredistribution interpretierbar ist. Als nominelle Vermögensteuer fungiert sie in unserem Steuersystem als Ergänzung zur Einkommensteuer. "Im Gegensatz zur Erbschaftsbesteuerung vermag eine (nominelle, Vermögensteuer im allgemeinen weniger einer Veränderung der Besitz- als der Einkommensverhältnisse zu dienen, ist doch ihre Hauptfunktion in der Hoherbelastung fundierter Einkünfte zu erblicken." ¹⁾

Die Vermögensteuer, bei den Kapitalgesellschaften nach dem für diese effektiv werdenden proportionalen Satz (Fortfall der Freibeträge) erhoben, fällt unter das Verdikt überwälzbar. Hier sind sich selbst FOEHL und HAEUSER einig, wobei lediglich die Akzente verschieden gesetzt werden. So stellt FOEHL fest "Daß die Vermögensteuer von allen Unternehmungen, welche Knappheitsgewinne erzielen, in gleicher Weise wie die Gewinnsteuer durch Kapazitätswahl abgewälzt wird, darf man als sicher annehmen. Abgewälzt wird ferner die auf das Vermögen der Körperschaften erhobene Vermögensteuer von denjenigen Kapitalgesellschaften, welche nur Kostendifferenzgewinne erzielen." ²⁾ Für FOEHL fraglich wird es bei den Personalgesellschaften, wobei selbstredend eine Abwälzung bei privaten Haushalten nicht anzunehmen ist. HAEUSER ist vorsichtiger. Er nimmt als Regelfall an, daß Kapitalgesellschaften auf lange Sicht einen Gewinn erwirtschaften müssen, der die Vermögensteuer und die Vermögensabgabe deckt, ³⁾ was allerdings noch nicht besage, "daß diese Steuern von den Kapitalgesellschaften in Bausch und Bogen überwälzt werden können..." ⁴⁾

Neben der gegebenen Überwälzungsmöglichkeit bei den Kapitalgesellschaften verweist FOEHL auf folgendes: "Gemessen an einer durchschnittlichen Wachstums-

-
- 1) F. NEUMARK, Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, a. a. O., S. 150.
 - 2) C. FOEHL, Ursachen und Beeinflußbarkeit der Vermögenskonzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 22, Berlin 1961, S. 175.
 - 3) Vgl. K. HAEUSER, a. a. O., S. 1112.
 - 4) K. HAEUSER, a. a. O., S. 1113.

rate des privaten Vermögens von 3 bis 5 vH pro Jahr, stellt eine jährliche Vermögensteuer von 1 vH, insofern sie nicht abwälzbar ist, eine recht erhebliche Korrektur dar. Bedenkt man jedoch, daß die Vermögen mit kleinerem Wachstum durch eine solche Abgabe sehr schwer getroffen werden, während für die sehr viel schneller wachsenden Vermögen der marktbeherrschenden Unternehmungen und der Finanzkonzerne die Korrektur unbedeutend ist, so wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß sie eher konzentrationsfördernd als ausgleichend wirkt." ¹⁾ Die nominelle Vermögensteuer, abwälzbar gerade bei jenem Destinatar, bei dem unter redistributivem Aspekt die Inzidenz beabsichtigt und erwünscht wäre, die in entscheidenden Bereichen konzentrationsfördernd wirkt, ist somit ungeeignet, dem eigentumspolitischen Zweck zu dienen. Die Beurteilung der realen Vermögensteuer impliziert deren Charakterisierung durch die Finanzwissenschaft, sowie die prinzipielle Frage, ob sie tatsächlich aus dem Realvermögen bezahlt wird. "Reelle Vermögensteuern," so meint GERLOFF, "d. h. Steuern von solcher Höhe, daß sie allgemein nicht aus dem Ertrag, sondern nur durch Hergabe eines Teiles des Vermögens geleistet werden können, sind seit jeher das finanzpolitische Mittel primitiver Wirtschaftsverhältnisse, katastrophaler Notlagen oder ochlokratischer Zustände gewesen." ²⁾ In einer solchen Steuer geht die der Besteuerung im allgemeinen inhärente Eleganz des Mittelentzugs insofern verloren, als der Steuersatz so hoch zu sein hat, daß generell eine Überwälzung nicht mehr möglich ist, was zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Friktionen der verschiedensten Art führen muß. Realiter ist eine Bezahlung der Steuer aus dem Vermögen nur dann reibungslos gewährleistet, wenn die Steuerschuld in Anteilsrechten tilgbar ist. Die Finanzierung dieser Steuer bedingt einen verstärkten Wandel in der Finanzierungsstruktur, von der Eigen- zur Fremdfinanzierung, was wiederum die Hilfe des Banksystems erfordert. Aber gerade diese Kreditausweitung hat eine Geldpolitik zur Voraussetzung, die ihrerseits die Chancen der Überwälzung erhöht und damit die Wirkung einer realen Vermögensteuer der der nominellen annähert. Unter Beachtung dieser Zusammenhänge wollen wir die speziellen Maßnahmen im Deist-Plan weiter diskutieren, soweit sie sich mit der vorgeschlagenen Vermögenszuwachssteuer befassen.

3. Die speziell steuerlichen Maßnahmen im Deist-Plan

Ergänzend zu den bereits dargelegten generellen Maßnahmen schlägt DEIST spezielle Maßnahmen vor, denn: "Trotzdem werden erhebliche Wachstums- und

1) C. FOEHL, a. a. O., S. 174/175.

2) W. GERLOFF, Die öffentliche Finanzwirtschaft, Bd. 2, Frankfurt/Main, 2. Auflage 1950, S. 58.

Markulagengewinne, d. h. Selbstfinanzierung und Vermögensbildung in Großunternehmen, in einem Umfang bestehen bleiben, der weithin als ungerecht und untragbar angesehen werden muß." ¹⁾ Vermögenszuwachssteuern und Erbschaftsteuern sollen Abhilfe schaffen, "Vermögenszuwachssteuern und Erbschaftsteuern sind Vermögensabgaben. Es liegt daher der Gedanke nahe, die Vermögensabgabe durch die Abgabe von Vermögensanteilen entrichten zu lassen. In vielen Fällen sind die Unternehmungen und die Erben von Großvermögen ... auch nicht in der Lage, ihre Abgabeschuld bar zu bezahlen." ²⁾ Aus diesem Grunde ist DEIST für eine bewußte Förderung der Entrichtung in Anteilsrechten, die alternativ neben die Barentrichtung tritt. Was die Erbschaftsbesteuerung anbelangt, sei auf bereits Dargelegtes verwiesen, wobei nochmals hervorzuheben ist, daß eine einschneidende Besteuerung der Großvermögen beim Eintreten des Erbfalls, sinngemäß als Nachlaßsteuer konstruiert, erweitert durch die Möglichkeit der Entrichtung von Anteilsrechten, der Wirtschaftspolitik durchaus ein wirksames Instrument zur Vermögenskorrektur anhand geben würde.

Die von DEIST vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer vermag indessen nicht zu überzeugen, es sei denn insoweit, als sie beim Gleitze-Plan diskutiertes wiederholt.

Soweit es sich um eine nominelle Vermögenszuwachssteuer handelt, stellt sich das Problem der Überwälzung anders als bei der Vermögensteuer. Hier ist die Steuerbemessungsgrundlage der Zuwachs. Die Abwälzung durch Kapazitätswahl ist dann nicht voll anzunehmen, wenn die Konkurrenz auf dem Markt keine, oder nur eine geringere Vermögensakkumulation vornimmt. Statisch gesehen erhält diese durch die Einführung der Steuer, die sie nicht, resp. in geringerem Ausmaß, trifft, einen Kostenvorteil, dessen sie sich aber begibt, wenn sie daraufhin ihren Marktanteil durch Kapazitätsausweitung erhöht, und zwar vollständig bei Eigenfinanzierung, bei Fremdfinanzierung vermindert um den erhöhten Zinsaufwand. Diese knappe Überlegung deutet darauf hin, daß es schwieriger ist, eine Vermögenszuwachs- als eine Vermögensteuer zu überwälzen. Ob diese Aussage sich in der Realität verifizieren läßt, hängt wesentlich ab von der Struktur des Marktes auf der Angebotsseite. Bei einem Monopolanbieter sind die Überlegungen gegenstandslos. Teilen sich einige Große den Markt, erweisen sich die Überwälzungschancen als günstiger gegenüber einer Konstellation, bei der viele Kleine und ein Großer sich das Angebot teilen, immer unter der Annahme einer größeren relativen Expansionsrate bei den Großunternehmen. Im letzten Fall ist zu bedenken, daß kleinen Firmen eine Fremdfinanzierung kostspielig zu stehen kommt. Der Unterschied in der Überwälzungschance der beiden Steuern liegt

1) H. DEIST, a. a. O., S. 437.

2) H. DEIST, a. a. O., S. 437.

darin begründet, daß die Vermögenszuwachssteuer, anders als die Vermögensteuer, eine Gewinnsteuer ist.

DEISTs Vorschlag hinsichtlich der Vermögenszuwachssteuer impliziert, daß Gewinnsteuern nicht überwälzbar sind. Diese Gewinnsteuer soll Großunternehmen, die Wachstums- und Marktlagengewinne erwirtschaften, treffen, aber gerade diese können generell derartige Steuern am leichtesten abwälzen.

Abschließend ist die Veränderung der Steuerlast zu beurteilen, welche bei Einführung einer Vermögenszuwachssteuer zu erwarten wäre. Daß diese nicht allzu gravierend ist, zeigt folgende Überlegung: FOEHL nimmt einen durchschnittlichen jährlichen Vermögenszuwachs von 3 bis 5% an.¹⁾ Bei einem Steuersatz für natürliche Personen von 1% auf das Gesamtvermögen, entspräche dies, bei einem Zuwachs von 5% pro Jahr, einem Satz von 21% vom Vermögenszuwachs. Wächst das Vermögen jährlich nur um 3%, dann kommt die derzeitige Besteuerung des Gesamtvermögens einer Besteuerung des Zuwachses mit 34,3% gleich. Dieser Satz läge über dem von DEIST genannten Höchstsatz. Bei Körperschaften mit einem veranlagten Vermögen über DM 500.000 beträgt der Vermögensteuersatz 2,5%. Bei einem Zuwachs von 10% pro Jahr, entspräche dieser Satz einem solchen von 27,5% auf den Zuwachs. Es ist nicht ersichtlich, ob DEIST die Vermögenszuwachssteuer an die Stelle der teilweise konzentrationsfördernd wirkenden Vermögensteuer setzen will - in diesem Falle ließe sich der konzentrationsfördernde Effekt vermeiden - oder ob sie zusätzlich eingeführt werden soll, was im günstigsten Falle im Durchschnitt mit einer annähernden Verdoppelung der Tarife gleichzusetzen wäre. Im ersten Fall erfahre das Steuersystem eine distributionspolitisch positive Weiterentwicklung. Die Vermögenszuwachssteuer von DEIST könnte demnach als ein Beitrag zu einer gerechteren Steuerlastverteilung aufgefaßt werden, da sich auch das Problem der Überwälzung bei dieser weniger scharf stellt als bei der Vermögensteuer. Erstere hätte im zweiten Fall die angeführten Bedenken gegen sich.

4. Der Vorschlag von FOEHL

(a) FOEHLs Vorschlag ist zweistufig. Ausgehend von einem Vorschlag zur Steuerung der Verbrauchsneigung, wird dessen Effizienz durch Manipulationen mit einer zusätzlichen Staatsverschuldung erhöht.²⁾

Eine Steuerung der Verbrauchsneigung, so meint FOEHL, ist neben Beeinflussung der primären personellen Verteilung und neben der Korrektur der individuellen Bruttoeinkommen (durch progressive Einkommensteuern) die dritte Möglichkeit,

1) Vgl. C.FOEHL, a. a. O., S. 174/175.

2) Vgl. C.FOEHL, Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung. Finanzarchiv, N.F.Bd. 19, 1958/59, S. 132-156.

in den Prozeß der Vermögensbildung mit marktwirtschaftlichen Mitteln einzugreifen. Diese drei Möglichkeiten sind keineswegs eine neue Erkenntnis, bereits im Schreiber-Plan sind sie uns begegnet, insbesondere die dritte Maßnahme: aber FOEHL bietet eine theoretisch einwandfreie, von ideologischen Aussagen unbelastete Analyse.

Beeinflussung der personellen Primärverteilung, indem Teile des funktionalen Unternehmensgewinns dem Arbeitseinkommen zugeschlagen werden, etwa durch Bezahlung höherer Löhne als die des Grenzproduzenten, durch Ergebnisheteiligung etc., sowie Korrektur der individuellen Bruttoeinkommen durch eine Einkommensbesteuerung mit stark progressiven Sätzen, laufen auf eine Nivellierung der Nettoeinkommen hinaus. Maßnahmen zur Vergleichmäßigung der Nettoeinkommen bewirken, "falls sie nicht zugleich durch eine Maßnahme der dritten Art ergänzt werden, eine Verminderung der gesamten Vermögensbildung und damit eine Verzögerung des Wachstums." ¹⁾ Die Argumentation ist einleuchtend: Nivellierung der Nettoeinkommen geht zunächst zu Lasten der Sparrate, da die Begünstigten eine geringere Sparneigung haben als die Benachteiligten. Aber die Argumentation darf hier noch nicht enden. Es wäre weiter zu folgern, Dies geht zwar zu Lasten der Vermögensbildung der betreffenden Periode, aber durch das Anwachsen der Verbrauchsausgaben werden zusätzliche Investitionen induziert, die sich in der nächsten Periode als Vermögenszuwachs niederschlagen.

Maßnahme zwei, eine stark progressive Besteuerung geht ebenfalls zu Lasten der Vermögensbildung, oder wohl richtiger, der Sparkapitalbildung, endgültig jedoch nur, wenn diese Steuermehreinnahmen gehortet, dem Kreislauf entzogen werden. Diese Mehreinnahmen können jedoch in die verschiedensten Verwendungen fließen: Erhöhung der Transferzahlungen, zusätzlicher Staatsverbrauch mit parallelen Wirkungen wie bei der ersten Maßnahme, oder Erhöhung der staatlichen Vermögensbildung. Gegen die Argumentation von FOEHL steht ebenfalls die These von DOMAR und MUSGRAVE, daß bei proportionalem Steuersatz und Bestehen der Möglichkeit des Verlustvortrages aus früheren Perioden die Risikobereitschaft der Unternehmer mit zunehmender Höhe des Steuersatzes wächst. ²⁾ Diese These wird durch das Beispiel Schwedens untermauert, das zeigt, "daß trotz ungewöhnlich hoher Einkommensteuersätze die Investitionen ein Ausmaß erreichten, welches schließlich nur durch eine Besteuerung der Investitionen selbst in Grenzen gehalten werden konnte." ³⁾

1) C. FOEHL, a. a. O., S. 140.

2) Vgl. E. D. DOMAR u. R. A. MUSGRAVE, Proportional Income Taxation and Risk-Taking. Quart. Journal of Economic, Vol. 58, 1944, S. 388 ff., insbes. Figur VII, S. 416.

3) K. HAEUSER, Steuerliche Beeinflussung der Einkommens- und Vermögenskonzentration, a. a. O., S. 1111.

FOEHL schlägt jedoch vor, und hier können wir ihm folgen, Maßnahme eins und zwei mit Maßnahme drei zu kombinieren. Dadurch wird weder eine forcierende noch retardierende Wirkung auf die Zuwachsrates des Sozialprodukts ausgelöst. "Die Arbeitnehmer erhalten größere Nettoeinkommen, aus denen sie einen höheren Anteil sparen. Die gesamten Verbrauchsausgaben bleiben unverändert." ¹⁾ Und nun das bereits bei SCHREIBER Beschworene: "Es tritt eine erstaunliche Konsequenz ein: Die Arbeiter werden an der Vermögensbildung der Volkswirtschaft beteiligt, ohne daß sie darum ihren Verbrauch gegenüber vor dem Ergreifen der Maßnahmen üblichen auch nur um das geringste einzuschränken brauchten." ²⁾ Soweit sind Föhl- und Schreiber-Plan identisch.

(b) Zur Steuerung der Verbrauchsausgaben in der Praxis gedenkt FOEHL die derzeitige Umsatzsteuer in eine direkte Besteuerung der Arbeitseinkommen umzuwandeln, anstelle einer indirekten eine direkte Steuer also: "Der Grundgedanke des Vorschlags, die Umsatzsteuer in eine zusätzliche Besteuerung der Arbeitseinkommen umzuwandeln, ist einfach. Die auf diese Weise entstehende Höhe der Lohnsteuer würde es erlauben, notfalls Ersparnisse aus Arbeitseinkommen bis zur Höhe von 10% dieser Einkommen steuerabzugsfähig zu machen. Der Steuerpflichtige hätte dann gewissermaßen die Wahl, die entsprechenden Beträge entweder zur Sparkasse oder zum Finanzamt zu tragen." ³⁾ Es handelt sich demnach nicht, wie bereits praktiziert, um ein steuerfreies Sparen, da jene Sparbeträge vom steuerpflichtigen Einkommen absetzbar sind, sondern um ein regelrechtes Steuersparen. Drei pointiert sich stellende Fragen sind bei diesem Verfahren zu beantworten:

- (1) "Wie können konjunkturell nachteilige Folgen einer so starken Schrumpfung der Verbrauchsausgaben verhindert werden?"
- (2) "Wie verschiebt sich die Kostenstruktur der Betriebe infolge der Steuerumwandlung?"
- (3) "Wie kann bei starker Inanspruchnahme der Steuervergünstigung das Steueraufkommen auf der zur Deckung der Staatsausgaben erforderlichen Höhe gehalten werden?" ⁴⁾

Die Antworten FOEHLs: Die Schrumpfung der Verbrauchsausgaben sollte durch nominelle Einkommenserhöhungen verhindert werden, wobei individuelle Betriebs- tarife einer generellen Tarifierhöhung vorzuziehen wären. Die Kostenstruktur der lohnintensiven Betriebe würde sich sicherlich verschlechtern, da die Lohnerhöhun-

1) C.FOEHL, a. a. O., S. 141.

2) C.FOEHL, a. a. O., S. 141.

3) C.FOEHL, a. a. O., S. 151/152.

4) C.FOEHL, a. a. O., S. 151.

gen durch den Steuerwegfall nicht kompensiert werden, andere Betriebe hätten Vorteile. "Der natürliche Prozeß des Ausscheidens von Grenzbetrieben könnte auf diese Weise beschleunigt werden." ¹⁾ Dem könnte mittels Betriebstarifen entgegengewirkt werden, eine Annahme, die zumindest theoretisch nicht haltbar ist. ²⁾

Auftretende Abschwungtendenzen ließen sich durch eine Förderung der Investitionsgüternachfrage kompensieren. Ob diese Stimulierung der Investitionsgüternachfrage autonom, worauf der Terminus Förderung hinweist, oder induziert wäre, bleibt unausgesprochen. Induziert könnte diese zusätzliche Nachfrage durch die infolge Ausscheidens der Grenzbetriebe bedingte Kapazitätsausweitung der kostengünstiger produzierenden Unternehmen werden.

Die nominelle Einkommenserhöhung ist auch real vollziehbar, da ein Abwälzen über die Preise eben durch das zusätzliche Sparen dieser Einkommenserhöhung verhindert wird. Die gesparte Einkommenserhöhung ginge zu Lasten der unverteilten Gewinne. Auf die Schwächen, resp. Einschränkungen dieser Argumentation haben wir weiter oben bereits hingewiesen. ³⁾

Den Steuerausfall müßte eine zusätzliche Besteuerung der Besitzeinkommen ausgleichen. "Das ist an sich selbstverständlich, denn da ja die gesamte private Vermögensbildung durch den Plan nicht erhöht, sondern nur zum Teil auf die Bezieher von Arbeitseinkommen verlagert werden soll, muß eben die Vermögensbildung aus den Besitzeinkommen um den verlagerten Betrag durch eine höhere Besteuerung verringert werden." ⁴⁾ "Die Frage nach der prozentualen Besteuerung großer Einkommen, bis zu der man äußerstenfalls gehen kann, kennzeichnet die Grenzen, die auch dem hier vorgeschlagenen Verfahren gezogen sind." ⁵⁾

Die erste Stufe seines Vorschlages faßt FOEHL wie folgt zusammen:

"Die Höhe der gesamten Vermögensbildung einer Volkswirtschaft ist manipulierbar durch die Beeinflussung der primären Einkommensverteilung und durch die Steuerlastverteilung. Je stärker man die Bruttoeinkommen nivelliert und je mehr man die Steuerlast auf die höheren Einkommen verlagert, um so kleiner wird die gesamte private Vermögensbildung ... Manipulierbar ist auch die Verteilung der Vermögensbildung auf die Bezieher von Besitzeinkommen und die Empfänger von Arbeitseinkommen, und zwar durch die gleichen Mittel im Zusammenwirken

1) C.FOEHL, a. a. O., S. 151.

2) Vgl. H. BACHMANN, Kritische Gedanken über Gewinnbeteiligung u. Mit-eigentum, Kleine Schriften z. Sozialpolitik u. z. Arbeitsrecht, 2. Folge, H. 2, München 1953, S. 10 ff.

3) Vgl. S. 16.

4) C.FOEHL, a. a. O., S. 153.

5) Ebenda, S. 153.

mit einer Beeinflussung der Konsumneigung der Bezieher der kleinen Einkommen. Unter Aufrechterhaltung der Gesamthöhe der Vermögensbildung läßt sich ihre anteilig stärkere Verlagerung auf die Bezieher von Arbeitseinkommen bewirken durch eine Nivellierung der Nettoeinkommen bei gleichzeitiger Förderung der Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen. Eine nennenswerte Nivellierung der Nettoeinkommen ist durchführbar erstens mit Hilfe einer weitgehenden Beteiligung der Arbeitnehmer am funktionalen Unternehmensgewinn durch Einführung individueller Betriebsstarife oder einer Ertragsbeteiligung der Belegschaften und zweitens durch eine stärkere Progression der Einkommensbesteuerung. Die Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen kann wirksam gefördert werden durch eine Währungssicherung der Ersparnisse, durch die Ankündigung einer künftigen Einschränkung der Sozialversicherung und vor allem durch die Zahlung von Sparprämien und die Einräumung der Absetzbarkeit der Ersparnisse von der Steuerschuld. Der Wirkungsbe- reich der letztgenannten Maßnahme kann ausschlaggebend erweitert werden durch eine Umwandlung der Umsatzsteuer in eine zusätzliche direkte Besteuerung der Arbeitseinkommen." 1)

(c) Die zweite Stufe des Konzepts von FOEHL sieht eine zusätzliche Staatsverschuldung vor, um damit die Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern forciert voranzutreiben. "Das würde den Weg frei machen zu einer großzügigen Vermögensbildung in Arbeiterhand und damit zur Verwirklichung unseres gesellschaftspolitischen Ziels, der Ermöglichung einer 'selbstverantwortlichen Existenz' des deutschen Arbeiters." 2)

Zu dieser "selbstverantwortlichen Existenz" gehört nach FOEHL auch der teilweise Ersatz der Zwangsversicherung, gegebenenfalls eine Reduzierung derselben; eine Ansicht, die nicht nur stark sozialromantische Züge trägt, sondern auch theoretische Fehlschlüsse impliziert. 3) FOEHLs Begründung der zweiten Stufe seines

1) C.FOEHL, a. a. O., S. 153/154.

2) C.FOEHL, a. a. O., S. 156.

3) Vgl. L. WOLKERSDORF, a. a. O., insbes. zu den Vorschlägen von H. NEUMEISTER, S. 80/81.

Die Sozialversicherungsbeiträge als Zuführung zu einem Vermögensfonds zu sehen, aus dem durch Veräußerung dem Einzahler seine Existenzmittel nach Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß wieder zufließen, ist kreislauftheoretisch nicht haltbar. Derartig argumentiert FOEHL nicht. Aber sieht man in den Sozialversicherungsbeiträgen einer Periode den Konsumverzicht der Arbeitsbevölkerung zugunsten des Konsums der nicht mehr Arbeitsfähigen, dann wären sie konsequenterweise als das zu bezeichnen, was sie sind, eine staatliche Zwangsabgabe und folgerichtig die Zahlungen an die Rentner, Transferzahlungen des Staates an private Haushalte. Dadurch, daß

Planes ist theoretisch bestechend: Er opfert den Ausgleich des Staatshaushaltes durch bewußte Schaffung eines Defizits und kommt damit ex-definitione zum Ergebnis, daß damit die gesamte private Vermögensbildung identisch ist mit Investition + Forderungssaldo gegen das Ausland (bei Außenhandelsüberschuß) + Forderungen des Wirtschaftssektors gegen den Staat. Die private Vermögensbildung ist um die Staatsverschuldung größer, was die Möglichkeit ergibt, diese derart zu manipulieren, wie es "im Hinblick auf die erstrebte Bildung von Arbeitervermögen und mit Rücksicht auf den Eigenfinanzierungsbedarf der Personalgesellschaften wünschenswert erscheint." ¹⁾ "Es ist nicht nötig, daß die Summe der jährlichen Ersparnisse aus Arbeitseinkommen und der jährlichen Vermögensbildung aus Besitzeinkommen, die man mit Rücksicht auf einen 'breaking point' oder auch auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Personalgesellschaften glaubt, nicht wegsteuern zu dürfen, durch den Wert der jährlichen Sachkapitalschaffungen und der zusätzlichen Forderungen gegen das Ausland gedeckt ist;" und weiter, "daß die gesamte Vermögenshaltung des privaten Sektors beschränkt wird auf den Wert des gesamten Sachkapitals und der Auslandsforderungen," ²⁾

In bezug auf Preisstabilität meint FOEHL: "Die Aufnahme einer zusätzlichen Staatsverschuldung zum Zweck der Förderung der Vermögensbildung aus Arbeitseinkommen ist nicht inflationsgefährlich, wenn die Nachfrage nach Investitionsgütern ordnungsgemäß auf die hierfür verfügbare Spanne beschränkt wird." ³⁾ Derjenige Teil, der aus Arbeitseinkommen durch die verschiedensten Anreize gespart wird, und der sonst als ordentliche Steuereinnahme dem Staat zugeflossen wäre, nimmt in diesem Konzept der Staat als Darlehen auf und tätigt damit seine laufenden Ausgaben. Einen Einfluß auf die Verbrauchsausgaben insgesamt hat dies nicht, diese sind genau so groß, "wie sie gewesen wären, wenn die Empfänger von Arbeitseinkommen diesen Betrag nicht gespart hätten und wenn sie dafür den gleichen Betrag zur Finanzierung des gleichen Teils der Staatsausgaben hätten als zusätzliche Steuern aufbringen müssen." ⁴⁾

Konsequenzen hat eine derartige Finanzierung eines Defizits durch Emission langfristiger Staatspapiere, die von Privatpersonen gehalten werden müssen, in bezug

Fortsetzung der Fußnote 3) von Seite 73

man diesen Beiträgen den Zwangscharakter nimmt, und das richtet sich gegen FOEHL, beseitigt man nicht den realen Sachverhalt, den Konsumverzicht einer Gruppe zugunsten der Konsummöglichkeit einer anderen Gruppe.

1) C.FOEHL, a. a. O., S. 155.

2) C.FOEHL, a. a. O., S. 155.

3) C.FOEHL, a. a. O., S. 156.

4) C.FOEHL, a. a. O., S. 156.

auf den langfristigen Zinssatz. Weiter wird die Geldpolitik in einer bestimmten, von der konjunkturellen Situation unabhängigen Richtung festgelegt, so daß sich die grundsätzliche Frage stellt, ob eine derartige Politik nicht mit anderen wesentlichen Aufgaben kollidiert.

5. Kritik des Vorschlages von FOEHL

a. Anmerkungen zum Ersatz der Umsatzsteuer durch direkte Besteuerung der Arbeitseinkommen

Die Substitution der Umsatzsteuer durch die direkte Besteuerung der Arbeitseinkommen schafft eine als äußerst ungerecht, weil regressiv wirkend, empfundene Steuer zu Gunsten einer direkten Steuer ab. Hierfür spräche zunächst die These MEISELs, die behauptet: "Es gibt keine demokratischere und keine humanere und keine sozialere Steuer als die Einkommensteuer." ¹⁾

Verteilungspolitisch positiv zu bewerten ist eine derartige Steuersubstitution dann, wenn sichergestellt ist, daß ein und dieselbe Steuerlast von ein und demselben Teil der Bevölkerung inzidenzmäßig getragen, durch die neue Steuer nach dem Kriterium einer gerechten Steuerlastverteilung nun zweckrationaler (im Sinne dieses Kriteriums) auf dieselbe Bevölkerung verteilt werden würde. Es bleibt unangefochten, daß durch die Überwälzungsvorgänge die Umsatzsteuer von Arbeitnehmerhaushalten nicht ihrer Leistungsfähigkeit sondern ihrem Konsum entsprechend getragen wird, aber eben nicht ausschließlich. Hundertprozentig kann und wird die Umsatzsteuer nicht überwält werden. ²⁾ Durch den Vorschlag FOEHLs wäre die Überwälzung, bei Wegfall ihres regressiven Effekts, zu 100% sichergestellt.

An Stelle der Unternehmungen (zu dem Teil, der nicht überwält werden konnte) und der Gesamtheit der privaten Haushalte trügen nach der neuen Konstruktion lediglich die Arbeitnehmer die Steuerlast. Diese negative Wirkung soll nachfolgend gerade in ihr Gegenteil verkehrt werden; worauf es hier aber ankommt, ist zu zeigen, daß der Primäreffekt bereits auch eine Begünstigung, nämlich Steuerbefreiung, bestimmter Gruppen zur Folge hat. Diese Wirkung ist quantitativ umso größer, je kleiner der Quotient aus der Summe der Arbeitnehmerhaushalte und der Summe der privaten Haushalte einerseits ist und je größer der vorherige prozentuale Anteil der nicht überwältbaren Umsatzsteuer war.

1) F. MEISEL, cit. nach F. NEUMARK, Motto zu: Theorie und Praxis moderner Einkommensbesteuerung, Bern 1947.

2) Vgl. K. HAEUSER, Steuerliche Beeinflussung... a. a. O., S. 1123.

Festzustellen ist weiter, daß das Steueraufkommen auch in seiner zeitlichen Entwicklung, nach den Richtlinien der Einkommensbesteuerung erhoben, quantitativ andere Ausmaße annimmt, als ein solches nach den Richtlinien der Umsatzsteuer-gesetzgebung erhobenes. Mithin verändert sich auch die Steuerlast und weiter deren Verteilung auf die Steuerträger. Die Zahl der Steuerträger wird reduziert und auf diese die Steuerlast gerechter verteilt. Für einen quantitativ geringen aber doch leistungsstarken Teil entfällt die Besteuerung. Der Primäreffekt würde demnach lediglich in der Gruppe der Arbeitnehmer zu einer gerechteren Besteuerung führen im Vergleich zu anderen Gruppen, die zuvor die Steuerlast mittragen, erstere benachteiligen.

b. Föhl-Vorschlag versus Schreiber-Plan

Der Vorschlag FOEHLs bietet für eine Reihe von Fragen praktikable Lösungen an, die im Schreiber-Plan der Marktautomatik und dem guten Zuspruch überantwortet wurden und stellt insofern ebenfalls eine treffende Kritik der Thesen SCHREIBERs dar.

Zunächst gibt FOEHL zu bedenken, daß der Weg über eine generelle Lohnerhöhung, selbst wenn diese gespart wird, nicht von vornherein die unverteiltten Gewinne der Unternehmen beeinflusst. Durch eine generelle Lohnerhöhung steigen die Produktionskosten und wird diese gespart, so bleiben die Verbrauchsausgaben konstant. Dies zwingt Grenzproduzenten zum Ausscheiden. "Die Kapazitätsausnutzung der Wirtschaft würde sinken, wenn nicht durch eine erhöhte Nachfrage nach Investitionsgütern für eine entsprechende Erhöhung der Gesamterlöse gesorgt würde. Geschieht dies, so wird das durch die Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen gebildete Arbeitervermögen zusätzlich geschaffen," ¹⁾ Die Vermögensakkumulation bei den Unternehmen wird also nicht eingeschränkt, es sei denn, man nimmt an, daß die Gewinnpolster so groß sind, daß aus ihnen, ohne daß es zu einem Ausscheiden von Grenzbetrieben kommt, die Lohnerhöhungen finanziert werden können. Nach SCHREIBER ist dies eine "Existenzbedingung der freien Wirtschaft." Dieser These ist schwerlich zu folgen, denn obwohl die Gewinnpolster allgemein ziemlich hoch sein dürften, ist deren Höhe nicht nur von Branche zu Branche, sondern auch von Unternehmen zu Unternehmen recht unterschiedlich. Es wird immer solche Unternehmen geben, die kaum eine Verzinsung ihres Kapitaleinsatzes erreichen. So dürfte die These FOEHLs, die die Anpassungsprozesse in der Produktionssphäre mit in Betracht zieht, zumindest tendentiell zutreffend sein.

Konsequenterweise geht FOEHL mit seinem Vorschlag auch weiter als SCHREIBER und begnügt sich nicht mit einer generellen Lohnerhöhung und bestimmten Prak-

1) C. FOEHL, a. a. O., S. 142.

tiken, diese zur Ersparnisbildung werden zu lassen. Der nächste ergänzende Schritt besteht darin, über die Änderung der Steuerlastverteilung nun die gesamte Vermögensbildung zu manipulieren. Ist es gelungen, die Einkommenserhöhung der Sparbildung zuzuführen, so kann die erste Maßnahme dadurch abgesichert werden, daß in Höhe der zusätzlichen Ersparnis die Steuerlast von den Beziehern von Arbeitseinkommen auf die Bezieher von Besitzeinkommen verlagert wird. Gelingen kann dies nur, das muß kritisch angemerkt werden, wenn dadurch nicht die wirtschaftliche Aktivität, konkreter, die Investitionsneigung, tangiert wird. Die Gewinnmargen sind von zwei Seiten unter Druck gesetzt: einerseits gesamtwirtschaftlich gesehen durch das Verstopfen der Möglichkeit der Preiserhöhung und andererseits durch eine höhere Besteuerung. Die Annahme dürfte begründet sein, daß ein derartiges Vorgehen, unterstützt durch eine entsprechende Geldpolitik, wenn überhaupt, dann nur in ganz bestimmten konjunkturellen Situationen geboten erscheint. Hierauf werden wir später noch zurückkommen. ¹⁾

c. Das Problem des Zwangssparens

Hier bietet FOEHL nur scheinbar eine Lösung. "So sehr die Bildung privater Vermögen in Arbeiterhand als Grundlage der Selbstvorsorge erwünscht ist, sie erfüllt ihren gesellschaftspolitischen Zweck nur dann, wenn sie freiwillig geschieht. Alle Pläne, durch die eine Ersparnisbildung aus den Arbeitseinkommen 'erzwungen' werden soll, gehen deshalb am eigentlichen Ziel vorbei ..." ²⁾ Soweit die Feststellung FOEHLs.

Die seinem Vorschlag zugrunde liegende Alternative, entweder den Mehrlohn zu sparen oder aber in Höhe der nicht getätigten Ersparnis Steuern zu zahlen, ist keine echte Wahlmöglichkeit. Wäre sie dies, dürfte die Sanktion, die das unerwünschte Verhalten trifft, nicht zu einer hundertprozentigen Konfiskation führen. Der Vorwurf fällt also auf FOEHL selbst zurück. Es handelt sich bei seinem Vorschlag um die Auflegung einer Zwangsanleihe. Den Einzahlungsverpflichtungen kommen die Arbeitnehmer dadurch nach, daß sie ihre nominelle Einkommenserhöhung sparen und diese gesparten Beträge ihrerseits an der um die frühere Umsatzsteuer erhöhten Lohnsteuerschuld absetzen können.

Der Vorschlag FOEHLs erweist sich als eine Konzeption, die über Einkommenserhöhung und Zwangssparen einerseits und durch zusätzliche Besteuerung der Besitzeinkommen andererseits versucht, die Verteilung des Realvermögenszuwachses breit zu streuen. Dabei ermöglicht die Festlegung in der Verfahrensweise, auch diesen Aspekt kritisch zu untersuchen.

1) Vgl. S. 79 ff.

2) C.FOEHL, a. a. O., S. 142.

Dem gesellschaftspolitischen Ziel aber, von dem auch FOEHL zu berichten weiß, wird nicht entsprochen. Dies scheint kein Nachteil zu sein, denn dieses Ziel ist mehr als problematisch.

d. Die "utopische" Komponente

FOEHLs Vorschlag enthält sowohl durch die Steuersubstitution wie durch die zusätzlich zu schaffende Staatsverschuldung eine mehr oder weniger utopische Komponente. Beides ist nicht zwingend. Wir haben bereits festgestellt, daß der Staat an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung schon Jahre einen Anteil von über einem Drittel inne hat, welcher über den laufenden Haushalt durch Steuern finanziert wird. Der staatliche Anteil an der Realinvestition schwankt um ein Sechstel.

Es besteht demnach die Möglichkeit, ohne zusätzliche Besteuerung und ohne Schaffung einer zusätzlichen Staatsschuld, durch Umwandlung von ordentlichen Einnahmen in außerordentliche in teilweiser Höhe des bisherigen Lohnsteueraufkommens Arbeitnehmervermögen anstelle von Staatsvermögen zu schaffen. Die Vermögensakkumulation in der Wirtschaft allerdings wäre nicht tangiert. Schwierigkeiten, die aber nicht gegen den Grundgedanken sprechen, ergeben sich aus der Aggregation, die hier als "Staat" bezeichnet wird und die Gesamtheit der öffentlichen Haushalte umfaßt.

Bezieht man diesen naheliegenden Gedanken in die Konzeption FOEHLs mit ein, so ließe sich unschwer ein Modellfall konstruieren, von dem aus, unter Vermeidung von Friktionen, ein Anfang gemacht werden könnte. Wird ein defizitärer Haushalt zum Zweck breiter Vermögensbildung gefordert, soll der Staat durch seine zukünftige Steuerkraft dieses Vermögen verbürgen, dann ist, da dieser selbst zu einem wesentlichen Teil über seine ordentlichen Steuereinnahmen an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung partizipiert, folgerichtig, daß zunächst durch Transferierung von Eigentumstiteln genau dasselbe Ziel sich erreichen läßt. Daß es sich hierbei um ein Geschenk handelt, ist hier wie bei FOEHL gleichermaßen offensichtlich. Dies besteht im Erlaß der Steuerzahlung gegen Übernahme einer Einzahlungsverpflichtung auf eine Zwangsanleihe.

Vermögen in Arbeitnehmerhand könnte allerdings nur zu Lasten der öffentlichen Hand und gebunden an die Höhe des Lohnsteueraufkommens gebildet werden. Es sollen hier nicht die Schwierigkeiten diskutiert werden, die sich aus der Progression des Einkommensteuertarifs, durch die Kinder- und sonstigen Freibeträge etc. ergeben, sie sind unschwer im Hinblick auf die neue Zwecksetzung zu lösen; diese Überlegungen sollen vielmehr zeigen, daß dem Vorschlag FOEHLs eine Stufe vorzuschalten wäre, um im Rahmen des bereits Gegebenen Eigentumspolitik, wenn auch in bescheidenem Ausmaß, zu praktizieren.

Ein Ausgangspunkt wäre gewonnen, um nachfolgend, entsprechend dem Anliegen FOEHLs, auch die Kapitalakkumulation in der Wirtschaft in den Griff zu bekommen. ¹⁾

e. Anmerkungen zur Forcierung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Schaffung eines Budgetdefizites

(1) Hier wäre zunächst die Konsequenz folgender Aussage aufzuzeigen: Die gesamte private Vermögenshaltung wird nicht begrenzt durch den Wert des gesamten Sachkapitals und des Forderungssaldos gegenüber dem Ausland, sondern hinzu können die Forderungen gegen den Staat treten. Das Wesen einer inländischen Staatsschuld besteht darin, daß, generell gesehen, die Gesamtheit der Staatsbürger Schuldner wie Gläubiger ist. Demnach ist nicht falsch, wenn FOEHL behauptet: "Durch die planmäßige Aufnahme einer zusätzlichen Staatsverschuldung öffnen sich der Schöpfung von Arbeitervermögen geradezu unbegrenzte Möglichkeiten." ²⁾ Entscheidend ist, daß die Zäsur erkannt wird: Schöpfung von Arbeitervermögen durch Schaffung eines Budgetdefizits heißt logischerweise dem Arbeitnehmer gegenüber dem Staat die Gläubigerposition zuzuweisen. Nur unter Annullierung des Zwecks einer derartigen Politik kann er auch in die Schuldnerposition hinein kommen. Folglich ist in Höhe der aus verteilungspolitischen Gründen geschaffenen Staatsschuld eine potentielle Belastung der Steuerquelle aus Einkommen (und Besitz) der Nicht-Arbeitnehmer eingetreten. Hier stellt sich wieder die Frage nach dem "breaking point". Es ist überzeugend, daß ein derart motiviertes Defizit keine inflationistische Tendenz auslöst, "wenn die Nachfrage nach Investitionsgütern ordnungsgemäß auf die hierfür verfügbare Spanne beschränkt wird", ³⁾ aber es ist nicht zu sehen, warum nicht die Beschränkung sondern das Gegenteil eine ernste Folgeerscheinung werden könnte. Hier bedarf es weiterer theoretischer Erörterungen.

(2) Zu Beginn empfiehlt es sich, das Problem zunächst einmal mit finanzwissenschaftlichen Begriffen abzustecken. ⁴⁾

- 1) Es erscheint zweckadäquat, diese Lösung einer Steuersenkung, vor allen Dingen einer generellen, vorzuziehen, denn mit der bloßen Substituierung der staatlichen Vermögensbildung durch private ist das Problem der breiten Streuung nicht gelöst. Vgl. hierzu auch W. SCHREIBER, a. a. O., S. 61 ff.
- 2) C.FOEHL, a. a. O., S. 155.
- 3) C.FOEHL, a. a. O., S. 156.
- 4) Wir bedienen uns der von MUSGRAVE angewandten Terminologie, vgl. R. A. MUSGRAVE, Theorie der öffentlichen Schuld, im Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 3, Tübingen 1958, S. 68-137.

Bei FOEHL handelt es sich um eine Konzeption defizitärer Haushaltspolitik. "Immer, wenn der Staat seine Transaktionen mit einem Defizit abschließt, werden Forderungen ausgegeben, die dem Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen gleichkommen. Die neuen Forderungen können die Form von Geld haben, ... sie können auch in der Form der öffentlichen Schuldtitel auftreten." ¹⁾

Die Maßnahme FOEHLs ist in ihrer Wirkung auf die Forderungsstruktur klassifiziert als Defizit, finanziert durch öffentliche Verschuldung. Diese öffentliche Verschuldung wiederum ist eine restingierte Schuld, da sie nur von bestimmten Kreisen, den Lohnsteuerzahlern, aufgebracht wird, werden muß, im Wege der Zwangsanleihe. Die Wirkung auf die Forderungsstruktur äußert sich also in einem Steigen der öffentlichen Verschuldung und löst keine Änderung der Geldmenge aus. Nur von einer Seite wird die Liquiditätsstruktur der Wirtschaft tangiert und ein, im Vergleich zur Geldmengenvermehrung schwächeren, expansiver Effekt ausgelöst. Wir können die Klassifikation weitertreiben durch Einführung der Begriffe reine Fiskal- und reine Liquiditätspolitik.

Unter reiner Fiskalpolitik sind die haushaltspolitischen Maßnahmen zu verstehen, die eine Steuer- und/oder Ausgabenänderung mit sich bringen, aber die Forderungsstruktur nicht berühren; während reine Liquiditätspolitik eine Änderung der Forderungsstruktur bedeutet, aber die Steuern und/oder Ausgaben nicht berührt. Reine Liquiditätspolitik, also Änderung der Forderungsstruktur, kann herrühren von einer Veränderung der Geldmenge und wäre somit reine Geldpolitik, oder von einer Änderung der öffentlichen Schuld und wäre somit reine Schuldenpolitik. FOEHLs Konzeption stellt sich dar als Maßnahme kombinierter Fiskal- und Liquiditätspolitik; als Liquiditätspolitik handelt es sich um reine Schuldenpolitik.

(3) Im folgenden sind die Wirkungen auf den Verbrauch und insbesondere auf die Investition zu analysieren. Betrachten wir die kombinierten fiskal- und liquiditätspolitischen Maßnahmen im einzelnen, so finden wir die Substitution einer Steuer durch die Aufnahme einer Zwangsanleihe. Das Moment des Zwanges, das beiden Aufbringungsarten eigen ist, unterscheidet diese in praxi kaum, eine Wirkung auf den Verbrauch läßt sich demzufolge auch nicht feststellen. Der weitere fiskalpolitische Aspekt des Vorschlages, die höhere Besteuerung der Besitzeinkommen, dürfte auch keine Wirkungen auf den Verbrauch haben. Die Entzugseffekte gehen zu Lasten der Sparrate der höher Besteuerten, während die Minderung der Steuerlast der Bezieher kleiner und mittlerer Arbeitseinkommen zu einer Aufstockung der Sparrate derselben Gruppe verwandt wird.

Umso entscheidender sind die liquiditätspolitischen Maßnahmen in ihrer Wirkung auf die Investition.

1) R. A. MUSGRAVE, a. a. O., S. 92.

(4) Hier lassen sich theoretische Einwände gegen FOEHLs Konzeption formulieren. "Änderungen in der Forderungsstruktur werden Änderungen des Zinssatzes induzieren, und diese wiederum werden Änderungen in der Investition herbeiführen,"¹⁾ Reine Schuldenpolitik verändert die Forderungsstruktur und bewirkt via Zinsfußänderung eine Veränderung der Investition.

Schuldtransaktionen schließen gegenüber der Finanzierung mittels Steuern einen freiwilligen Tausch ein, entweder Geld und Risikopapiere oder aber Güter seitens des Investors aufzugeben und Staatspapiere zu halten,²⁾ Der vordergründige Einwand dieser freiwillige Tausch sei bei FOEHL irrelevant, da es sich bei ihm um die Auflegung einer Zwangsanleihe handle, ist nicht haltbar. Wenn die Papiere marktgängig sein sollen, dann ist dieser Tausch Grundlage der Bewertung dieser Papiere am Markt. Eine zusätzliche Menge von Staatspapieren wird der Markt nur dann aufnehmen, resp., da deren Abnahme gesichert ist, nur dann nicht mit einem Disagio bewerten, wenn ein höherer Zinssatz gewährt wird.

Wir folgen hier der Argumentation MUSGRAVES und setzen diese den Thesen FOEHLs entgegen:

In der Frage der Bewertung der Staatspapiere wird es sich für den einzelnen Investor darum handeln, diese Kombination von Anlagewerten zu wählen, die "je nach der Einschätzung des Marktes und seinen Präferenzen bezüglich Gewinnchancen und Sicherheit"³⁾ ein Maximum realisiert. Betrachten wir Geld auf der einen, Konsols auf der anderen Seite, so zeigt sich, daß Geld den Investor am Steigen des Zinssatzes sofort teilhaben läßt, während die Anlage in Konsols ein sicheres vom Steigen und Fallen des Zinssatzes unberührtes Zinseinkommen garantiert. Die Entscheidung richtet sich nach den Erwartungen des Einzelnen. Exakter: Wir benötigen eine Beziehung zwischen der Höhe der Spekulationskasse, der Menge der ausstehenden Anleihen und dem Zinssatz, da die einfache Liquiditätspräferenzkurve nicht mehr genügt, denn es gilt den Besitz von Konsols genauso wie den von Geld zu erklären. Wie eine größere Geldmenge nur zu einem geringeren Zinssatz, wird eine vergrößerte Menge von Konsols nur bei entsprechend höherem Zinssatz von den Investoren absorbiert. Die Form, welche diese Beziehung im einzelnen annimmt, ist unterschiedlich, es kann jedoch folgende realistische Hypothese zum Ausgangspunkt gewählt werden: Die Investoren halten als Gruppe einen gegebenen Bruchteil ihrer gesamten, aus Geld und öffentlichen Schuldverschreibungen bestehenden Forderungen inform von Schuldtiteln (β). Aus analytischen Gründen wird die Annahme eingeführt, daß die gesamte Staatsschuld aus Konsols besteht. (Bei Papieren mit befristeter Laufzeit stellt sich die Analyse komplizierter dar, ohne prinzipiell anders auszufallen.) Die Menge an Spekula-

1) R. A. MUSGRAVE, a. a. O., S. 94/95.

2) Vgl. R. A. MUSGRAVE, a. a. O., S. 105 ff.

3) R. A. MUSGRAVE, a. a. O., S. 105.

tionskasse wird mit M_s bezeichnet, die ausstehenden Anleihen (Staatspapiere) mit D .

Unsere Hypothese läßt sich wie folgt schreiben:

$$(1) \quad \beta = \frac{D}{M_s + D} \quad \text{oder}$$

$$(2) \quad D = \frac{\beta}{1 - \beta} \cdot M_s$$

Gleichung (2) definiert den Marktwert der außenstehenden Staatsschuld. Besteht die gesamte Staatsschuld aus Konsols gilt folgende Beziehung:

$$(3) \quad D = \frac{U}{i},$$

wobei U die Gesamtsumme der vom Staat zu zahlenden Couponzinsen darstellt und i den Marktzinsfuß. Setzen wir U/i für D in Gleichung (2) ein, so erhalten wir:

$$(4) \quad \frac{U}{i} = \frac{\beta}{1 - \beta} \cdot M_s \quad \text{oder:}$$

$$(5) \quad i = \frac{U}{M_s} \cdot \frac{1 - \beta}{\beta}$$

Durch diese Gleichung haben wir die allgemeine Beziehung zwischen der Anlagepräferenz, der Geldmenge, der Gesamtsumme der Couponzinsen und dem Zinssatz definiert. Ausgehend von dieser allgemeinen Beziehung können wir über die Liquiditätspräferenz je nach konjunktureller Lage bestimmte Aussagen machen.

Nach den Kriterien der Liquiditätstheorie nimmt in Abschwungsphasen die Spekulationskasse zu, bei zunehmender Prosperität wird immer weniger Spekulationskasse gehalten.

Weitere realistische Hypothesen lassen sich über das Halten von Staatsanleihen je nach konjunktureller Lage machen: In der Aufschwungsphase ist mit zunehmender Prosperität das Halten von Staatsanleihen zunehmend weniger interessant, während im Abschwung der konstante Ertrag zunehmend mehr Gewicht erhält. Das Moment der Sicherheit, das die Anlage in Staatsanleihen auszeichnet, verstärkt diese Tendenz.

Unter diesen Annahmen wird im Aufschwung M_s abnehmen und auch β immer kleiner werden. Sowohl das eine wie das andere wirkt bei Konstanz von U auf i erhöhend. Die Maßnahmen FOEHLs verändern aber auch U , so daß aus dieser Steigerung sich eine verstärkte Zinssteigerung ergeben wird.

Sämtliche relevanten Faktoren lösen eine Zinssteigerung im Aufschwung aus. Je nach dem, wie man den Einfluß des Zinssatzes auf die Investition bewertet, wird die Investitionsneigung mehr oder weniger stark tangiert, und, was ebenso entscheidend ist, es zeigt sich, daß eigentumspolitischer und konjunkturpolitischer Mitteleinsatz in bestimmten Phasen der Konjunktur kollidieren. Wenn das speziellere eigentumspolitische Ziel dem umfassenderen Ziel der Konjunkturpolitik nicht vorgezogen wird, ist in der Phase des Konjunkturanstieges und verstärkt bei fortschreitender Prosperität eine prinzipielle Unvereinbarkeit der FOEHLschen Maßnahmen mit dem konjunkturpolitisch adäquaten Mitteleinsatz gegeben. Die konjunkturelle Situation erzwingt die Anpassung über einen steigenden Zinsfuß und nicht über eine Veränderung von β .

(5) Beziehen wir den wachstumspolitischen Aspekt mit ein, so ist von einer steigenden absoluten Höhe der Investition auszugehen. Ein steigender Zinssatz erweist sich als hemmend. Diese Steigerung ergibt sich aber aus dem Steigen der Einkommen. Ein steigendes Einkommen läßt den Zinssatz steigen, denn die Zunahme des Bedarfs an Transaktionskasse geht zu Lasten der Spekulationskasse. "Um i konstant zu halten", sagt MUSGRAVE, "muß die gesamte Geldmenge so weit erhöht werden, daß die Transaktionskasse im gleichen Verhältnis wie das Einkommen wächst".¹⁾ Unter der Annahme, daß die private Verschuldung gleich der Investition zunimmt (keine Selbstfinanzierung), muß die gesamte Geldmenge analog dem Einkommen anwachsen. Eine wachsende Wirtschaft impliziert stets eine wachsende private Verschuldung. Lassen wir hier die Maßnahmen FOEHLs einsetzen, so ergibt sich die Notwendigkeit, entweder den Zinssatz steigen zu lassen, oder aber über das wachstumspolitische Geldschöpfungsbedürfnis hinaus Geld zu schöpfen und zwar in dem Umfang, daß sich das Verhältnis U/M_s nicht verändert.

Durch diese Argumentation sind wahlweise eine von zwei der entscheidenden Thesen FOEHLs falsifiziert: Die Behauptung, ein derartiges eigentumspolitisches Vorgehen löse keine inflationistischen Tendenzen aus, oder die andere, die Investition würde nicht tangiert werden.

(6) Die Behauptungen FOEHLs ließen sich, theoretisch nicht unbestritten und von ihm selbst nicht unterstellt, stützen unter Einbeziehung des Einkommenseffektes einer zusätzlichen Staatsverschuldung. Zusätzliche Staatsverschuldung zeitigt neben dem Vermögens- auch einen Einkommenseffekt. Die Finanzierung des Defizits durch Anleiheaufnahme bei einer bestimmten Gruppe (Arbeitnehmer) gibt diesen ein wachsendes Zinseinkommen. Ändern wir unsere Annahme wie folgt ab:

1) R. A. MUSGRAVE, a. a. O., S. 114.

Die Arbeitnehmer halten als Gruppe ihre Staatsanleihen (impliziert ein steigendes β). Sie ändern ihre Konsumneigung infolge der Vermögenszunahme (in Form von Staatsanleihen) derart, daß das ganze verfügbare Einkommen konsumiert wird, und die Zinszahlungen sollen durch Besteuerung der Nicht-Arbeitnehmer aufgebracht werden.

Unter diesen Annahmen sind gegeneinander abzuwägen die wachstumsstimulierenden Faktoren einer zusätzlich steigenden Konsumgüternachfrage und die entgegengesetzten Einflüsse, die sich aus einer zusätzlichen Belastung der Besitzeinkommen für die Investitionsneigung ergeben. Die hier vollzogene Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer kann je nach dem Verhalten der Investoren wieder rückgängig gemacht werden. Induziert die erhöhte Konsumgüternachfrage tatsächlich eine erhöhte Investitionstätigkeit, so wurde dadurch der Vorteil der Arbeitnehmer in der Einkommensverteilung infolge der fehlenden freiwilligen Ersparnis sukzessive wieder abgebaut werden.

6. Weitere Möglichkeiten der Steuerpolitik

(a) Wir haben zuvor den Vorschlag FOEHLs zur Steuerung der Verbrauchsneigung dargestellt. FOEHL hat darüber hinaus die Analyse weiter vorangetrieben und insbesondere untersucht, welche Möglichkeiten bestehen, durch Gewinnbesteuerung einerseits und Einflußnahme auf die Verbrauchsneigung andererseits, den Anteil der Kontrakteinkommensbezieher am Nettovermögenszuwachs zu vergrößern. In dieser Problemstellung wird bereits im Ansatz eine kreislauftheoretische Fehlinterpretation, wie sie SCHREIBER vorgelegt hat, vermieden.

Wir haben bereits gezeigt, daß die These SCHREIBERs, wonach die Konsumenten durch den Entschluß, nicht zu sparen, den Unternehmern das "Vermögensbildungsprivileg" einräumen, das sie jederzeit durch Konsumverzicht wieder zurücknehmen können, so allgemein nicht haltbar ist. Erforderlich ist nicht nur, die Bezieher von Kontrakteinkommen zum Sparen zu bewegen, darüber hinaus ist unabdingbar, daß die Vermögensbildung da beschnitten wird, wo sie unerwünscht ist, d. h. da, wo die stärkste Ballung auftritt. Hier sucht FOEHL nach weiteren steuerpolitischen Möglichkeiten.

Wir wollen unterstellen, die Verbrauchsneigung der Bezieher von Arbeitseinkommen sei in der zuvor dargestellten Weise manipulierbar. Soll nun mittels bestimmter Steuern Vermögensumverteilung betrieben werden, wären zunächst die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen eben diese Steuern, und hier handelt es sich in erster Linie um Gewinnsteuern, nicht mehr überwältzt werden können. Lassen sich die betreffenden Steuern so umkonstruieren, daß die aufgezeigten Bedingungen erfüllt werden, läßt sich andererseits auch deren Redistributionswirkung bestimmen.

(b) Im herrschenden Steuersystem ist die Körperschaftsteuer eine typische Gewinnsteuer. In den wesentlichen Teilen ihres Tarifs ist sie ertragsproportional. "Eine solche Besteuerungsart macht die Erzielung hoher Umsatzgewinne höchst reizvoll." ¹⁾ Die am nächsten liegende Maßnahme wäre demnach eine sehr starke Progression der Steuersätze, denn nur dann wäre die Steuer nicht überwälzbar.

Einem derartigen rigorosen Verstoß gegen den Grundsatz der Lastenverteilung nach der Leistungsfähigkeit ist hier nicht nachzugehen. Eine scharfe Progression kann vernunftigerweise nur im Einkommensteuertarif durchgeführt werden. Dann aber ergibt sich zwangsläufig die Verpflichtung zur Vollausschüttung der in den Kapitalgesellschaften erwirtschafteten Gewinne, "damit diese individuell beim Empfänger gemäß der Höhe seines persönlichen Einkommens besteuert werden können." ²⁾ Dieser Verpflichtung zur Vollausschüttung ließe sich nach FOEHL einfach dadurch nachhelfen, daß der Körperschaftsteuersatz für unausgeschüttete Gewinne über der höchsten Progressivstufe des Einkommensteuertarifs festgesetzt wird. Es ist offensichtlich, daß die Abwälzung einer so hohen Körperschaftsteuer nicht mehr möglich wäre; man würde die Steuerzahlung durch Vollausschüttung, dem Zweck der Maßnahme, umgehen. Die Körperschaftsteuer würde in diesem System ihre fiskalische Bedeutung an die Einkommensteuer abtreten und lediglich als Strafsteuer weiter existieren. Auf den ausgeschütteten Gewinn müßte sie, wie FOEHL betont, selbstverständlich wegfallen. In der Tat wäre, bei stark progressiver Gestaltung des Einkommensteuertarifs, kein Rechtfertigungsgrund für eine Doppelbesteuerung zu finden.

Alles in allem hätte nach Meinung FOEHLs ein Wegfall der Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne im Verein mit einem Wegfallen der Vermögensteuer, für die ebenfalls bei Erzwingung der Vollausschüttung kein Rechtfertigungsgrund mehr bestünde, "den weiteren Vorteil, daß die Finanzierung durch Haftungskapital dann nicht mehr, wie bisher, wesentlich ungünstiger wäre als die Fremdfinanzierung." ³⁾

(c) Eine weitere Möglichkeit zeigt FOEHL auf, die Besteuerung des prozentualen Umsatzgewinnes. ⁴⁾ Hierdurch ließe sich eine gemäßigte Preisstellung der marktbeherrschenden Unternehmen erreichen, zweifelsohne die denkbar beste Art einer Einkommensumverteilung, die damit auch weitere Möglichkeiten zur Vermögensbildung breiter Schichten erschließen könnte. "Die bisher übliche Besteuerung der

1) C. FOEHL, Ursachen und Beeinflußbarkeit der Vermögenskonzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 22, Berlin 1961, S. 184.

2) C. FOEHL, a. a. O., S. 185.

3) C. FOEHL, a. a. O., S. 186.

4) Vgl. C. FOEHL, a. a. O., S. 186 ff.

Gewinne nach ihrer absoluten Höhe kann zwar, vor allem, wenn sie progressiv gestaltet wird, die Kurve der Nettogewinne in Abhängigkeit von der Größe des Umsatzes abflachen, aber sie belastet das Optimum des Nettogewinnes beim gleichen Umsatz und damit beim gleichen Preis, bei denen auch das Optimum des Bruttogewinnes liegt. Wird aber der Gewinn nach der Größe seines Verhältnisses zum Umsatz progressiv besteuert, so wird das Optimum des Nettogewinnes relativ zum Optimum des Bruttogewinnes zu einem größeren Umsatz und damit zu einem niedrigeren Preis hin verschoben." ¹⁾ Ähnliche Auswirkungen hätte eine progressive Besteuerung der Gewinne im Verhältnis zum Eigenkapital. "Sie hätte den Vorteil, daß dadurch die Finanzierung durch Haftungskapital steuerlich noch günstiger würde, als die Fremdfinanzierung." ²⁾ In derselben Richtung wurde die **Anerkennung der Verzinsung des Eigenkapitals als Kosten wirken.**

Bezüglich der negativen Auswirkungen auf das Steueraufkommen argumentiert FOEHL wie folgt: "Wird durch eine der beschriebenen Maßnahmen oder durch ihr Zusammenwirken erreicht, daß die Gewinneinkommen gar nicht erst in der bisherigen Höhe entstehen, so sinkt trotz der Erhöhung der Steuersätze das Steueraufkommen aus den Gewinneinkommen. In diesem Fall muß der Finanzbedarf des Staates durch eine höhere effektive Besteuerung der Arbeitseinkommen gedeckt werden. Das bedeutet dann aber auch keine Verminderung des Nettoealeinkommens der Arbeiterschaft, da sich ja auch infolge der veränderten Preispolitik der Unternehmen das Niveau der Güterpreise tiefer einstellt. Das gewünschte Verhältnis zwischen Ersparnisbildung und dem effektiven Steueraufkommen aus den Arbeitseinkommen kann dabei durch eine nur partielle Abzugsfähigkeit der Ersparnisse gesteuert werden." ³⁾

(d) Die Intensivierung der Kapitalmarktfinanzierung hat vor allem für kleinere Personengesellschaften schlimme Folgen, denn gerade diese sind, da ihnen der Zugang zum Kapitalmarkt in der Regel verschlossen ist, auf die Selbstfinanzierung angewiesen. Durch starke Progression der Besteuerung kann gerade bei ihnen diese einmalig ergebnisreiche Finanzierungsquelle versiegen. Die Folge wäre eine weitere Unternehmenskonzentration. Dieser Gefahr will FOEHL begegnen: "Dazu wäre es erforderlich, daß die nicht entnommenen Gewinne der Personengesellschaften aus der individuellen Besteuerung der Gesellschafter herausgenommen und gemeinsam nach Art der Körperschaftsbesteuerung veranlagt werden." ⁴⁾ Hierbei wäre eine Staffelung des Steuersatzes auf nicht ausgeschüttete Gewinne etwa nach der

1) C. FOEHL, a. a. O., S. 186.

2) C. FOEHL, a. a. O., S. 186.

3) C. FOEHL, a. a. O., S. 186/187.

4) C. FOEHL, a. a. O., S. 190.

Größe des Kapitals oder des Umsatzes angebracht. Von einer gewissen Höhe an wäre dann dieser Satz mit dem des Einkommensteuertarifs für die Gesellschafter identisch. "Hat dann das Unternehmen ... jene Größe erreicht, bei der es aus eigenen Nettoerträgen nicht mehr weiter wachsen kann, so ist der Zeitpunkt der Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft gekommen. Daß diese ... dann Publikumsgesellschaften mit breitgestreutem Aktienbesitz werden, das kann durch den progressiven Einkommensteuertarif sichergestellt werden." ¹⁾

(e) Die Erzwingung der Vollausschüttung bei Kapitalgesellschaften könnte den Luxuskonsum stark ansteigen lassen. Die Erhöhung der Verbrauchsausgaben würde sich aus Mitteln, die traditionell der Kapitalbildung zufließen, speisen. Das kann Gefahren für das Wachstum heraufbeschwören. FOEHL plädiert zur Abwendung dieser Gefahren für eine unterschiedliche Besteuerung von verbrauchten und nicht verbrauchten Einkommensteilen. Wir wollen uns mit den praktischen Schwierigkeiten, insbesondere wie der Nachweis des nicht konsumierten Einkommensteiles zu führen ist, nicht weiter beschäftigen, sondern lediglich darauf hinweisen, daß eben diese Schwierigkeiten ein altes Argument gegen jede Art von Ausgabensteuer sind.

"Im Fall einer solchen Spaltung des Einkommensteuertarifs" so meint FOEHL, "könnte der Einkommensteil, dessen Nichtverbrauch nicht nachgewiesen werden kann, in einer solchen Weise progressiv besteuert werden, daß das Nettoverbraucheinkommen auch bei sehr hohen Einkommen nicht über ... 60 000,- DM pro Jahr anwachsen kann." ²⁾ "Die Steuersätze für den nicht verbrauchten Einkommensteil sollten wesentlich tiefer liegen, aber immerhin noch eine solche Progressivität aufweisen, daß auch hinsichtlich der Vermögensbildung die Bäume nicht in den Himmel wachsen." ³⁾ In beide Teile des gespaltenen Einkommensteuertarifs ließen sich die üblichen Freibeträge, aber auch die Förderungsmaßnahmen der Ersparnisbildung aus Arbeitseinkommen einbauen.

7. Die Problematik einer Ausgabensteuer

(a) Der Vorschlag eines gespaltenen Einkommensteuertarifs verweist uns auf die Expenditure Tax, deren Geschichte theoretischer Erörterung bis zu J. ST. MILL zurückreicht. In unserem Jahrhundert haben sich insbesondere MOMBERT und LANDMANN mit diesen Fragen befaßt, die jüngsten Erörterungen verbinden sich

1) C.FOEHL, a. a. O., S. 190.

2) C.FOEHL, a. a. O., S. 188.

3) C.FOEHL, a. a. O., S. 188.

mit den Namen KALDOR sowie J. und H. FISHER.¹⁾

Das Wagnis, die Ausgabensteuer zu einem Bestandteil des Steuersystems zu machen, wurde erstmals 1958 von Indien, gestützt auf ein Gutachten KALDORs, eingegangen. Gerade dieser Versuch dürfte insofern problematisch sein, als die Schwierigkeiten praktischer Durchführung, wie LETSCH glaubt aus den angestellten Untersuchungen festhalten zu dürfen, ähnlich denen der modernen Einkommensbesteuerung sind.²⁾ Voraussetzung wäre demnach eine hochentwickelte Volkswirtschaft und eine qualifizierte Finanzbürokratie und auf Seiten der Besteueren ein hoher Grad von Consensus mit dem herrschenden Regierungssystem. NEUMARK glaubt demgegenüber, daß "ihre praktische Durchführung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde."³⁾

Wir wollen die Frage der praktischen Realisierung nicht weiter diskutieren, vor allem weil wohl auch eine wirtschaftsideologische Komponente mit hereinspielt. Begrifflich läßt sich die Ausgabensteuer leicht fassen. Steuerquelle ist die Konsumquote, d. h. derjenige Teil des Einkommens, der nicht gespart wird. Der Vergleich zur Einkommensteuer ergibt sich hieraus zwingend: Während die Einkommensteuer generell das gesamte Einkommen umfaßt, abgesehen von den verschiedenen weit gehenden Absetzmöglichkeiten, also Konsum- und Sparquote, läßt die Ausgabensteuer die Sparquote unbesteuert, hingegen wird das Entsparen steuerlich erfaßt.

Eine derartige Steuer mutet auf den ersten Blick geradezu reaktionär an. Den Aspekt der Lastenverteilung nach der Leistungsfähigkeit vollkommen außer acht lassend, würde sie die kleinen, teilweise voll in den Verbrauch fließenden Einkommen mehr belasten als die Großeinkommen, deren Bezieher entsprechend dem theoretischen Satz, daß die Sparneigung eine steigende Funktion des Einkommens sei, fast automatisch sparen. Eine derartige Mißdeutung wird evident, wenn man bedenkt, daß diese Steuer meist im Rahmen sozialpolitischer Reformbestrebungen gefordert wurde. Aber sogar in der Form der Luxussteuer hat sie mehr eine moralisierende als verteilungspolitische Wirkung. Richtig bleibt jedoch, daß ihr der reaktionäre Effekt dadurch genommen wird, daß nicht auf die

1) Vgl. P. MOMBERT, Eine Verbrauchseinkommensteuer für das Reich, Tübingen 1916; J. LANDMANN, Zur Frage der Besteuerung des Luxusverbrauchs, in: Neue Zürcher Zeitung, Nrn. 1694, 1703 und 1712, Oktober 1920; N. KALDOR, An Expenditure Tax, London 1955; J. and H. FISHER, Constructive Income Taxation, New York 1942.

2) Vgl. H. LETSCH, Hauptprobleme der Verbrauchsbesteuerung, Bern 1960, S. 98.

3) F. NEUMARK, Möglichkeiten einer finanzpolitischen Beeinflussung von Kapitalbildung und Kapitalverwendung, in: Wirtschafts- und Finanzprobleme des Interventionsstaates, Tübingen 1961, S. 248.

Verbrauchsausgaben schlechthin, sondern nur auf bestimmte und von einer bestimmten Höhe an, abgestellt wird.

- (b) In einer Konzeption, die auf breite Streuung des Eigentums abzielt, offenbart die Ausgabensteuer unmittelbar ihre Zweckdienlichkeit;
- (1) Ähnlich wie die Investoren durch § 7 des deutschen Einkommensteuergesetzes, durch das Investitionshilfegesetz u. ä. privilegiert wurden, ließe sich hier die Vermögensbildung der privaten, beziehungsweise Arbeitnehmer-Haushalte steuerlich privilegieren.
- (2) Die volkswirtschaftliche Kapitalbildung wird generell stimuliert.
- (3) Eine derartige Steuer wirkt sozial beruhigend dadurch, daß sie den Hang zu übertriebenem Luxus steuerlich unter Strafe stellt.

"Die Befürworter einer Ausgabensteuer gehen zur Hauptsache von Schwächen der Einkommensteuer aus. Sie versprechen sich davon einen verstärkten Anreiz zum Sparen und die Schonung des Leistungswillens. Der erste Vorzug wird mit der heutigen Doppelbelastung der Ersparnisse einerseits (gemeint ist die Erfassung des Einkommens und der aus diesem gesparten Einkommen fließenden Zinsen, d. V.) und dem Kapitalbedarf der Wirtschaft andererseits begründet. Der zweite Vorzug stützt sich auf die vielfach stark progressive Belastung des Einkommens, die den Einkommens- gegenüber dem Substitutionseffekt abzuschwächen und den Leistungswillen zu lähmen droht." 1)

- (c) Möglichkeiten und Grenzen lassen sich konsequenterweise nur bestimmen, wenn die Ausgabensteuer im Steuersystem gesehen wird.
- So wäre zu klären, ob die Steuer, um für unsere Fragestellung überhaupt relevant zu sein, als Ergänzung der Einkommensteuer oder als Konkurrenzsteuer zur Umsatzsteuer aufzufassen ist. In den zuvor von FOEHL aufgezeigten Möglichkeiten hätten wir sowohl das eine wie das andere. So wäre die Spaltung des Einkommensteuertarifs praktisch die Einführung einer zusätzlichen Besteuerung konsumierter Einkommens- und früher akkumulierter Vermögensteile, während der Vorschlag zur Steuerung der Verbrauchsneigung durch Aufhebung der Umsatzsteuer und Höherbelastung der Arbeitseinkommen bei gleichzeitigem Abzug der ersparten Einkommensteile von der Steuerschuld dem zweiten entspräche. Letzteres haben wir bereits eingehend behandelt, so daß wir uns hier auf die Fragen, die eine Ergänzung der Einkommensteuer aufwerfen, beschränken können.

1) H. LETSCH, a. a. O., S. 98. Zur Terminologie: Einkommenseffekt der Steuer = Ausgleich der steuerlichen Belastung durch Mehrarbeit. Substitutionseffekt = Ausweichen in Muße.

Als Wirkungen der Ausgabensteuer haben wir die Privilegierung der kleinen Privathaushalte bei der Vermögensbildung festgehalten, die generelle Stimulanz der volkswirtschaftlichen Sparkapitalbildung und die Diskriminierung hoher Verbrauchsausgaben. Diese drei Momente prädestinieren die Ausgabensteuer zum Instrument einer Sparförderungs politik. Konjunkturpolitisch waren dieser Steuer starke Dämpfungseffekte, beziehungsweise negative Ankurbelungseffekte eigen.

Von unmittelbarer eigentums politischer Wirkung wäre die Möglichkeit, den unteren und mittleren Einkommensbezieher eine steuerfreie resp. mild besteuerte Akkumulation von Ersparnissen zu gestatten.

Von hier aus wäre die Frage zu klären, welcher Platz der Ausgabensteuer neben der Einkommensteuer zukäme, wobei als Leitmotiv zu beachten ist, das lediglich eine andere Verteilung der Steuerlast und nicht ein höheres Steueraufkommen zu erzielen ist. Konkret: Die Steuereinnahmen betrugen 1960 bei der veranlagten Einkommensteuer 8,963 Mrd DM, bei der Lohnsteuer 5,191 Mrd DM.¹⁾ Diese ca. 17 Mrd DM große Steuerlast wäre nun auf die Träger derart zu verteilen, daß die unteren Einkommensbezieher, je mehr sie zu sparen bereit sind, über die bei ihnen noch nicht oder erst schwach wirksame Progression des Einkommensteuertarifs hinaus, die Steuerlast regressiv zu tragen haben. Der steuerlichen Niedrigstbelastung der Sparer unterer Einkommensschichten hätte eine Diskriminierung der Bezieher hoher Einkommen über die Progression des Einkommensteuertarifs hinaus zu entsprechen, wenn diese hohe Konsumausgaben tätigen.

Um ein derartiges Regulativ abzugeben, mußte bei den unteren Einkommensbezieher die Lohnsteuer durch die Ausgabensteuer substituiert werden, bei höheren Einkommen hatten beide Steuern nebeneinander her zu laufen, aber erst von einer bestimmten Höhe der Verbrauchsausgaben an hätte eine Doppelbelastung einzusetzen. Es sei nochmals betont, daß sowohl die Konstruktion Ausgabensteuer, wie auch ein weiterer Einbau von Sondervorschriften, gespaltenen Tarifen, Abzugsmöglichkeiten etc. in das Einkommensteuergesetz denselben Zweck erfüllen. Welcher Weg eingeschlagen wird, ist prinzipiell ohne Bedeutung.

Festzuhalten ist, daß eine an die Einkommensteuer angehängte Ausgabensteuer, resp. die Einarbeitung der sie wesentlich charakterisierenden Merkmale in die Einkommensbesteuerung, ihren Zweck in den erörterten drei Punkten erfüllen könnte. Die Zweckdienlichkeit ist jedoch unterschiedlich zu beurteilen; Voll adäquat ist die Ausgabensteuer hinsichtlich der Stimulierung der Sparbereitschaft. Als Luxussteuer birgt sie eine reiche Problematik.²⁾ Ob sie die in sie gesetzten Erwartungen bezüglich der Bremswirkung auf übertrieben große Verbrauchsausgaben erfüllt, ist generell nicht beweisbar; unverkennbar würde sie gerade dadurch zur

1) Quelle; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1961, 13. Jg., Nr. 6, S. 110.

2) Vgl. F. MARBACH, Luxus und Luxussteuer, Bern 1948.

institutionellen Stütze der bestehenden einseitigen Vermögensakkumulation avancieren.

(d) Dem in unserem Zusammenhang primären Zweck, der Privilegierung der Vermögensbildung breiter Schichten, scheint sie insofern besonders zu entsprechen, als sie eine besonders weitgehende Differenzierung dieser Privilegierung ermöglicht. Dieser steuerpolitische Mitteleinsatz ist umfassender, aber auch subtiler und damit wirksamer als beispielsweise bei der Sparforderung das Sparprämien-system.

Ein gewichtiger Nachteil ist offensichtlich. Die Begünstigung der Steuerbefreiung wird dem Klein- wie Großeinkommensbezieher gewährt, wenn er bereit ist, sein Konsumverhalten darauf einzustellen. Je nachdem welche Besteuerungsgrundlage gewählt wird, läßt sich dieser Nachteil weitgehend eliminieren.

Minimale distributionspolitische Effizienz wäre der Ausgabensteuer eigen, wenn eine konstante Relation zwischen steuerfreiem Verbrauch und Einkommen festgesetzt wird, die ersteren im gleichen Verhältnis wie das Einkommen zunehmen läßt. Im Gegensatz dazu wird durch die Festsetzung eines mit steigendem Einkommen fallenden Quotienten, etwa durch einen konstanten, oder doch nahezu konstanten Dividenden, also des steuerfreien Konsums, der jedoch so niedrig liegen müßte, daß es für untere Einkommenschichten auch noch reizvoll wäre zu sparen, ein verteilungspolitisches Maximum erreicht. Fallt in der Realität die Entscheidung für eine Relation, die in der Nähe des verteilungspolitischen Maximums liegt, so ist offensichtlich, daß die eine Seite des Problems, das Sparen bei den Beziehern kleiner Einkommen, institutionell gelöst ist. Aber auch für die Großeinkommensbezieher ist damit ein Indiz gegeben, das ein Verpuffen der Ausgabensteuer nahe legt, d. h. daß die Verbrauchsausgaben dieser Schichten durch die Steuer nicht wesentlich tangiert werden. Damit wäre die Steuerlastverschiebung zu Gunsten der kleinen Sparer erreicht.

Psychologische Faktoren im Verein mit institutionellen Momenten, wie zum Beispiel ein nicht zu rigoroser Steuersatz u. a., sprechen dafür, daß unsere Ausgabensteuer zu einer zusätzlichen Besteuerung der Grob- bzw. der Besitzeinkommen in der Realität werden würde. Wirkt sie in dieser Richtung, so entfällt das Moment der sozialen Beruhigung, das mehr oberflächlicher Natur ist und realiter sich als Fiktion entpuppt, denn der eigentliche Grund zur Beunruhigung, die einseitige Akkumulation, wird dadurch geradezu empfohlen; dagegen wird nun dem Zweck der Eigentumspolitik voll entsprochen.

(e) Der in der Literatur allgemein hervorgehobene Nachteil, die Kompliziertheit und der dadurch bedingte hohe Verwaltungsaufwand, erhält in unserer Fragestellung besonderes Gewicht, da nun sämtliche Lohnsteuerzahler veranlagt (zur Ausgaben- und/oder Einkommensteuer) werden mußten. Ein Großteil des früher

von den Lohnbüros der Wirtschaft bestrittenen Arbeitsaufwandes würde nun der Finanzbehörde, eben durch den Zwang zur Veranlagung, zufallen. Das einfache Lohnabzugsverfahren, wie bei der Lohnsteuer gegenwärtig praktiziert, würde wegfallen. Letzten Endes könnte auch hier nur die Praxis lehren, ob eine derartig eigentumspolitisch interessante Steuer noch dem Grundsatz der Wohlfeilheit entspricht.

SCHLUSSBETRACHTUNG

(1) Wir haben eigentumspolitische Möglichkeiten vorwiegend unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit untersucht. Das Ergebnis zeigt, daß die Wirkungen der Maßnahmen oft äußerst problematisch sind und somit den verteilungspolitischen Zielsetzungen nur unvollkommen entsprechen.

In der Tagesdiskussion wird die distributionstheoretische Fragestellung zugunsten der gesellschaftspolitischen Vorstellungen verdrängt, obwohl eine Auswirkung in der Distributionssphäre Vorbedingung für einen gesellschaftspolitischen Ansatz ist. Eigentumspolitik, die Vermögensbildung in breiten Schichten ermöglicht, greift regulierend in die Einkommens- und Vermögensbildung ein. Ob aber darüber hinaus mit der Eigentumsbildung in Arbeiterhand die Ermöglichung einer selbstverantwortlichen Existenz des Arbeiters, also Freiheit, Sicherheit, soziales Verantwortungsgefühl, die gesellschaftspolitischen Anliegen, realisiert werden, ist in noch höherem Maße problematisch, als die verteilungspolitische Effizienz der Einzelmaßnahmen und Konzeptionen. Es ist hier hinzuweisen auf die Abhängigkeit des Menschen in der heutigen Gesellschaft von ökonomischen Verhältnissen, in denen das Eigentum seiner einst dominierenden Rolle längst entkleidet ist.

"Bei der Übertragung des Eigentumsbegriffs von der Haushaltssphäre auf die sozial-ökonomische Produktionssphäre erfährt das Eigentum einen Bedeutungswandel, der leider noch viel zu häufig übersehen wird." ¹⁾ Ganz besonders ORTLIEB hebt hervor, "daß mikroökonomisch ... das Eigentum zwar als individuelle Einkommensquelle wichtig sein und daher als Garant persönlicher Freiheit und Sicherheit erscheinen kann, daß aber makroökonomisch - bei der Einkommens- und Vermögensbildung als Massenerscheinung - Zwangsläufigkeiten in Gestalt von Konsum-, Spar- und Investitionsveränderungen zur Geltung kommen, deren Wirksamkeit die Bemühungen um eine Nivellierung der Einkommen und Vermögen auf der Grundlage des Individualeigentums in der Marktwirtschaft illusorisch machen muß." ²⁾ Die gesellschaftspolitische Motivation der Eigentumspolitik kollidiert mit der kollektiven Daseinsvorsorge, der Sozialversicherung gegen Alter, Krankheit und Invalidität, ohne daß der Beweis erbracht werden könnte, daß diese durch erfolgreiche Eigentumspolitik zu ersetzen ist. Zum Prinzip der globalen Sicherung aller kann die Eigentumspolitik nur Ergänzung sein.

Es geht nicht an, dieser unter gesellschaftspolitischem Aspekt Funktionen zuzuweisen, die letztlich nur einer Vollbeschäftigungs- und Wachstumspolitik zukom-

1) M. LOHMANN, Die westdeutschen Investitionen 1948-1957 und ihre soziale Problematik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 3. Jahr, Tübingen 1958, S. 50.

2) H. -D. ORTLIEB, Die Legende vom Volkskapitalismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 7. Jahr, Tübingen 1962, S. 23/24.

men, denn nur eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung vermag die gesellschaftspolitischen Anliegen zu realisieren. Das soll nicht besagen, daß soziale Forderungen nur über ein erhöhtes Sozialprodukt zu befriedigen sind, sondern dies ist im Sinne von PAULSEN zu verstehen, der meint, "daß die sehr wache und energiegeliche Erhebung sozialer Ansprüche an das Wachstum kein zwar hinzunehmendes, aber im Grunde doch bedauerliches Faktum ist, etwa nach dem klassischen Argument der dadurch verringerten Akkumulationsrate." ¹⁾

In der Sicherung des Wachstums und der damit verbundenen Frage nach der Finanzierung der weiteren Investitionen erhält die Eigentumspolitik ihre verteilungspolitische Aufgabe gewiesen, die in der von LIEFMANN-KEIL formulierten Alternative evident wird: "Sollen sie (die Finanzierungsmittel der Investitionen, d.V.) z.B. indirekt von den Arbeitnehmern über Realeinkommensänderungen (infolge Preissteigerungen) bereitgestellt zu weiterer Besitzbildung bei Unternehmen beitragen, oder sollen sie direkt von den Arbeitnehmern, die über Einkommen verfügen, aus dem gespart werden kann, zur Verfügung gestellt werden und damit gleichzeitig zur Vermögensbildung für die Arbeitnehmer führen?" ²⁾

(2) Die klare Scheidung der verteilungspolitisch motivierten Ziele der Eigentumspolitik von den gesellschaftspolitisch motivierten, vermeidet eine Fehlinterpretation des Eigentums, welche die Apologeten einer Eigentumspolitik als Gesellschaftspolitik in gefährliche Nähe zu den marxistischen Eigentumsauffassungen bringt. ³⁾ Die Überschätzung der Eigentumsverhältnisse zeigt sich in der marxistischen These, die den Grundwiderspruch postuliert zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion einerseits und den privatkapitalistischen Produktionsverhältnissen mit den Folgen für das Produktionsergebnis andererseits. Aus der Verschärfung des Grundwiderspruchs folgt für die marxistische Dogmatik die Umwandlung des privatkapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches als historische Notwendigkeit. Es ist die analoge Überschätzung der Eigentumsverhältnisse auf der anderen Seite, die eine legalistische Institution, bar ihres ehemals konstitutiven Elements, der ausschließlichen Verfügungsgewalt, zur Bedingung menschlicher Freiheit und Sicherheit in unserer heutigen Gesellschaft setzt. In beiden Systemkonstruktionen wird das Phänomen der Macht als Verfügungsgewalt und somit Ausfluß des Eigentums interpretiert und nicht gesehen, daß das Machtproblem in der sozialökonomischen

1) A. PAULSEN, Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums, in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 15, Berlin 1959, S. 41.

2) E. LIEFMANN-KEIL, Rentenreform und Lohnpolitik, in: Sozialpolitik und Sozialreform, Herausgeber E. BOETTCHER, Tübingen 1967, S. 334.

3) Vgl. auch H.-D. ORTLIEB, a. a. O., S. 15.

Produktionssphäre losgelöst vom Eigentum sich darstellt. So attestieren in gemeinsamer Verkenning der Realität die kommunistischen Dogmatiker den Vertretern des Volkskapitalismus: "Ihre ganze theoretische Konzeption beweist, daß sie wohl erkannt haben, daß die Eigentumsfrage die Grundfrage ist, deren Lösung auf der Tagesordnung steht." ¹⁾

(3) Eigentumspolitik, so ist abschließend festzuhalten, hat unter dem Distributionsaspekt ihren klar definierbaren Zweck. Nur insoweit sie Distributionspolitik zu sein vermag, kann sie überhaupt als wirtschaftspolitische Aufgabe unserer Zeit verstanden werden. Unter diesem Aspekt entspringt es gesunder Pragmatik, kennzeichnet aber auch gleichzeitig die Zäsur gegenüber gesellschaftspolitischen Vorstellungen, wenn von Unternehmerseite argumentiert wird, es "sollten alle Unternehmer ..., die ihre eigene Existenz und Freiheit durch eine feste, von der Mehrheit des Volkes getragene Gesellschaftsordnung gesichert sehen wollen, daran interessiert sein, daß sich das Interesse am produktiven Kapital ... so breit und so seriös wie möglich entfaltet und den Neidkomplex derer, die sich von dem Kapitalzuwachs ausgeschlossen fühlen, auflöst." ²⁾

Es ist der legitime Zweck der Eigentumspolitik, unabhängig davon, ob die Methoden im einzelnen erfolgversprechend sind, Vermögensbildung- und Verteilung im Sinne breiter Streuung zu manipulieren, unsere Wirtschaftsordnung vom Odium einer institutionell verankerten einseitigen Distribution zu befreien, diese Antinomie zwischen Freiheit und Gerechtigkeit aufzulösen.

1) W. SCHNELLENBERG, Die Legende vom Miteigentum. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Vorträge und Schriften, H. 65, Berlin 1959, S. 30.

2) O. A. FRIEDRICH, in der Hauptversammlung der Phoenix Gummiwerke A. G., am 22. 7. 1961, in Beilage zu: Das Wertpapier, Nr. 7/1961, S. 3.

LITERATURVERZEICHNIS

I. BÜCHER

- H. BAYER Gewinnbeteiligung, internationale Erfahrungen, wirtschaftstheoretische Untersuchungen, wirtschaftspolitische Erkenntnisse, Wien 1952.
- H. BAYER Wirtschaftsgestaltung, Berlin 1958.
- J. K. BLUNTSCHLI Privatrechtliches Gesetzbuch für den Kanton Zürich, 4. Bd. Erbrecht, Zürich 1856.
- R. BUECHNER Erbschafts- und Schenkungssteuern, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 2, Tübingen 1956.
- K. BULACH Probleme des Miteigentums in betrieblicher Sicht, Dissertation München 1959.
- L. EINAUDI Moderne Tendenzen in der italienischen Theorie und Praxis in der Erbschaftsbesteuerung, in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, Bd. 4, Wien 1928.
- P. ENFANTIN Die Nationalökonomie des Saint-Simonismus, in: Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik, Leipzig 1905.
- J. and H. FISHER Constructive Income Taxation, New York 1942.
- A. GEHLEN Soziologische Aspekte des Eigentumproblems in der Industrie-Gesellschaft, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung, Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, Köln und Opladen 1960.
- W. GERLOFF Die öffentliche Finanzwirtschaft, Bd. 2, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1950.
- N. KALDOR An Expenditure Tax, London 1955.
- H. KOLMS Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik, Frankfurt/M. 1958.
- H. LETSCH Hauptprobleme der Verbrauchsbesteuerung, Bern 1960.

- E. LIEFMANN-KEIL Rentenreform und Lohnpolitik, in: Sozialpolitik und Sozialreform, Tübingen 1957.
- K. LITTMANN Zunehmende Staatstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, Köln und Opladen 1957.
- F. K. MANN Die Überwälzbarkeit der Einkommen-, Vermögen-, Vermögenszuwachs- und Erbschaftsteuern, in: Kapitalbildung und Steuersystem, Veröffentl. der Friedrich-List-Gesellschaft, Bd. 4, 1930.
- F. K. MANN Finanztheorie und Finanzsoziologie, Göttingen 1959.
- F. MARBACH Luxus und Luxussteuer, Bern 1948.
- K. MARX und F. ENGELS Manifest der Kommunistischen Partei, Bücherei des Marxismus-Leninismus Bd. 1, Berlin 1953.
- L. MIKSCH Kapitalbildung und Kapitalbesitz, Wirtschaftsordnung II, Frankfurt/M. 1949.
- P. MOMBERT Eine Verbrauchseinkommensteuer für das Reich, Tübingen 1916.
- R. A. MUSGRAVE Theorie der öffentlichen Schuld, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 3, Tübingen 1958.
- O. v. NELL-BREUNING Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. 1 Grundfragen, Freiburg/Br. 1956.
- F. NEUMARK Theorie und Praxis der modernen Einkommensbesteuerung, Bern 1947.
- F. NEUMARK Wirtschafts- und Finanzprobleme des Interventionsstaates, Tübingen 1961.
- E. PREISER Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1957.
- H. C. RECKTENWALD Steuerinzidenzlehre, Berlin 1958.
- H. v. SCHEEL Erbschaftsteuern und Erbschaftsreform, Jena 1877.
- G. SCHMOELDERS Eigentum und Eigentumspolitik, in: Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung, Veröffentl. der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 1, Köln und Opladen 1960.

- G. SIMMEL Philosophie des Geldes, 4. Auflage,
München und Leipzig 1922.
- K. UMPFENBACH Des Volkes Erbe, Berlin 1874.
- A. WAGNER Finanzwissenschaft, 2. Teil, 2. Auflage,
Leipzig 1890.
- WEISSER, THIEMEYER, Eigentum in der industrialisierten Gesellschaft,
BLUME Göttingen 1958.

II. ZEITSCHRIFTEN UND SCHRIFTENREIHEN

- H. ARNDT Zur mikroökonomischen Analyse der Überwälzbarkeit der Einkommensteuer und zur Frage der Übertragung von Modellergebnissen auf historische Tatbestände. Finanzarchiv, N.F., Bd. 21, 1961/62.
- H. ARNDT Kurvenverschiebung und mikroökonomische Überwälzung. Finanzarchiv, N.F., Bd. 22, 1962/63.
- H. BACHMANN Kritische Gedanken über Gewinnbeteiligung und Miteigentum. Kleine Schriften zur Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht, 2. Folge, Heft 2, München o.J., (1953).
- H. BACHMANN Hier scheiden sich die Geister. Sozialer Fortschritt, 6. Jg., 1957.
- G. BOMBACH Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums, in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 15, Berlin 1959.
- G. BOMBACH Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung.
Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 95. Jg., 1959.
- H. W. BUETTNER Eigentumsstreuung und Sozialkapital.
Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958.

- F. COESTER Miteigentum und Vermögensbildung der Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft.
Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln, Heft 8, Köln 1954.
- D. CULP Zur Analyse des Spargeldeinganges bei den privaten Bausparkassen. Privates Bausparwesen 1958, Bonn 1958.
- H. DEIST Der Weg zu einer gerechten Vermögensbildung. Die Neue Gesellschaft, 7. Jg., 1960.
- E. D. DOMAR and
R. A. MUSGRAVE Proportional Income Taxation and Risk-Taking. Quart. Journal of Economic, Vol. 58, 1944.
- W. FEY Der Eigenheimbau in der Bundesrepublik. Privates Bausparwesen 1957, Bonn 1957.
- C. FOEHL Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung. Finanzarchiv, N.F., Bd. 14, 1953/54.
- C. FOEHL Das Steuerparadoxon. Finanzarchiv, N.F., Bd. 17, 1956/57.
- C. FOEHL Über die Möglichkeiten einer Beeinflussung der Vermögensbildung und ihrer Verteilung. Finanzarchiv, N.F., Bd. 19, 1958/59.
- C. FOEHL Ursachen und Beeinflußbarkeit der Vermögenskonzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 22, Berlin 1961.
- B. GLEITZE Sozialkapital und Konjunktur. Konjunkturpolitik, Heft 1, 1958.
- B. GLEITZE Die Bildung und Verteilung von Sozial-Kapital. Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958.
- W. HANKEL Vermögensentstehung, Sparen, Eigentum. Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958.
- W. HANKEL und
G. ZWEIG Einkommens- und Eigentumspolitik. Sozialer Fortschritt, 8. Jg., 1959.

- K. HAEUSER Steuerliche Beeinflussung der Einkommens- und Vermögenskonzentration, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Materialband zu: Die Konzentration in der Wirtschaft, N.F., Bd. 20/II, Berlin 1960.
- K. HAEUSER Die Unüberwältzbarkeit der Einkommen- und Körperschaftsteuer bei Gewinnmaximierung. Finanzarchiv, N.F., Bd. 20, 1960/61.
- K. HAEUSER Einiges über die Wirklichkeit und über die Unüberwältzbarkeit der Einkommensteuer. Eine Replik. Finanzarchiv, N.F., Bd. 21, 1961/62.
- E. HAEUSSLER Der Arbeiter als Wirtschaftsbürger. Sozialer Fortschritt, 5. Jg., 1956.
- H. JECHT Finanzpolitik und Kapitalbildung. Recht und Staat, Heft 217, Tübingen 1958.
- P. JOSTOCK und A. ANDER Die Konzentration der Einkommen und Vermögen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Materialband zu: Die Konzentration in der Wirtschaft, N.F., Bd. 20/I, Berlin 1960.
- N. KALDOR Alternative Theories of Distribution. Review of Economic Studies, Vol. 23, 1955/56.
- F. KRONENBERG Die Beeinflussung der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland durch finanzpolitische Maßnahmen, insbesondere durch Subventionen zur Vermögensbildung, in: Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, 2. Bd., Regensburg und Münster 1961.
- K. LITTMANN Über einige Zwangsläufigkeiten der Vermögensverteilung in der Marktwirtschaft. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 113, 1957.
- M. LOHMANN Die westdeutschen Investitionen 1948-1957 und ihre soziale Problematik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 3. Jahr, Tübingen 1958.

- R. A. MUSGRAVE General Equilibrium Aspects of Incidence Theory. The American Economic Review, Vol. XLIII, 1953.
- O. v. NELL-BREUNING Ist Eigentum eine Ordnungsmacht? Gewerkschaftliche Monatshefte, 9. Jg., 1958.
- H. -D. ORTLIEB Die Legende vom Volkskapitalismus, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 7. Jahr, Tübingen 1962.
- A. PAULSEN Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums, in: Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 15, Berlin 1959.
- H. PETER Über gerechte Verteilung des Einkommens und Eigentums. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 112, 1956.
- B. PFISTER Eigentum und Miteigentum aus soziologischer und volkswirtschaftlicher Sicht, in: Probleme des Eigentums und Miteigentums. Schriftenreihe: Der Selbständige Unternehmer, Heft 10, Bonn 1954.
- L. PRELLER Weshalb Eigentum in Arbeiterhand? Gewerkschaftliche Monatshefte, 9. Jg., 1958.
- W. RAYMOND Wege zur privaten Vermögensstreuung. Sozialer Fortschritt, 7. Jg., 1958.
- H. C. RECKTENWALD Bedeutung, Grenzen und neuere Entwicklung der Steuerüberwälzungslehre. Finanzarchiv, N.F., Bd. 16, 1955/56.
- E. RIGNANO Zur Frage der wirtschaftlichen Demokratisierung. Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 50, 1923.
- E. SALIN Soziologische Aspekte der Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 22, Berlin 1961.
- W. SCHNELLENBERG Die Legende vom Miteigentum. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Vorträge und Schriften, Heft 65, Berlin 1959.

- W. SCHREIBER Vermögensbildung in breiten Schichten. Schriftenreihe des Bundes Katholischer Unternehmer, N.F. 4, Köln 1958.
- H. WIEGMANN Breite Vermögensstreuung. Pläne - Möglichkeiten - Grenzen, in: Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, 2. Bd., Regensburg und Münster 1961.
- L. WOLKERSDORF Zur Frage der Vermögensbildung in breiten Schichten. Finanzarchiv, N.F., Bd. 20, 1959/60.
- H. WUERGLER Die obersten Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 96. Jg., 1960.
- G. ZWEIG Leistungsbezogene Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Der Volkswirt, Heft 45, 14. Jg., 1960.

III. QUELLEN

Bundesbaublatt, herausgegeben vom Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung ..., IV. Jg., 1955.

Bundesbaublatt, herausgegeben vom Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung ..., VIII. Jg., 1959.

Die Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen 1958, Sonderdruck aus: Privates Bausparwesen 1959, Bonn o.J. (1959).

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1961. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1962, 14. Jg., Nr. 7.

L. ERHARD Rede im Deutschen Bundestag, aus: Das Parlament, 11. Jg., Nr. 6 vom 8. Februar 1961.

O. A. FRIEDRICH Bericht des Vorsitzenden des Vorstands der Phoenix Gummiwerke A. G., in der Hauptversammlung am 22. Juli 1961, aus: Beilage zu: Das Wertpapier, Nr. 7, 1961.

- B. GLEITZE Produktivität, Lohn, Arbeitszeit. Referat, gehalten auf der 4. Ordentlichen Landesbezirkskonferenz des DGB, Landesbezirk Hessen, in Heppenheim, 25. und 26. Januar 1957.
- B. GLEITZE Die Möglichkeiten des institutionellen Sparens. Vortrag, gehalten in der Evangelischen Akademie Bad Boll/Württemberg, am 9. Nov. 1957.
- J. LANDMANN Zur Frage der Besteuerung des Luxusverbrauchs, Neue Zürcher Zeitung, Nrn. 1694, 1703 und 1712, Oktober 1920.
- Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1960, 12. Jg., Nr. 8.
- W. MUNZINGER Erbrechtliche Studien, Basel 1874, Abdruck in: Öffentliche Vorträge gehalten in der Schweiz, Bd. II, o. J.
- L. ROSENBERG Wirtschaftspolitik als Aufgabe. Referat vor dem 5. Ordentl. Bundeskongreß des DGB in Stuttgart, 7. bis 12. September 1959.
- W. SOMBART Beamtenschaft und Wirtschaft. Vortrag, gehalten auf dem Mitteldeutschen Beamtentag, 11. Sept. 1927.
- SPD-Parteitag vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover. Unkorrigiertes Protokoll.
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1959.
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962.
- Vermögensbildung in Arbeiterhand. Die Zeit, 17. Jg., Nr. 42, vom 19. Oktober 1962.

CURRICULUM VITAE

Ich, Kurt Schillinger aus Freiburg im Breisgau, bin am 12. November 1930 in Denzlingen bei Freiburg als Sohn des Arbeiters Georg Martin Schillinger und seiner Ehefrau Flora, geb. Kienle, geboren.

Ich besuchte die Grund- und Hauptschule in Denzlingen und in Neustadt im Schwarzwald von Ostern 1937 bis 1. März 1945 und die Höhere Handelsschule in Neustadt im Schwarzwald vom 1. Dezember 1945 bis 25. Juli 1947. Vom 12. September 1947 bis 31. Juli 1950 war ich Schüler der Wirtschaftsoberschule in Freiburg im Breisgau und wurde mit dem Reifezeugnis dieser Anstalt entlassen. Ab Wintersemester 1950/51 bis Sommersemester 1953 und im Wintersemester 1954/55 studierte ich an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., schrieb im Sommersemester 1955 meine Diplomarbeit über "Funktionen und Grenzen stabilisierter Preise" und bestand im November 1955 die Diplomprüfung für Volkswirte.

Ermöglicht durch ein Stipendium konnte ich zuvor im Wintersemester 1953/54 und Sommersemester 1954 an der Freien Universität Berlin studieren. Gleichzeitig war ich Hörer an der Technischen Universität und an der Hochschule für Politik in Berlin.

Seit Sommersemester 1958 studierte ich an der Universität Basel. Der mündlichen Prüfung (Doktorexamen) unterzog ich mich am 20. Februar 1965. Meine Studien erstreckten sich auf die Fächer theoretische und praktische Nationalökonomie, Finanzwissenschaft, Statistik, Betriebswirtschaftslehre, Psychologie, Soziologie, Politologie und Rechtswissenschaft.

An der Universität Freiburg i. Br. besuchte ich Vorlesungen, Übungen und Seminare bei den Dozenten C. v. Dietze, H. Haller, E. Liefmann-Keil, F. A. Lutz, B. Röper, A. Schmitt, F. Wilken, G. Wollheim in den Fächern Nationalökonomie, Statistik und Finanzwissenschaft; E. Baumgarten, A. Bergsträsser, G. Koberstein, M. Lohmann in den Fächern Soziologie und Betriebswirtschaftslehre und in Rechtswissenschaft bei E. v. Caemmerer, H. Gerber und G. Paulus.

An den Hochschulen in Berlin besuchte ich Vorlesungen, Übungen und Seminare bei den Dozenten H. Kolms, A. Paulsen, K. C. Thalheim, J. Tiburtius, R. Schilcher in den Fächern theoretische und praktische Nationalökonomie; F. Bülow, E. Dale, E. Dovifat, O. H. v. d. Gablentz, H. Schack, O. Stammer, R. Wanstrat in den Fächern Soziologie und Politologie und in den Fächern Betriebswirtschaftslehre und Psychologie bei E. Kosiol, K. Mellerowicz, G. Rühl, F. -A. Schilling-Voss und M. Schorn. An der Universität Basel besuchte ich Vorlesungen, Übungen und Seminare bei den Dozenten G. Bombach, H. Guth, H. Popitz, E. Salin, J. Stohler in den Fächern Nationalökonomie, Statistik und Soziologie und in den Fächern Betriebswirtschaftslehre, Geschichte und

Rechtswissenschaft bei O. Angehrn, E. Bonjour, M. Imboden und K. Spiro.

Meine Dissertation entstand auf Anregung von Herrn Professor Dr. G. Bombach. Für seine verständnisvolle Anteilnahme und vielseitigen Anregungen sei ihm an dieser Stelle gedankt.

Während meines Studiums war ich als Werkstudent tätig, nach der Diplomprüfung im Bankwesen und danach in einem Steuerberatungsbüro. Am 27. April 1964 legte ich die Fachprüfung als Steuerbevollmächtigter und am 25. Januar 1966 als Steuerberater ab. Derzeitig bin ich freiberuflich als Steuerberater tätig.

